

Finkelstein.

Zum
100.
Geburtstag
von Berthold
Finkelstein

Berthold Finkelstein

Ein Magazin über Demokratie,
Mut und politische Bildung

POLITISCHES
LEBEN

Johannes Finkelstein über
die Geschichte seiner Familie

ENERGISCHES
ENGAGEMENT

Wie Jugendliche Demokratie
schützen und gestalten

EUROPÄISCHER
AUSTAUSCH

Grenzenlos denken
und Europa stärken

SOLIDARISCH
SEIN!

Zusammen durch
die Krisen

”

Politik ohne Traum geht nicht, wenn man nicht weiß, wo die Sache hingehen soll, wenn man nicht glaubt, daß trotz aller Rückschläge es vielleicht doch einmal besser werden kann, dann soll man es bleiben lassen. Sorgen über die Entwicklung unserer Gesellschaft habe ich dennoch. Ich habe mich oft in der letzten Zeit gefragt, ob dies die Gesellschaft, ob dies das Land, ob dies die Welt ist, wie ich sie mir erträumt habe und ich muß in vielen Fällen sagen, nein, sie ist es nicht. Aber gerade darum muß es weitergehen.

“

Berthold Finkelstein

Abschiedsrede am GSI, 1996



Inhalt

100 Jahre Berthold Finkelstein
Demokratie
Europa
Politische Bildung

About	06
Impressum	07
Editorial GSI	08
Editorial Finkelstein Stiftung	09

10

„Er war ein Idealist“: Johannes Finkelstein spricht über seinen Vater, ein familiäres Trauma und das Aufwachsen in einem politischen Elternhaus.



16

Ein bewegtes Leben: Welche Momente und Meilensteine den politischen Bildner Berthold Finkelstein prägten.



18

Zwei Leben für die Demokratie: GSI-Präsident Erik Bettermann blickt zurück auf seine langjährige Freundschaft zu Berthold Finkelstein und ihre gemeinsame Vision.



22

Bleibender Eindruck: Herzlich, humorvoll und manchmal aufbrausend – wie sich ehemalige Mitarbeiter*innen an den GSI-Gründer erinnern.



28

Aus der Geschichte lernen? In Krisenzeiten suchen Menschen Orientierung im Blick zurück. Ob historische Analogien hilfreich sind, erklärt Historiker Peter Geiss.



30

Leaders for Democracy zeigen Haltung: Warum die Rolle von Führungskräften im Kampf gegen Hass und Diskriminierung entscheidend ist.



33

Pures Gift: Wie die rechtsextremistische AfD den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet, analysiert Knut Bergmann vom Institut der Deutschen Wirtschaft.



34

Unter aller Augen: Unterwegs in Krefeld auf den Spuren der NS-Zwangsarbeit, die bis heute in alten Gebäuden und in gesellschaftlichen Narrativen sichtbar ist.



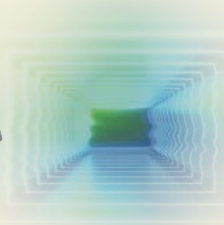
38

Gerechtigkeits-sinn und gute Ideen: Zwei Jugendliche erzählen von ihrem Engagement für Demokratie und wie Erwachsene von ihnen lernen können.



40

Soziale Medien als Raum für politische Bildung? Die Forscherin Merja Mahrt und die politische Bildnerin Deborah Schnabel teilen ihre Perspektiven.



42

Kommt ins Gespräch! Wie konstruktive Kommunikation die Demokratie stärken kann, erklärt Larissa Bothe. Ein Einblick und vier Impulse für Empathie im Dialog.



44

Kein Vergessen: Der Fotograf Luigi Toscano macht Bilder von Holocaustüberlebenden und zeigt sie im öffentlichen Raum. Begegnung mit einem, der Erinnerung auf die Straße bringt.



48

Perspektiven aus der Praxis: Sechs politische Bildner*innen sprechen über Hoffnungen, Wünsche und Visionen.



52

Im Westen viel Neues: dokdoc-Redaktionsleiter Landry Charrier kommentiert vier Artikel, die auf deutsch-französischen Journalistenreisen in den 50er- und 60er-Jahren entstanden.



54

Bonjour, Frankreich! Wie die junge Landwirtin Evelyn Welling beim Austausch ihrer Berufsschule ein neues Land entdeckte und viel über nachhaltige Agrarwirtschaft lernte.



56

Visionärer Namensgeber: Was Gustav Stresemanns politisches Handeln in unserer Zeit bedeutet, erörtert seine Enkelin, die Juristin Christina Stresemann.



58

Denken ohne Grenzen: In der GSI-European Summer School lernen junge Menschen, Europa besser zu verstehen. Zwei ehemalige Teilnehmer*innen erinnern sich bis heute.



60

Fotografisches Gedächtnis: Auf ihren Fotos bringt Karine Sicard Bouvatier Holocaustüberlebende mit Jugendlichen zusammen, die so alt sind wie sie selbst zum Zeitpunkt ihrer Deportation.



62

Europa im Herzen: Bei Understanding Europe geben junge Europäer*innen ihr Wissen an Jugendliche weiter. Drei von ihnen teilen ihre Eurovision.



64

Wissen unterwegs: In politischen Wanderseminaren spricht Steffen Richter über die Geschichte des antifaschistischen Widerstands in der Sächsischen Schweiz.



68

Ein demokratisches Versprechen: Die Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung, Andrea Rühmann, blickt auf aktuelle Herausforderungen für politische Bildner*innen.



70

Generation ohne viel Pathos: Wie politische Bildung nach 1945 entstand, welche Themen die Anfänge prägten, erklärt Bildungsforscher Paul Ciupke.



74

Die Mutigen stärken: Gewaltandrohungen und rechte Angriffe gehören zum Alltag politischer Bildner*innen in Sachsen. Zwei von ihnen berichten über die Lage vor Ort.



76

Unverzichtbare Orte: Wie Räume für politische Bildung Partizipation und politische Praxis prägen, erläutern Katrin Kraus und Alexander Wöhrig.



78

Im Spiegel der Zeit: In der Gedenkstätte Sachsenhausen entdecken Schüler*innen eines Berufskollegs das Gestern im Heute. Reportage über eine Bildungsfahrt, auf der Erinnerungskultur lebendig wird.



82

Bleibt solidarisch! Was Solidarität in Krisenzeiten bewirken kann, beschreibt die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl. Ein Plädoyer gegen Angst und Ohnmacht.



Ein Magazin zum Hundertsten!

Am 23. Dezember 2025 wäre der Gründer des Gustav-Stresemann-Instituts (GSI) Berthold Finkelstein 100 Jahre alt geworden. Dieses Jubiläum feiern wir – das GSI und die Hans und Berthold Finkelstein Stiftung – mit einem Magazin, das Leben, Ideen und Werte des politischen Bildners beleuchtet und in den Blick nimmt, was Berthold Finkelstein ein Leben lang am wichtigsten war: Demokratie, Europa und politische Bildung in allen Facetten. Dafür haben wir mit mutigen Menschen gesprochen, die sich diesen Themen heute widmen. Auch ihre Geschichten lesen Sie in diesem Heft.

Gustav- Stresemann- Institut

Das Gustav-Stresemann-Institut (GSI) wurde von Berthold Finkelstein ab 1951 als europäische Tagungsstätte aufgebaut. Getragen von einem gemeinnützigen Verein, ist es ein Begegnungsort für Menschen, die sich für Demokratie, Gerechtigkeit, Vielfalt und Frieden einsetzen.

Als überparteilicher und unabhängiger Träger der politischen Bildung macht das GSI ein umfassendes Angebot für vielfältige Zielgruppen. Zugleich werden das Hotel, der Tagungsbereich und die Gastronomie des GSI von zahlreichen weiteren Institutionen, Unternehmen wie privaten Gästen genutzt.

Der Namensgeber Gustav Stresemann wurde 1926 als deutscher Außenminister, gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand, für die deutsch-französische Verständigung nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Mit der Gründung des GSI knüpfte Berthold Finkelstein an diese Versöhnungsleistung an. Der deutsch-französische Austausch ist bis heute ein wichtiger Programmbereich des GSI.

www.gsi-bonn.de



Hans und Berthold Finkelstein Stiftung

Die Hans und Berthold Finkelstein Stiftung gemeinnützige GmbH wurde im April 2023 von der Bayer AG gegründet. Sie unterstützt Forschungs- und Erinnerungsprojekte zu den Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus – insbesondere zum Thema NS-Zwangsarbeit und der I.G. Farbenindustrie AG, kurz I.G. Farben.

Die Finkelstein Stiftung entwickelt außerdem Programme für eine durch historische und ethische Verantwortung geprägte Unternehmenskultur, für zeitgemäße Führung sowie demokratisches Handeln. Sie treibt dialogorientierte Projekte in Europa, Israel und den USA voran, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Hass und Diskriminierung zu stärken – heute und in Zukunft.

Die Namensgeber Hans und Berthold Finkelstein stehen stellvertretend für das erlittene Unrecht und die Verfolgung während der NS-Zeit. Mit der Zustimmung ihres Sohns und Enkelsohns Johannes Finkelstein prägen ihre Erfahrungen und Gedanken die Strategie der Stiftung.

www.finkelstein-foundation.bayer.com/de



Hans und Berthold
Finkelstein Stiftung

Impressum

Finkelstein. Ein Magazin über Demokratie,
Mut und politische Bildung.
Zum 100. Geburtstag von Berthold Finkelstein.

Herausgebende:

Hans und Berthold Finkelstein Stiftung gGmbH (HBFS)
Vertreten durch: Annemarie Hühne-Ramm
Kaiser-Wilhelm-Allee 1, 51373 Leverkusen
www.finkelstein-foundation.bayer.com/de

Gustav-Stresemann-Institut (GSI)

Vertreten durch: Wilfried Klein
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
www.gsi-bonn.de

Projektleitung für die HBFS: Annemarie Hühne-Ramm
Projektleitung für das GSI: Anne Schulz

Konzeption & redaktionelle Leitung: [Esther Sambale](#)

Art-Direktion & Gestaltung: [Kristina Wedel](#)

Lektorat: Michael Svetchine

Autor*innen: Esther Sambale; S. 33 Knut Bergmann;
S. 52-53 Landry Charrier; S. 56-57 Christina Stresemann;
S. 68-69 Andrea Rühmann; S. 70-73 Paul Ciupke;
S. 76-77 Christian Jakob; S. 82-83 Natascha Strobl

Druckerei: [Heenemann Druck Berlin](#)

Bildnachweise:

Titelbild: Berthold Finkelstein, Fotograf: Helmut Stahl,
© GSI; S. 3 Pexels, roy mustang; Inhaltsverzeichnis:
alle Bildnachweise siehe folgende Auflistung; S. 7 Pexels,
joao Guerreiro; S. 8 Bernadett Yehdou; S. 9 Finkelstein
Stiftung; S. 10, 13 & 14 Marina Rosa Weigl; S. 11 & 12
privat; S. 15 Illustrationen Kristina Wedel; S. 16 & 17
Illustrationen Kristina Wedel, Fotos H. Schultz, GSI;
S. 18 GSI, Finkelstein Stiftung; S. 19 Bernadett Yehdou;
S. 20 dpa; S. 21 Erik Bettermann; S. 22-23 GSI; S. 24-25
Bernadett Yehdou, GSI; S. 28 Volker Lannert, Universi-
tät Bonn; S. 28-29 Illustration Kristina Wedel; S. 30 Julius
Liebing; S. 31 Sharon Nathan, Sarah Riedel; S. 33 Uta
Wagner; S. 34-37 Sofia Brandes; S. 38-39 privat;
S. 40-41 Felix Schmitt, Alexander Vojnovic, Illustration
Kristina Wedel; S. 43 privat, Illustration Kristina Wedel;
S. 44-46 Michael Rennertz, Finkelstein Stiftung; S. 47
Michael Rennertz, Luigi Toscano, Finkelstein Stiftung;
S. 48 Europäische Akademie Otzenhausen, Juliane
Mostertz, privat; S. 49 Heinz-Kühn-Bildungswerk, Haus
Neuland, Giulio Rasi Alfred Landecker Foundation;
S. 52-53 GSI, S. 53 privat; S. 54-55 GSI; S. 56 Lois Wetzel/
GSI; S. 57 Lois Wetzel, GSI; S. 58 GSI; S. 59 Thomas
Pankau, DAAD, Maurice Graf, privat; S. 60-61 Karine
Sicard Bouvatier; S. 62 Katarzyna Mazur, Illustration
Kristina Wedel; S. 63 privat, Stefanie Loos; S. 64-65
AKuBiZ; S. 68-69 Illustration Kristina Wedel; S. 69 Nathan
Dreessen; S. 71 Archiv des AdB, Berlin, privat; S. 72-73
GSI; S. 74 Susanne Seifert, Herbert Wehner Bildungs-
werk; S. 75 Bunttes Meißen e.V.; S. 76 GSI, Thomas
Entzeroth; S. 77 GSI, privat; S. 78-81 Tian Stöhr; S. 79
Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen; S. 82
Illustration Kristina Wedel; S. 83 Christopher Glanzl

Trotz sorgfältiger Recherche konnten bei einzelnen Fotos die
Quellenangaben nicht eindeutig ermittelt werden. Sollten Rechte
Dritter betroffen sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

© 2025, Hans und Berthold Finkelstein Stiftung &
Gustav-Stresemann-Institut

Editorial



Liebe Freund*innen der politischen Bildung,

mit **Berthold Finkelstein** stehen wir vor einer hochherzigen, einer außergewöhnlichen, einer beispielgebenden Lebensleistung.

Im demoralisierten, zerstörten, post-nationalsozialistisch geprägten Nachkriegsdeutschland macht sich Finkelstein daran, die Demokratie, europäisches Bewusstsein, die Freundschaft zu Nachbarländern (neu) aufzubauen. Seine Mittel sind die des Dialogs, des gemeinsamen Austauschs, der persönlichen Begegnung. Dafür schafft Finkelstein Räume, baut Tagungszentren auf und vernetzt die Akteur*innen der politischen Bildung, bevor es diesen Begriff in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt gibt.

„*Wir haben es einfach getan*“ – so beschreibt er bescheiden den bis heute prägenden Aufbauprozess. Wer sich zu einem Seminar im GSI einfindet, kann dies zum Glück als Bildungsnormalität begreifen. Aber ohne Finkelstein und seine Mitstreiter*innen wäre die Republik, wäre die gesellschaftliche Debatte ärmer. Wie viele Begegnungen, Diskussionen, ja auch Erkenntnisse hätte es nie gegeben. Wie viele Impulse wären nie entwickelt worden ohne die lebendige Landschaft der politischen Bildung, an der wir uns erfreuen, die wir wie selbstverständlich nutzen können.

Zu der Zurückhaltung von Berthold Finkelstein gehört, dass er seine Jahrhundertbiografie nie in den Mittelpunkt gerückt hat. Zum 100. Geburtstag muss er das mal „ertragen“: die Schilderung seines Lebens, Erinnerungen von Familie und Weggefährten*innen, eine Einordnung in den historischen Kontext. Und zum Erbe Finkelsteins zählt auch der Blick auf den Alltag der politischen Bildung und auf die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen.

Wünschen wir, dass wir uns – mit vergleichbarer Energie, Hartnäckigkeit, unermüdlicher Findigkeit, strategischer Inspiration und auch nur annäherndem Erfolg – diesen Aufgaben weiter stellen können. Und dass wir im Sinne von Berthold Finkelstein und angesichts der aktuellen Gefährdungen von Frieden und Demokratie „einfach tun“.

Wilfried Klein
Leiter des Gustav-Stresemann-Instituts



Liebe Leser*innen,

Berthold Finkelstein hatte einen Traum: ein friedliches Europa und eine starke Demokratie. Diesem Traum widmete er sein Leben. Nicht abstrakt, nicht nur auf dem Papier, sondern konkret, mit Haltung, Ideen und Engagement. Ein Lebenswerk, das eng mit seiner persönlichen Geschichte verknüpft ist. Als **Berthold Finkelstein** 13 Jahre alt ist, nimmt sich sein Vater Dr. Hans Finkelstein, der aus einer jüdischen Familie stammt und Laborleiter bei der I.G. Farben in Uerdingen ist, im Dezember 1938 das Leben. Später muss Berthold Finkelstein selbst Zwangsarbeit in diesem Werk leisten. Dieses Trauma prägte ihn und war der Antrieb für sein stetes Engagement, wie sein Sohn Johannes Finkelstein im Interview in diesem Magazin erzählt.

Demokratie, Europa, politische Bildung – das waren die großen Themen seines Lebens. Sie sind auch die Kapitel dieses Magazins, das anlässlich seines 100. Geburtstags erscheint. Es trägt außerdem seinen Namen: **FINKELSTEIN**. Das ist kein Zufall, denn er steht für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sein Traum von einem friedlichen Europa lebt weiter – zum Beispiel in der Arbeit des Gustav-Stresemann-Instituts, welches bis heute politische Bildung gestaltet. Der Beitrag zur European Summer School beweist, wie junge Menschen aus ganz Europa seine Ideen leben. Auch die Projekte der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung festigen seinen Traum von einer starken Demokratie. Eines davon ist das Weiterbildungsprogramm „Leaders for Democracy“, welches sich an junge Führungskräfte richtet. Warum dies alles wichtig ist, veranschaulicht auch der Blick zurück. Die Reportage „Spuren in der Stadt“ führt durch Krefeld, die Geburtsstadt Finkelsteins, und zeigt, wie eine Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte durch lokales Engagement die Menschen zusammenbringt.

Die Geschichten dieses Magazins handeln von Menschen, die nicht aufgeben und die sich mutig, kreativ und beharrlich einmischen – trotz Gegenwind. Um es mit den Worten Berthold Finkelsteins zu sagen: „*Ich habe mich oft in der letzten Zeit gefragt, ob dies (...) die Welt ist, wie ich sie mir erträumt habe und ich muß in vielen Fällen sagen, nein, sie ist es nicht. Aber gerade darum muß es weitergehen.*“ Genau das will dieses Magazin: dazu ermutigen, weiterzumachen. Nicht aus Pflicht, sondern aus Überzeugung, denn die Demokratie in Europa braucht Menschen mit Haltung und Zuversicht – heute mehr denn je!

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre!

Annemarie Hühne-Ramm
Geschäftsführerin der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung

„Er war ein Idealist!“

Ein Leben für die politische Bildung und für ein friedlich vereintes Europa: Wer war der Mensch Berthold Finkelstein? Sein Sohn Johannes Finkelstein erinnert sich – ein Gespräch über das Werk seines Vaters, ein familiäres Trauma und das Aufwachsen in einem hochpolitischen Elternhaus. **FOTOS Marina Rosa Weigl**



Am Rheinufer: Johannes Finkelstein in der Nähe seines Kölner Architekturbüros.

Herr Finkelstein, als Sohn von Berthold Finkelstein sind Sie in einem sehr politischen Elternhaus aufgewachsen. Für welche Themen haben Sie sich als junger Mensch eingesetzt, wogegen haben Sie protestiert?

1981 war ich einer von über 300.000 Demonstrierenden, die in Bonn für ein atomwaffenfreies Europa auf die Straße gingen. Damals war ich 14, und die Entwicklungen rund um den Nato-Doppelbeschluss und die Angst vor einem Atomkrieg waren in der Schule ein großes Thema. Dort habe ich mit Worten gekämpft. Damals gab es im Prinzip nur zwei Lager: die Fraktion, die mit Franz-Josef-Strauß-Stickern auf ihren Samsonite-Koffern zur Schule kam, und die Linken. Zu denen gehörte ich. Später demonstrierte ich mit meinen Cousins auch gegen das atomare Endlager in Gorleben. Ich selbst war noch zu jung, um mich aktiv am Widerstand zu beteiligen. Aber ich erinnere mich noch gut an die bedrohliche Polizeipräsenz, an Barrieren, um Zufahrtswege zu blockieren, und an Strohballen, die angezündet und die Straße runtergerollt wurden.

Was hat Sie in diesen Zeiten außerdem besonders bewegt?

Als sich 1986 der Reaktorunfall in Tschernobyl ereignete, war ich gerade bei meinen Verwandten im Wendland. Wir durften das Haus nicht verlassen, und niemand wusste, wie belastet der Regen war. Es war ein traumatisches Erlebnis. Dieses Ereignis war für mich ein entscheidender Antrieb, mich weiterhin im Anti-Atom-Protest zu engagieren. Das lag neben meinem persönlichen Interesse an diesen Themen sicher auch am familiären Umfeld. Mein Onkel, der Schwager meiner Mutter Gertraude, stellte als einer der Ersten in Niedersachsen seine Landwirtschaft komplett auf Bio um und hatte eine klare Haltung zur Atomkraft.

Was ist Ihre erste bewusste Erinnerung an Politik?

Das kann ich zeitlich unmöglich bestimmen. Mein Vater war Homo politicus aus Überzeugung, und Politik war in meinem Elternhaus ein ständiges Grundrauschen. Ich erinnere mich daran, dass er in den 70er-Jahren aktiv Wahlkampf für Willy Brandt machte. Wir fuhren in seinem Auto durch Bergisch Gladbach, und ich verteilte Stifte, auf denen „Willy muss Kanzler bleiben!“ stand.

Wie wurde im Hause Finkelstein über politische Themen gesprochen?

Bei uns war meist volles Haus. Meine Mutter kochte leidenschaftlich gern, es wurde gut gegessen und getrunken. Nach dem Essen blieb man mit Freunden und Verwandten am Tisch sitzen und diskutierte nächtelang, meist sehr kontrovers. Ich wuchs in einem Mehrgenerationenhaus auf – zusammen mit meinen Eltern, meiner Großmutter, meiner Tante Eva, der Schwester meines Vaters,

sowie deren Mann, einem Künstler jüdischer Herkunft. Meine Tante hat mich politisch ebenfalls sehr geprägt.

Auf welche Weise?

Durch sie war das Thema Holocaust omnipräsent. Das Wort „Nazi“ gehörte wahrscheinlich zu den ersten Wörtern, die ich als Kind sagen konnte. Genau wie mein Vater litt meine Tante unter dem Suizid ihres Vaters Hans Finkelstein, sie erlebte die Reichspogromnacht, wurde in München versteckt und lebte im Untergrund. Über ihre traumatischen Erlebnisse während der NS-Diktatur sprach sie ständig. Sie war Oberstudienrätin und unglaublich gebildet. Durch sie las ich Bücher wie „Der SS-



Fotografische Erinnerung: Im Hause Finkelstein gehörten Besuch und rege Diskussionen zum Alltag.

Staat“ von Eugen Kogon, sie machte mich auch mit Literatur zur Bauhaus-Architektur vertraut und unterrichtete mich in Französisch. Ich war für sie wie ein Sohn, und wir verbrachten viel Zeit miteinander. Das war ein großes Glück.

Wie haben Sie von Ihrer eigenen Familiengeschichte im Kontext der NS-Zeit erfahren?

Man hat mich früh über die Zwangsarbeit meines Vaters und den Suizid meines Großvaters Hans Finkelstein, der als renommierter Chemiker die Forschungsabteilung bei I.G. Farben leitete, informiert – mehr aber auch nicht. Ich stellte Fragen, merkte aber sehr schnell, dass das nicht gewollt war und sogar Schmerz verursachte. Also ließ ich es. Schweigen war damals ein Indikator für diese Generation.

2024 wurden Stolpersteine für Ihren Großvater Dr. Hans Finkelstein und Ihren Vater Berthold vor dem ehemaligen Wohnhaus in Krefeld-Uerdingen verlegt. Was bedeutet Ihnen diese Erinnerung im öffentlichen Raum?

Das finde ich großartig. Als Jugendlicher nahm ich hin, dass meine Familiengeschichte nicht offen thematisiert wurde, später kam ich nicht dazu, selbst zu recherchieren. Umso mehr bedeutet es mir, dass sich durch die Initiative von Bayer und der Finkelstein Stiftung nun unerwartet ein Fenster geöffnet hat, das mir einen neuen Blick auf meinen Großvater und Vater ermöglicht.



Humorvoll und familiär: Zum 60. Geburtstag erhielt Berthold Finkelstein ein Bildgeschenk seiner Mitarbeiter*innen am GSI. Mit dabei: der 18-jährige Johannes Finkelstein.

Warum widmete Ihr Vater sein Leben der politischen Bildung?

Schon während seines Studiums gründete er den Internationalen Studentenbund mit. Er war ein europäischer Pionier, und in allem, was er tat, war ein deutliches „Nie wieder!“ zu erkennen. Der Suizid seines Vaters und seine Erfahrungen in der NS-Zwangsarbeit haben ihn sehr geprägt. Ich bin sicher, dass sein Leben für die politische Bildung ursächlich mit diesem Trauma verknüpft war.

Wie würden Sie den Menschen Berthold Finkelstein beschreiben?

Souverän, mit profundem Wissen und der Gabe, andere zu inspirieren. Er war ein Idealist! Für seine Vision von einem friedlich vereinten Europa hat er alles getan.

Und den Vater?

Sehr wohlwollend, beobachtend und teilnehmend. Ich wollte schon immer Architekt werden und bin ihm bis heute extrem dankbar, dass er meinen Berufswunsch nie hinterfragte. Es war aber auch so, dass er sehr wenig Zeit hatte. Leider. Für mich war meine Großmutter Annemarie, die Frau von Hans Finkelstein, sehr präsent. Sie las mir jeden Morgen vor der Schule vor – zum Beispiel „Alice im Wunderland“, das sie aus dem Englischen für mich übersetzte.

Als Sie 1967 zur Welt kamen, entwickelte Ihr Vater gerade den GSI-Standort im Haus Lerbach in Bergisch Gladbach zu einer der führenden Bildungsstätten Deutschlands weiter. 1987 begann der Bau des heutigen GSI-Standortes in Bonn. Wie hat diese Zeit Ihr Aufwachsen geprägt? Das Haus Lerbach war der Ort, an dem sich meine Eltern kennenlernten, und deshalb auch ein

bisschen Heimat für mich. Als Junge fand ich vor allem die Simultandolmetscheranlagen spannend, die mein Vater einführte. Und die Spielzeug-Lkw und -Kräne, die ich nach der Tonbildschau-Produktion – das waren kurze, didaktische Bewegtbilder, die am GSI produziert wurden – behalten durfte. Der Bonner Standort war dann plötzlich sehr groß und professionell. Damit verbinde ich nicht mehr so viel.

Durch den Bau des GSI-Tagungshauses in Bonn ging Ihr Vater große wirtschaftliche Risiken ein. Welche Rolle spielte das für die Familie?

Retrospektiv muss ich sagen, dieses Risiko und auch die ständige Fördermittelbeschaffung waren für ihn mit fundamentalen Sorgen verbunden. Darunter litt er spürbar. Letztendlich kompensierte er das insofern, als dass er aus Überzeugung gehandelt hat und genau das tat, was er tun wollte.

Welches Motto steht für das Lebenswerk Ihres Vaters?

Ein in Frieden vereintes Europa – das war sein Lebenstraum. Obwohl er unter anderem Ökonomie studiert hatte, ging es in seinem Handeln nie um Gewinnmaximierung. Solche Menschen würde ich mir heutzutage mehr wünschen.

1966 sagte Ihr Vater auf dem Kongress zur politischen Bildung: „Es ist immerhin in unserem Lande noch oder wieder möglich, daß Zehntausende Parolen erliegen, die so fatal an die Klänge erinnern, die wir für immer gebannt hofften. Wir hören wieder Trommelklänge und Lieder, deren Melodien und Texte uns erschauern lassen, und wir müssen wieder sehen, wie junge Menschen von falschen Führern für falsche und gefährliche Ideale gewonnen werden.“ Was denken Sie, wenn Sie diese Worte hören?

Sie sind die Blaupause dessen, was wir derzeit wieder erleben. Mich treibt sehr um, dass sich in der Bundesrepublik antisemitische Vorfälle häufen. Mein Großvater war konvertierter Christ, Judentum als Religion spielte bei uns leider nie eine Rolle. Das Schicksal der Jüdinnen und Juden hingegen war allgegenwärtig. Die aktuellen Entwicklungen empfinde ich als kollektives Versagen.

Was beschäftigt Sie gerade besonders?

Es ist bestürzend, dass 30 Prozent der Deutschen eine rechtsextreme Partei wählen und dass politische Bildungsinstitutionen im Osten Angriffen ausgesetzt sind. Einen großen Anteil daran sehe ich in der schulischen Bildung. Als 1982 über das Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt im Bundestag abgestimmt wurde, wurde der Unterricht unterbrochen, und wir schauten die Bundestagsdebatte in unserer Schulaula. Heute erscheint mir schulische Bildung komplett apolitisch. Das ist besorgniserregend, ebenso wie die Abkehr von Europa.

Was beobachten Sie auf europäischer Ebene?

Ich halte es für ein realistisches Szenario, dass Italien und Frankreich aus der EU austreten. Mich hat sehr bestürzt, dass Olaf Scholz die



Vision von Frieden und Gerechtigkeit: Genau wie sein Vater wünscht sich Johannes Finkelstein eine wehrhafte Demokratie, engagierte Bürger*innen und ein starkes Europa.

deutsch-französischen Beziehungen in seiner Kanzlerschaft komplett vernachlässigte. Die Notwendigkeit eines starken Europas ist größer denn je. Die EU ist das Fundament unseres Wohlstands. Wenn wir das aufgeben, dann war es das.

Wenn Sie einmal auf das Werk Ihres Vaters zurückblicken: Was können wir 2025 von Berthold Finkelstein lernen?

Während es in der politischen Bildung zu massiven Kürzungen kommt, werden dreistellige Milliardenbeträge in die Aufrüstung investiert. Dabei ist Aufklärung im Kant'schen Sinne das Wichtigste. Frieden kann es nur geben, wenn man bereit ist, sich den komplexen Ursachen für Konflikte zuzuwenden, und nicht nur auf Symptome reagiert.

Als Ihr Vater 1996 starb, hieß es in der Traueranzeige des Gustav-Stresemann-Instituts: „Er träumte von Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wie ganz wenige hatte er den Mut und die Beharrlichkeit, seinen Traum zu leben und ein Stück Wirklichkeit werden zu lassen.“ Welche Vision teilen Sie diesbezüglich mit Ihrem Vater?

Genau diese! Ich wünsche mir Frieden, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität – eine Gesellschaft, in der Menschen nicht nur auf sich und ihren Wohlstand schauen. Eine wehrhafte Demokratie braucht wehrhafte Bürgerinnen und Bürger. Wir haben die Zukunft unseres Landes in der Hand und müssen den aktuellen Tendenzen entschieden entgegenzutreten.

„Er war ein europäischer Pionier,
und in allem, was er tat, war
ein deutliches *Nie wieder!* zu erkennen.
Der Suizid seines Vaters und seine
Erfahrungen in der NS-Zwangsarbeit
haben ihn sehr geprägt.
Ich bin sicher, dass sein Leben für die
politische Bildung ursächlich
mit diesem Trauma verknüpft war.“

Persönliches Andenken: Ein Keramikelefant und ein Foto, das Berthold Finkelstein auf der Terrasse seines Hauses am Lago Maggiore zeigt, sind für Johannes Finkelstein wichtige Erinnerungsstücke an seinen Vater.



Erinnerung an einen Elefanten

„Diese Elefantenskulptur bekam mein Vater von einem Künstler geschenkt. Sie stand immer auf unserem Kamin im Wohnzimmer und ist eine Reminiszenz an seine Kindheit in Uerdingen. Auf dem Marktplatz direkt vor seinem Elternhaus in der Wehrstraße 12 gastierte jedes Jahr ein Jahrmarkt, zu dem ein Schausteller gehörte, der einen Elefanten mitbrachte. Das muss Mitte der 30er-Jahre gewesen sein. Mein Vater war neun oder zehn Jahre alt und besuchte diesen Elefanten oft. Die beiden freundeten sich an, er durfte ihn streicheln, sich an seine Stoßzähne hängen, und der Elefant hob ihn hoch. Das muss für meinen Vater wirklich ein Erlebnis gewesen sein, auch weil der Elefant sich jedes Mal an ihn erinnern konnte. 1938 musste er das Haus seiner Kindheit, das eine Dienstwohnung für Führungskräfte der I.G. Farben war, verlassen. Als die Nazis meinen Großvater entließen und die Reisepässe seiner Familie einzogen, nahm er sich das Leben. Mein Vater war damals 13 Jahre alt. Für Elefanten interessierte er sich ein Leben lang.“



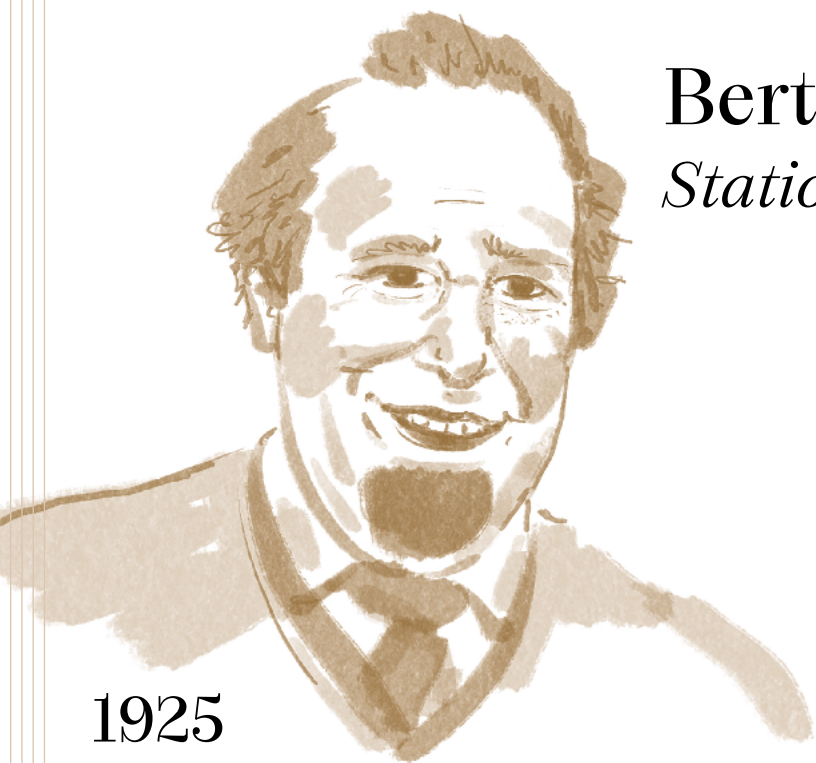
Antworten von Onkel Kosmos

„Mein Vater las sehr viele Bücher und wusste unglaublich viel. Das lag zum einen sicherlich an seiner Schulbildung, zum anderen vielleicht auch an seinem Studium in Chemie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften und an seinem Abschluss in Volkswirtschaft. Er sprach auch fließend Französisch, Latein und Italienisch. Man konnte ihn einfach alles fragen. Sein Patensohn und dessen Brüder nannten ihn stets Onkel Kosmos. In seinem Nachlass gibt es noch Geschenke dieses Patensohns, auf denen der Spitzname Onkel Kosmos steht. Mir wurde erzählt, dass er eine Quizsendung im Radio gewonnen habe, worauf sich der Spitzname begründete. Damals moderierte Hans Rosenthal die Quizsendung ‚Allein gegen alle‘, die live im ARD-Hörfunk ausgestrahlt wurde. Dabei stellte ein Kandidat fünf schwierige Fragen und spielte gegen eine ganze

Stadt. Ich vermute, dass es sich um diese Sendung gehandelt hat.“

Sein Sehnsuchtsort am See

„Italien war für meinen Vater immer ein Sehnsuchtsort. Noch bevor er meine Mutter kennenlernte, reiste er Anfang der 60er-Jahre mit meiner Großmutter Annemarie zweimal dorthin, um ein passendes Grundstück zu finden. Dafür nahmen die beiden eine zweitägige Anreise per Auto in Kauf und schauten sich Grundstücke am Comer See, am Luganer See und am Lago Maggiore an. Das war für diese Zeit unüblich, da war er absoluter Pionier. Die Touristen kamen erst viel später. Letztendlich entschied er sich für das Grundstück am Lago Maggiore und baute dort ein großes Haus, das bis heute im Familienbesitz ist. Die Aussicht von der Terrasse auf den See und auf die in der Ferne liegenden ligurischen Seealpen ist atemberaubend. Ich habe mich immer gefragt, warum er dieses Grundstück kaufte. Ich vermute, das hatte mit seinem Trauma zu tun. Er wollte sich einen Ort schaffen, an den er sich zurückziehen konnte, sollte es in Deutschland eines Tages noch mal gefährlich werden. Wir haben dort immer die Oster- und Herbstferien verbracht. Inzwischen reise ich mit meiner Familie dorthin. Es gibt immer viel zu tun, und genau wie mein Vater lernte ich Italienisch, um mich mit den lokalen Handwerkern zu verständigen, die unser Haus in Schuss halten. Genau wie damals gibt es dort keinen Fernseher und kein Internet. Das möchte ich beibehalten. Es ist ein großartiger Ort, den ich bewahren will.“



Berthold Finkelstein: *Stationen seines Lebens*

1925

Am 23. Dezember

kommt Berthold Finkelstein als Sohn des renommierten Chemikers und Leiters der Forschungsabteilung bei I.G. Farben, Dr. Hans Finkelstein, und der gebürtigen Elsässerin Annemarie Bruns zur Welt. Er wächst mit seinen älteren Geschwistern Eva und Klaus-Peter in der Wehrstraße 12 in Krefeld auf.

„In der Zwangsarbeit wurde ich zum Europäer.“

1943

Zwangsarbeit

Von den Nationalsozialisten als „Halbjude“ bezeichnet, muss er ab 1943 Zwangsarbeit im Uerdinger Werk der I.G. Farben leisten. Im Gegensatz zu anderen Zwangsarbeitenden lebt er nicht in einer Sammelunterkunft, sondern bei seiner Mutter. Die Familie Finkelstein nimmt in dieser Zeit zwei Zwangsarbeiter bei sich auf: einen französischen Chemiker und den Italiener Dr. Guido Boeri, der in Mailand einer der Hauptorganisatoren des Widerstands gegen Mussolini war.



1945

Studium & Anfänge der Bildungsarbeit für Demokratie und Europa

„Wir haben mit politischer Bildung angefangen, ohne daß es diesen Begriff damals gab (...). Wir haben es einfach getan.“ Nach Kriegsende 1945 beginnt Berthold Finkelstein sein Studium der Chemie, Theologie und später Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn. Noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland organisiert er Treffen mit Studierenden der University of Oxford.

1938

Suizid des Vaters

1938 wird sein Vater Dr. Hans Finkelstein, der aus einer liberalen jüdischen Familie stammt und im Alter von zehn Jahren zum Protestantismus konvertiert ist, gezwungen, die I.G. Farben zu verlassen. Zu diesem Zeitpunkt ist er schon 27 Jahre dort tätig. Als auch sein Reisepass eingezogen wird, nimmt sich Hans Finkelstein am 30. Dezember 1938 das Leben. Berthold Finkelstein ist damals 13 Jahre alt.



1949

Intensivierung studentischer Begegnungen

„Internationale Bildungsarbeit begann nach dem Kriege in der Form internationaler Begegnung.“ Das studentische Engagement wird für Berthold Finkelstein Ausgangspunkt seiner persönlichen europäischen Anstrengungen. 1949 ist er an der Gründung des Internationalen Studentenbunds (ISSF) beteiligt und wird dessen Vorsitzender.



ab 1951

Aufbau des Gustav-Stresemann-Instituts

Auf Initiative des belgischen Politikers Paul-Henri Spaak wird 1951 das „Jugendsekretariat der Europäischen Bewegung“ gegründet, mit dem Ziel, Demokratie und Frieden in Europa zu fördern. Finkelstein engagiert sich beim deutschen Büro der Europäischen Jugendkampagne, das er ab 1953 leitet und in der Folge zur Europäischen Bildungs- und Tagungsstätte, dem GSI, ausbaut.

„Ich habe mich zurückerinnert an den Tag, der für mich das Ende des Krieges bedeutete, als ich die ersten Amerikaner in Krefeld einrücken sah, auch ein sehr zwiespältiges Gefühl. Eine ungeheure Erleichterung, den Schrecken überlebt zu haben, aber auch eine große Bedrückung, ein Land, das man trotzdem liebte, trotz allem, was passiert war, vor einer sehr unsicheren Zukunft zu sehen und damit verbunden eine Herausforderung, die Einlösung eines sich selbst gegebenen Versprechens, nun dafür zu sorgen, daß so etwas nicht wieder passierte.“

Aus: Abschiedsrede anlässlich des 45. Jubiläums des GSI, Mai 1996



1973

Freunde in gleicher Mission

In diesem Jahr trifft Berthold Finkelstein den 19 Jahre jüngeren Erik Bettermann, der damals Geschäftsführer des Bundesjugendrings ist. Eine Begegnung, aus der sich eine jahrzehntelange Freundschaft und ein gemeinsames Eintreten für eine Welt ohne Krieg und Faschismus entwickeln.



1961

Ein Ort für politische Bildung

Als 1959 die Finanzierung der Sekretariate endet, gelingt es Berthold Finkelstein dank seiner Expertise, das GSI weiter auszubauen und zu einer europäischen Tagungs- und Bildungsstätte zu entwickeln. In Bergisch Gladbach bezieht das GSI 1961 ein eigenes Haus mit Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten. Das Haus Lerbach, später bekannt als Europäische Akademie Lerbach, wird in den folgenden Jahren zu einer der führenden Bildungsstätten in Deutschland. Dort lernt Berthold Finkelstein seine spätere Frau Gertraude kennen, die die Hauswirtschaftsabteilung leitet. 1967 kommt ihr gemeinsamer Sohn Johannes Finkelstein zur Welt.



1987

Neubau des heutigen GSI

„Wir schaffen diese bessere, diese zivile Welt.“ Ab 1986 baut Berthold Finkelstein mit großer Beharrlichkeit und einem hohen eigenen finanziellen Risiko das GSI auf dem Gelände der ehemaligen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Bonn neu. Es entsteht eine überparteiliche und unabhängige Bildungsstätte mit integriertem Hotel- und Tagungsbetrieb in der Größe eines mittelständischen Unternehmens.



Alle Bilder © GSI

1961–1984

Visionär & Netzwerker

In den folgenden Jahren ist Berthold Finkelstein auch als Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten tätig und gründet parallel drei weitere Standorte des GSI – in Passau, Bad Bevensen und in Bonn-Bad Godesberg.

„Er träumte von Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wie ganz wenige hatte er den Mut und die Beharrlichkeit, seinen Traum zu leben und ein Stück Wirklichkeit werden zu lassen.“

1996

Ein Leben für Europa und die Demokratie

1996, kurz nachdem er in den Ruhestand geht, stirbt Berthold Finkelstein überraschend im Alter von 70 Jahren. In der Traueranzeige des GSI heißt es: „Er träumte von Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wie ganz wenige hatte er den Mut und die Beharrlichkeit, seinen Traum zu leben und ein Stück Wirklichkeit werden zu lassen.“ Sein Traum ist seither in der Arbeit am GSI lebendig.

Zwei Leben für die Demokratie

Mehr als zwei Jahrzehnte war GSI-Präsident Erik Bettermann mit Berthold Finkelstein befreundet. Gemeinsam verfolgten sie die Vision einer solidarischen und friedlichen Welt, die sie in ihrer politischen Bildungsarbeit nie aus den Augen verloren. Ein Rückblick auf eine besondere Freundschaft.

Beruflich und privat verbunden: Im Rahmen seiner Geburtstagsfeier am GSI im Jahr 1994 gratulierte Berthold Finkelstein seinem Freund und Kollegen Erik Bettermann zum Fünfzigsten. © GSI



© Bernadett Yehdou



Erik Bettermann war bis November 2025 Präsident des Gustav-Stresemann-Instituts und war von 2001 bis 2013 Intendant der Deutschen Welle. Zuvor war er Staatsrat in Bremen und unter anderem stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD unter Willy Brandt. Er studierte Philosophie, Pädagogik und Sozialpädagogik in Köln und Bonn und engagierte sich früh in der internationalen Jugendarbeit.

Ihr gemeinsamer Traum ist immer noch da. Im Fundament des heutigen Gustav-Stresemann-Instituts (GSI) in Bad Godesberg steckt die Vision, die Berthold Finkelstein und Erik Bettermann ein Leben lang teilten. „An den Tag der Grundsteinlegung des GSI-Tagungszentrums im Februar 1986 erinnere ich mich noch genau. Berthold ließ Martin Luther Kings berühmte politische Rede „I have a dream...“ als Credo seiner Arbeit, die immer auch eine globale Perspektive beinhaltete, in den Grundstein des heutigen GSI einsetzen. Unser Traum war eine Welt, in der alle Menschen ohne Krieg, Faschismus und Vernichtung in Frieden zusammenleben können. Das war der Antrieb für alles, was wir taten“, sagt der 81-jährige Präsident des Gustav-Stresemann-Instituts und ehemalige Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann.

Politische Wellenlänge

Als junger Journalist und neu gewählter Geschäftsführer des Bundesjugendrings lernte Erik Bettermann 1973 Berthold Finkelstein auf dem Bonner Venusberg kennen. Dieser war damals Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten und leitete das GSI unter dem Namen Europäische Akademie Lerbach, eine der führenden politischen Bildungsstätten Deutschlands. Es war auch das Jahr, in dem Bettermann mit einer 800-köpfigen Delegation zu den Weltjugendfestspielen nach Ostberlin reiste, beim Einlauf ins einstige Walter-Ulbricht-Stadion die schwarz-rot-goldene Flagge der Bundesrepublik trug und später Erich Honecker begegnete. „In diesem Jahr traf ich Berthold zum ersten Mal. Auf Tagungen und Konferenzen kamen wir immer wieder ins Gespräch, und uns war schnell klar, dass wir auf einer Wellenlänge lagen. Obwohl uns ein Altersunterschied von 19 Jahren trennte, dachten wir in vielen Dingen synchron“, so Bettermann.

Während Berthold Finkelstein den Schrecken der Naziherrschaft ganz unmittelbar als Kind und Jugendlicher durch den Suizid seines Vaters und seine Zwangsarbeit bei I.G. Farben erlebte, wuchs Erik Bettermann, der ein Jahr vor Kriegsende am 8. Mai 1944 im Leipziger Stadtteil Lindenthal zur Welt kam, im zerbombten Köln und im gesellschaftlichen Schweigen der 50er-Jahre auf. „Meine Jugend war davon geprägt, herauszufinden, was im Namen der Deutschen zwischen 1933 und 1945 eigentlich passiert war“, erinnert sich Bettermann. Ende der 50er-Jahre war er in der evangelischen Kirche aktiv, organisierte ehrenamtlich Jugendfreizeiten für Kinder. Eine Zeit, in der er zum ersten Mal mit der deutschen Verantwortung konfrontiert wurde. „Bei einer Radtour nach Amersfoort spuckten

Niederländer vor uns aus. Ich wollte verstehen, warum das passierte. Doch weder im Schulunterricht noch in meiner Familie bekam ich Antworten.“

Aufarbeitung im Gespräch

Sein Wissen über die NS-Diktatur eignete sich Bettermann im Laufe der Jahre selbst an. In der Bibliothek stieß er auf das „Tagebuch der Anne Frank“, tauschte sich mit anderen Jugendlichen dazu aus. Als ihn sein Vater 1963 im Rahmen der Abiturfahrt nach Paris vor dem „Erzfeind“ warnte, wurde für ihn klar, dass er aktiv werden wollte. Mit Anfang 20 baute er zusammen mit dem Kreisjugendpfleger des Kreises Köln eine Partnerschaft zwischen dem Kreis Köln und dem Département du Morbihan in der Bretagne auf. Im Laufe seines Studiums arbeitete er während eines Urlaubssemesters bei Sardinenfischern von Quiberon und lernte so Französisch. Später engagierte er sich im Deutsch-Französischen Jugendwerk, das 1963 gegründet wurde.

„Auch wenn sich die Lebenserfahrungen von Berthold und mir auf den ersten Blick unterscheiden, haben sie sich in gewisser Weise ergänzt. Teils gab es auch Parallelen, wie zum Beispiel unser ehrenamtliches und politisches Engagement. Wenn wir uns privat trafen, trafen wir uns nicht etwa, um toll essen zu gehen. Wir trafen uns – manchmal auch bei gutem Wein –, um zu zweit oder zu mehreren Gespräche zu führen, etwa darüber, wie so jemand wie Hitler an die Macht kommen konnte“, sagt Bettermann. Über seine traumatischen Lebenserfahrungen in der NS-Zeit sprach Berthold Finkelstein selten, trotzdem fand Erik Bettermann im Austausch mit ihm Antworten

auf persönliche Fragen im Kontext der NS-Diktatur. 1973 lernte er nicht nur Berthold Finkelstein kennen, es war auch das Jahr, in dem er zum ersten Mal die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau besuchte. „Diesen Ort zu sehen war für mich das Schlimmste in meinem Leben. Dass die Nazis die Menschen direkt aus den Zügen in die Gaskammern schickten und ihnen nach ihrer Ermordung noch die Goldzähne herausbrachen, hat mich sehr belastet. Ich habe bis heute keine Antwort darauf gefunden, wie das Volk der Dichter und Denker bei der Vernichtung von Andersdenkenden so brutal vorgehen konnte.“

Schweigende Gesellschaft

Nach dieser Reise konfrontierte er seinen Vater, der während des Zweiten Weltkriegs als Elektriker für ein Hydrierwerk der Nazis gearbeitet hatte und nur 50 Kilometer von Auschwitz entfernt in Katowice auf Montage gewesen war. „Wir hatten eine heftige Auseinandersetzung. Ich fragte, wie es sein könne,

„Wir spürten beide eine historische Verantwortung und waren uns immer einig: Demokratie braucht Diskussion und die kontinuierliche Bildung junger Menschen.“

dass er von alldem nichts mitbekommen haben will. Das Einzige, was er sagte, war: ‚Wenn der Wind aus Osten wehte, hat es halt immer gestunken.‘ Es hat einfach niemanden gekümmert, und es wurde auch

„Berthold zitierte damals Brecht: *‚Erst kommt das Fressen, dann die Moral!‘* Und er erzählte, wie apolitisch die Menschen damals waren. Heute sind sie es wieder.“

nicht nachgefragt“, sagt Bettermann und hält die Hände erst vor seine Augen, dann über seine Ohren und vor den Mund. „Diese Geste habe ich von Berthold übernommen. Er machte sie damals symbolisch für das Schweigen dieser Generation, als wir über den Streit mit meinem Vater sprachen.“

Mit den Jahren vertiefte sich ihre Freundschaft. „Anfang der 80er-Jahre besuchte ich die Finkelsteins in ihrem Feriendomizil am Lago Maggiore. In einem Gespräch bot Berthold mir an, den Bereich

Politische Bildung im Haus Lerbach zu leiten. Doch ich hatte damals die Option, Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand unter Willy Brandt zu werden, und lehnte ab. Bertholds Reaktion war die eines wahren Freundes. Er sagte: ‚Mach das, du hast Perspektiven!‘“ Rückblickend sagt Bettermann: „Neben meinen Erfahrungen in der Nachkriegszeit liegt in der Begegnung mit diesen beiden Persönlichkeiten der Grund für mein politisches Engagement.“ Denkt er an Finkelstein, denkt er als Erstes an eine große menschliche Offenheit. „Das war der Kern unserer Freundschaft. Wir haben inhaltlich und emotional voneinander profitiert, und wir haben uns gegenseitig unser Leben erzählt.“ Etwa von Bettermanns Reise 1978 zu den Weltjugendfestspielen auf Kuba, für die er als Leiter der BRD-Delegation den ersten und letzten Flug der Lufthansa nach Havanna organisierte und vor Ort Fidel Castro traf. Oder vom Bruder seines Vaters, dem Maler Gerhart Bettermann, der untertauchen musste, weil eine seiner Zeichnungen Goebbels bei einer Ausstellung missfallen hatte. „Wir fanden immer ein Thema“, erinnert sich Bettermann.

Gemeinsame Verantwortung

„Wir spürten beide eine historische Verantwortung und waren uns immer einig: Demokratie braucht Diskussion und die kontinuierliche Bildung junger Menschen. Die vielleicht vernünftigste Idee

International engagiert: Bei der Eröffnung der Weltjugendfestspiele 1973 trug Erik Bettermann, damals Geschäftsführer des Bundesjugendrings, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland ins einstige Walter-Ulbricht-Stadion in Ostberlin. © dpa



Gemeinsame Zeiten: Erik Bettermann mit seiner Ehefrau Beate Krüger zu Besuch bei Gertraude und Berthold Finkelstein in ihrem Feriendomizil am Lago Maggiore. © GSI



im Deutschland der 50er-Jahre war, dass man historisch-politische Bildung nicht nur vermittelt, sondern gemeinsame Erfahrung und internationale Begegnung ermöglicht – so wie es Berthold schon während seines Studiums tat.“ Mit Blick auf die aktuelle gesellschaftliche und politische Lage sagt er: „Politische Bildung ist nicht gescheitert, aber sie muss interdisziplinär ausgebaut werden.“ Für

der Gesellschaft zur NS-Zeit erinnert. „Berthold zitierte damals Brecht: ‚Erst kommt das Fressen, dann die Moral!‘ Und er erzählte, wie apolitisch die Menschen damals waren. Heute sind sie es wieder.“

Demokratie schützen

Dass die rechtsextreme AfD bei der letzten Bundestagswahl den größten Zuwachs bei den 18- bis 24-Jährigen erzielte, trifft ihn sehr. „Die Stigmatisierung von Menschen wäre Berthold zuwider gewesen. Auch die autokratischen Entwicklungen innerhalb Europas würden ihn sehr erschrecken“, vermutet Bettermann. „Ich bin froh, dass ihm diese Entwicklungen erspart geblieben sind.“ Als Finkelstein 1996 im Alter von 70 Jahren überraschend starb, hielt sein Freund eine Trauerrede. „Was ich an ihm immer bewunderte, war seine große Beharrlichkeit. Trotz seiner schrecklichen Vergangenheit hatte er auch schon lange vor der Gründung des GSI die Kraft, sein Handeln der politischen Bildung zu widmen. Er wollte andere dazu befähigen, sich politisch zu engagieren.“

Wenn Berthold Finkelstein heute noch leben würde, so glaubt Erik Bettermann, würden die beiden bei einem Glas Wein zusammensitzen und sich fragen: „Was haben wir falsch gemacht? Was müssen wir jetzt tun?“ Bettermann: „In den Anfängen der politischen Bildung ging es darum, unsere Nachbarländer kennenzulernen. Heute gilt es, die Demokratie zu schützen.“ In der politischen Bildungs- und Stiftungsarbeit am GSI lebt Berthold Finkelsteins Traum weiter. Ihre gemeinsame Vision von einer zivilen Welt und einem friedlich vereinten Europa hat Erik Bettermann nicht vergessen. „Diese Welt habe ich immer im Hinterkopf.“

„In den Anfängen der politischen Bildung ging es darum, unsere Nachbarländer kennenzulernen. Heute gilt es, die Demokratie zu schützen.“

Bettermann steht fest: Politische Bildung muss im Elternhaus beginnen und in der Schule weitergehen. Mit jedem seiner drei Kinder besuchte er eine KZ-Gedenkstätte und reiste nach Israel. Er selbst setzte sich als junger Mensch mit dem Judentum auseinander und arbeitete sechs Monate in einem Kibbuz.

Bettermann wollte sich stets selbst einen Eindruck verschaffen. Als Intendant der Deutschen Welle bereiste er 170 Länder der Welt. „All diese Reisen unternahm ich nicht aus Lust und Laune, sondern weil ich mir ein Bild von diesem Erdball machen wollte, um im Sinne einer zivilen Welt vielleicht etwas zu erreichen. Mit 81 Jahren muss ich leider sagen: Wir haben nicht viel erreicht.“ Derzeit fühlt er sich an Finkelsteins Schilderungen

Bleibende Erinnerung

Engagiert, mutig und beharrlich führte Berthold Finkelstein das Gustav-Stresemann-Institut 45 Jahre lang und prägte mit seiner Arbeit die politische Bildungslandschaft in Deutschland. Zu seinem 100. Geburtstag denken vier Mitarbeiter*innen zurück an die gemeinsame Zeit – an einen humorvollen, manchmal aufbrausenden und immer herzlichen Menschen, dessen Lebenstraum am GSI bis heute weiterwirkt.



Bleibendes Andenken: Als Berthold Finkelstein 1996 überraschend starb, wurde auf Initiative der Mitarbeiter*innen diese Gedenkplakette angebracht, die seither am Eingang des Gustav-Stresemann-Instituts die Gäste begrüßt. © GSI

„Wann immer er eine positive Veränderung erkannte, engagierte sich Finkelstein beherzt.“



Eine Erinnerung von
Gitta Geißler

„Seine Hartnäckigkeit, die Beharrlichkeit, Dinge zu verfolgen und sie wirklich umzusetzen, das hat mich an Berthold Finkelstein sehr beeindruckt! Im politischen Bereich war er nie wankelmütig. Auch gegenüber Förderinstitutionen trat er immer straight auf. Dieser unerschütterliche Kampfgeist, das war besonders. Bei allem, wo er eine Veränderung im positiven Sinn sah, war er an vorderster Front dabei. Er war absolut begeisterungsfähig, wenn die Zahlen stimmten! Zwei Flops, da wurde die Luft dünn. Da war er einfach Volkswirt. Es gab die legendären Herbstsitzungen, die wir ‚die Stunde der Wahrheit‘ nannten. Dann kamen alle Zahlen auf den Tisch, und es konnte damit enden, dass Finkelstein wutschnaubend den Raum verließ. Gleichzeitig war die Atmosphäre im Haus Lerbach sehr familiär. Wenn Not am Mann war, schleppte auch er Tische oder stellte sich in die Küche und half. Die Bildungsstätten waren nicht nur Orte der Begegnung, man wohnte regelrecht dort. Die Referent*innen, auch ich, hatten ein Bett im Büro. Das Programm war international und breit ausgerichtet – von deutsch-deutschen Themen über Friedens- und Sicherheitspolitik bis hin zu Bundeswehrseminaren. Auf die deutsch-französischen Begegnungen legte Finkelstein besonderen Wert.

Persönliche Loyalität und Vertrauen waren ihm unendlich wichtig. Wenn die Dinge nicht so liefen, wie sie sollten, nahm er das sehr persönlich und

sah sein Lebenswerk gefährdet. Das hatte etwas Existenzielles bei ihm. Er war sensibel, großzügig und megaengagiert, auch im aufbrausenden Sinne. Zu seinem 60. Geburtstag schenkten wir ihm ein Holzkästchen mit zwei Fotos darin, die sein freundliches und sein ärgerliches Gesicht zeigten. Das sollte er an seine Bürotür hängen und morgens einstellen, mit welcher Laune man rechnen konnte. Darüber konnte er schon lachen. Über seine Verfolgungsgeschichte verlor er kein Wort. Ich möchte nicht wissen, was er durchlitten hat. Aber das umzuwandeln in positives, aktives Handeln, das war, glaube ich, seine Triebfeder. Was ich ihm zu seinem 100. Geburtstag wünsche? Seine Mutter war Elsässerin, er sprach perfekt Französisch, setzte sich für die deutsch-französische Freundschaft ein, und er liebte gutes Essen. Ein Abend mit elsässischem Essen und Wein wäre schön. Da würde er sich wohlfühlen. Und er würde viel erzählen.“

Gitta Geißler begegnete Berthold Finkelstein durch ihr Engagement bei den Jusos und der Arbeiterwohl-fahrt. Er stellte sie 1978 als Berufspraktikantin an, später wurde sie Bildungsreferentin, und leitete den Bereich der politischen Bildung am Gustav-Stresemann-Institut. Der größte Reiz, am GSI zu arbeiten, bestand für sie in der inhaltlichen Freiheit und den Gestaltungsmöglichkeiten. „Das war für mich das größte Geschenk!“

„Berthold Finkelsteins Traum schwebte über allem.“



Eine Erinnerung von
Hans-Jürgen Arndt

„Sein Mut und sein Durchsetzungsvermögen haben mich immer beeindruckt. Berthold Finkelsteins Traum schwebte über allem, er hat ihn verwirklicht. Natürlich hatte er gute Kontakte, aber auch den nötigen Mut, den man braucht, um etwas wie das GSI auf die Beine zu stellen. Über seine persönliche Geschichte hat er nie gesprochen. Ich glaube, er wollte die politischen Ideen im Vordergrund sehen. Wenn er sich äußerte, dann immer mit Nachdruck. Man merkte, dass viel Wissen hinter dem steckte, was er sagte. Andere Meinungen akzeptierte er und ging auch darauf ein. Er wusste jedoch gleichzeitig sehr genau, was er wollte. Zum Wohle der Kunden war Herrn Finkelstein nichts zu teuer. Für die Jugenddisco schaffte er sogar italienische Designermöbel an. Er selbst war jedoch sparsam. Seinen Dienstwagen, einen alten Mercedes S-Klasse, fuhr er jahrelang. Auch als der Wagen schon lauter Beulen hatte und kaum mehr ging, ließ er ihn von einem GSI-Techniker reparieren. Zu seinem 100. Geburtstag wünsche ich mir, dass wir seinen Lebensraum weiter so gestalten, wie er es uns vormachte.“

Hans-Jürgen Arndt kam 1988 als Direktionsassistent des Hoteldirektors ans GSI. Heute verantwortet er die Bereiche Guest Relation und Veranstaltungsmanagement und ist zudem Ausbildungsleiter. Berthold Finkelstein war für ihn stets wie ein Herbergsvater. „Er hatte immer ein offenes Ohr für uns, war aber auch eine Respektsperson. Nach 37 Jahren ist mir das Haus ans Herz gewachsen. Es ist ein Teil von mir, und ich hätte niemals gedacht, dass ich so lange bleibe.“

„Man arbeitete nicht für das Haus, man arbeitete für Berthold Finkelstein.“



Eine Erinnerung von
Cordula Benfarji

„Seine Bürotür stand immer offen. An Berthold Finkelsteins Schreibtisch war ein Extrabrett angebaut, an dem man sitzen und mit ihm über alle Anliegen sprechen konnte. An Weiberfastnacht mussten wir – so wollte es die Tradition – zu ihm ins Büro, um seine Krawatte abzuschneiden. Dafür gab es dann auch einen Berliner. Das galt für alle Kolleginnen. Ich hatte nicht das Gefühl, dass er hierarchisch dachte. Ich erlebte ihn als sehr zugewandt, väterlich und ruhig. Er war – und das Gefühl hat sich sehr lange gehalten – das GSI. Man arbeitete nicht für das Haus, man arbeitete für Berthold Finkelstein. Er war der Motor, um den sich alles im GSI drehte. Durch die Rede seines Sohnes Johannes Finkelstein zur Verlegung der Stolpersteine habe ich erfahren, wie stark die Familie Finkelstein seine Gedanken und Werte weiterlebt. Berthold Finkelstein hatte immer den Wunsch, die Menschen zusammenzubringen. Nach dem Motto: Wer sich kennt, tötet sich nicht. Zu seinem 100. Geburtstag wünsche ich mir, dass sein Name auch in Zukunft eng mit dem GSI verknüpft ist.“

Cordula Benfarji bewarb sich 1993 für eine Ausbildung zur Hotelkauffrau beim GSI. Heute arbeitet sie als Bildungsreferentin in der Abteilung Politische Bildung. Berthold Finkelstein lernte sie an dem Tag kennen, an dem sie ihr Bewerbungsgespräch bei der damaligen Geschäftsführerin des GSI, Ursula Meister, hatte. Woran sie sich noch gut erinnert: „Daran, dass er in sich ruhte, und an seinen klassischen Kleidungsstil. Eine dunkle Cordhose und ein Hemd – das war für ihn typisch.“



Engagierter Geist: Berthold Finkelstein im Publikum bei der Israel-Tagung 1988 und bei einem Betriebsausflug mit den Mitarbeiter*innen des GSI. © GSI

„Zu seinem 100. Geburtstag wünsche ich mir, dass wir seinen Lebensraum weiter so gestalten, wie er es uns vormachte.“

Hans-Jürgen Arndt

Gitta Geißler (rechts) und Cordula Benfarji (Mitte) bei einer Diskussion am GSI. Gitta Geißler engagierte sich 30 Jahre für politische Bildung im GSI. Der unerschütterliche Kampfgeist Berthold Finkelsteins beeindruckt sie bis heute. © GSI



„Ich hatte immer das Gefühl, respektiert zu werden.“



Eine Erinnerung von
Silvia Schumann

„Wenn man Berthold Finkelstein im Haus begegnete, grüßte er immer sehr freundlich. So machte er es bei allen Mitarbeitenden. Dass er einen persönlich und mit Namen ansprach, gab mir immer das Gefühl, respektiert zu werden. Er selbst war auch eine Respektsperson und wollte, dass jede*r die ihr oder ihm zugedachten Arbeiten macht und – in meinem Fall – die Zahlen liefert. Gleichzeitig habe ich ihn als sehr fürsorglichen Vorgesetzten kennengelernt, in dessen Gegenwart man sich geborgen fühlte. Ihm war es enorm wichtig, dass sich seine Angestellten wohlfühlten. Als ich in meiner Probezeit einen Unfall hatte – ich zog mir bei einem Treppensturz zwei Brüche in der Wirbelsäule zu – und bald wieder arbeiten wollte, kam er oft in mein Büro und fragte nach meinem Befinden. Er sagte dann immer: ‚Wenn Sie Schmerzen haben, gehen Sie nach Hause. Ich will hier keinen mit Schmerzen sehen!‘ Möglicherweise hing diese Haltung mit seiner Vergangenheit zusammen. Menschlichkeit und ein gerechter Umgang hatten für ihn eine große Bedeutung. Einmal weinte eine Kollegin nach einem Streit mit einem Kollegen. Herr Finkelstein führte mit beiden ein Gespräch. Die Kollegin erzählte mir hinterher, dass er ihr sagte: ‚Das geht gar nicht, dass meine Mitarbeiter weinen!‘ Man hat sich aufgefangen gefühlt, fast wie bei einem Vater. Als wir die Nachricht von seinem unerwarteten Tod erhielten, war das für uns alle ein großer Schock. Da hat man wirklich geweint. Als Gründer und Seele dieses Hauses war er sehr präsent, sei es an Karneval, auf Weihnachtsfeiern oder bei Betriebsausflügen. Dass er auf einmal weg war, war für uns alle sehr, sehr traurig. Zu seinem 100. Geburtstag würde ich ihm wünschen, dass er sehen könnte, wie erfolgreich sein GSI geworden ist, und dass so viele Leute, die unter ihm gearbeitet haben, so lange im Haus geblieben sind. Es würde ihn sicher sehr freuen.“

Silvia Schumann arbeitet seit 1994 als Buchhalterin am GSI. „Berthold Finkelstein setzte damals seine Unterschrift unter meinen Vertrag und stellte mich ein. Das Wertvollste, das ich von ihm gelernt habe? Wie wichtig es ist, zielstrebig zu sein. Um so etwas wie das GSI aufzubauen, ist Zielstrebigkeit unerlässlich. Er hatte sein Ziel immer im Blick.“

Demokratie

”

Es ist immerhin in unserem Lande noch oder wieder möglich, daß Zehntausende Parolen erliegen, die so fatal an die Klänge erinnern, die wir für immer gebannt hofften. Wir hören wieder Trommelklänge und Lieder, deren Melodien und Texte uns erschauern lassen, und wir müssen wieder sehen, wie junge Menschen von falschen Führern für falsche und gefährliche Ideale gewonnen werden. (...) Was wir brauchen, ist politische Bildung als permanenten Vorgang in allen Lebensbereichen, der nicht mit dem Ende der Schulzeit abschließt, sondern lebenslang dem aufgeschlossenen Bürger hilft, seinen Bürgerpflichten zu genügen und den Trägen mahnt, die res publica, die Angelegenheiten der Gemeinschaft als die seinen zu begreifen.

“

Berthold Finkelstein

Kongress zur politischen Bildung, 1966

Irrtümer sind möglich!

Ob Menschen je aus der Vergangenheit lernten

Eine Frage der Haltung

Wie Führungskräfte Demokratie am Arbeitsplatz verteidigen

Gift für die deutsche Wirtschaft

Warum Vielfalt Zukunft sichert

Spuren in der Stadt

Wo NS-Zwangsarbeit in Krefeld bis heute sichtbar ist

Die engagierte Generation

*Kreativ & nahbar —
so gestaltet Jugend Demokratie*

Zwischen Echokammern und Empowerment:

Wie politische Bildung in Social Media gelingt

Wir müssen reden!

Was Empathie im Dialog verändert

Gesichter der Erinnerung

Warum Luigi Toscano seine Bilder auf die Straße stellt

Perspektiven aus der Praxis

*Was sich politische Bildner*innen wünschen*

Aus der Geschichte lernen: Irrtümer sind möglich!

In Zeiten von Krisen, Kriegen, Rechtsruck und Demokratien unter Druck suchen Menschen durch den Blick in die Geschichte nach Orientierung. Ob sie jemals aus der Vergangenheit lernen konnten und wo die Grenzen historischer Analogien liegen, erklärt der Historiker Peter Geiss im Interview.

Herr Professor Geiss, Sie gehen davon aus, dass in Zeiten der Krise und des Krieges das Bemühen um ein Lernen aus der Geschichte allgegenwärtig und die Suche nach Analogien und Orientierung in der Vergangenheit zur menschlichen Sehnsucht wird. Woran liegt das?

Zu Recht wurde in der Forschung über das Lernen aus der Geschichte hervorgehoben, dass Menschen sich in ihrem Denken und Handeln ganz unvermeidlich auf Erfahrungen aus der Vergangenheit stützen. Das beginnt schon auf der persönlichen Ebene. Wenn wir beruflich oder privat vor einer Herausforderung stehen, etwa einer Prüfung, versuchen wir uns an ähnliche Situationen zu erinnern und daran, was damals „funktioniert“ hat und was zu vermeiden ist. Daraus leiten wir dann mehr oder weniger bewusst Strategien ab. Wenn wir heute vom Lernen aus der Geschichte sprechen, meinen wir meistens Erfolge.

Wann haben Menschen aus Ihrer Sicht aus der Vergangenheit tatsächlich etwas gelernt?

Ich wuchs im Schatten des atomaren Wettrüstens in den 80er-Jahren auf, nur wenige Kilometer von einer amerikanischen Pershing-II-Basis entfernt, die im Fall der Fälle ein logisches Ziel sowjetischer Nuklearwaffen gewesen wäre. Für mich liegt eine wesentliche historische Lernleistung der Menschheit darin, dass es nach den Nuklearangriffen auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 gelungen ist, weitere Einsätze solcher Waffen zu vermeiden, obwohl es seither viele Spannungen, Krisen und

auch konventionelle Kriege gab. Mich interessieren in meiner Forschung jedoch auch die Fälle des „falschen Lernens“.

Könnten Sie das näher erläutern? An welches Beispiel für falsches Lernen denken Sie?

Ich denke an die RAF, die ihr terroristisches Handeln teilweise aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus ableitete. Besonders deutlich zeigt sich das an der hoch engagierten und zunächst entschieden demokratisch und menschenrechtlich orientierten Journalistin Ulrike Meinhof. Als Redakteurin der linken Zeitschrift „konkret“ wollte sie es in den 50er- und 60er-Jahren nicht durchgehen lassen, dass schwer belastete Nazis wieder zu Amt und Würden kamen und braune Denkmuster weiterwirkten. Später driftete sie dann bekanntlich in die Gewaltbejahung ab.

Welche Persönlichkeiten haben historische Analogien zur Krisenbewältigung genutzt?

Da gibt es viele! Ein Fall, der mich sehr fasziniert, ist der einstige US-Präsident John F. Kennedy, der über eine außergewöhnliche historische Bildung verfügte. Als die USA während der Kubakrise 1962 durch sowjetische Atomraketen vor der eigenen Haustür existenziell bedroht waren, griff er auf historische und persönliche Erfahrungen zurück. In seiner berühmten Fernsehansprache vom 22. Oktober 1962 erinnerte er seine Landsleute an das, was er die „Lektionen“ der 30er-Jahre nannte. Das Nachgeben gegenüber Aggressoren wie Hitler



Prof. Dr. Peter Geiss ist Professor für Didaktik der Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft an der Universität Bonn. Sein Buch „Geschichte in Zeiten der Unsicherheit. Wie Politik seit der Antike aus der Vergangenheit lernt“ ist 2025 im Kohlhammer Verlag erschienen.

Fritz Bauer (1903–1968) war ein deutscher Jurist, Jude, Sozialdemokrat und NS-Überlebender. Nach der Rückkehr aus dem Exil initiierte er als hessischer Generalstaatsanwalt den Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main und half zuvor bei der Ergreifung des NS-Verbrechers Adolf Eichmann. Bauer sah Recht als moralischen Auftrag. Er hielt es für eine universale Pflicht aller Menschen, sich Befehlen oder Aufforderungen zu inhumanem Handeln mit einem klaren „Nein“ zu widersetzen.

„2025 ist weder 1938 noch 1914, 1962 oder 1983, aber Erfahrungsanteile aus diesen früheren Krisen und Gefahrensituationen können durchaus noch relevant bleiben, sofern sie nicht die einzigen Orientierungsquellen für das Navigieren durch die gefährlichen weltpolitischen Gewässer unserer Zeit sind.“

führe nur zu noch mehr Aggression. In derselben Rede machte er jedoch auch deutlich, dass die USA keinen Krieg mit der Sowjetunion wünschten, bei dem – wie er es in einer Metapher ausdrückte – die „Früchte des Sieges Asche in unserem Mund wären“.

Wo liegen die Grenzen des Lernens aus der Geschichte?

Gefährlich wird es, wenn der Blick in die Geschichte daran hindert, uns ein unverstelltes Bild von der aktuellen Lage zu machen, weil wir sie nur noch durch die Brille einer historischen Analogie deuten können. Das kann zu schweren Einschätzungs- und Handlungsfehlern führen. 2025 ist weder 1938 noch 1914, 1962 oder 1983, aber Erfahrungsanteile aus diesen früheren Krisen und Gefahrensituationen können durchaus noch relevant bleiben, sofern sie nicht die einzigen Orientierungsquellen für das Navigieren durch die gefährlichen weltpolitischen Gewässer unserer Zeit sind.

Welche Erfahrungsanteile meinen Sie konkret?

Aus diesen Erfahrungen könnte in der Zusammenschau relevant bleiben, dass wir Frieden und Sicherheit wohl weder durch Dialog aus der Schwäche heraus noch durch Selbstüberschätzung und einen ungebremsen Eskalationskurs erreichen

können. Hier die Balance zu halten ist eine ganz schwierige Herausforderung für die politisch Verantwortlichen. Vieles ist unberechenbar, Intuition und – hoffentlich – Glück gehören dazu.

Einigen Studien zufolge nimmt das Wissen von Jugendlichen zum Holocaust ab. Wie fordert das die historisch-politische Bildung heraus?

Natürlich ist es unverzichtbar, dass Jugendliche über zentrale Sachverhalte dieses singulären Verbrechens inhaltlich informiert sind, also etwa über die Gesamtzahl der Opfer, die wesentlichen Schritte der Entrechtung, die ihrer Deportation und Ermordung vorangingen, und nicht zuletzt über die Mitverantwortung großer Teile der deutschen Gesellschaft. Mindestens so relevant ist aber, dass historisch-politische Bildung junge Menschen zur Empathie mit den Opfern befähigt.

Wie kann das gelingen?

Es ist wichtig, persönliches Identifikationspotenzial zu schaffen und aufzuzeigen, dass von schweren Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Massenmord Menschen betroffen waren, denen sich Kinder und Jugendliche etwa aufgrund ihrer Lebenssituation nahe fühlen. Personalisierung ist für eine lebendige Erinnerungskultur unabdingbar.

Worauf kommt es in einer lebendigen Erinnerungskultur besonders an?

Letztlich geht es darum, die wahrscheinlich in jedem Menschen vorhandene, aber leider oft durch Ideologie, Hetze und Gruppendruck geschwächte Barriere dagegen zu stärken, andere Menschen abzuwerten oder gar zu dehumanisieren. Auch wenn der Holocaust ein historisch singuläres Verbrechen war, lassen sich die aus ihm ableitbaren Widerstandspotenziale gegen Inhumanität universalisieren, wie dies bereits der Humanist und Jurist Fritz Bauer angeregt hat. Die persönliche Ebene der Empathie gegenüber Opfern ist ganz wichtig – nicht als Alternative zur historischen Wissensvermittlung, sondern in enger Verzahnung mit ihr.

Eine Frage der Haltung

Rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen am Arbeitsplatz sind längst kein Randphänomen mehr. Um Demokratie in Deutschland zu schützen, braucht es Führungskräfte und Unternehmen, die sich klar positionieren. Zwei Teilnehmerinnen des Weiterbildungsprogramms „Leaders for Democracy“ erzählen.

„Zwangsarbeit? Das erschien mir zunächst weit entfernt von meinem heutigen Arbeitsalltag. Doch beim Besuch des Museums zur NS-Zwangsarbeit in Weimar wurde mir bewusst, wie stark wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland durch das NS-Regime beeinflusst wurden – etwa an Standorten wie Wolfsburg.

„Der Arbeitsplatz ist einer der wenigen analogen Orte, an dem sich Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen noch direkt begegnen. Dort besteht die Chance, aktiv etwas für demokratische Resilienz zu tun.“

burg. Mir wurde klar: Die Auseinandersetzung mit historischer Verantwortung betrifft uns alle“, erklärt Vivienne Koch, die beim Technologiedienstleister Akkodis die Abteilung Digital Verification und Validation im Bereich Automotive an den Standorten Wolfsburg, Leipzig und Magdeburg leitet. Sie

ist eine von 19 Teilnehmenden des Weiterbildungsprogramms „Leaders for Democracy“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung. In dem Programm setzen sich junge Führungskräfte sechs Monate lang mit Themen wie historischer Verantwortung, Ethik in der Führung und Diskriminierung, insbesondere Antisemitismus und Rassismus, auseinander. Dabei besuchen sie Gedenkorte, treffen auf zivilgesellschaftlich Engagierte und entwickeln ein Führungsverständnis, das sie selbst und ihre demokratische Resilienz stärkt.

„Vor allem in einem Unternehmen wie Akkodis, das in Bereichen wie Automotive sowie Aerospace und Defense tätig ist, ist es für mich selbstverständlich, ethische Fragestellungen in der Zusammenarbeit mit Teams und Partnern mitzudenken. Das Programm hat mir neue Impulse gegeben, wie wir noch bewusster mit Verantwortung in globalen Lieferketten umgehen können.“ Koch, die gebürtige Chemnitzerin ist, will sowohl im persönlichen als auch im beruflichen Umfeld Haltung zeigen. „Ich bin überzeugt: Jede Führungskraft in Deutschland hat die Verantwortung, sich klar zu demokratischen Werten zu bekennen. Gerade jetzt müssen wir unsere Stimmen nutzen und laut bleiben, denn wir haben eine wichtige Vorbildfunktion.“



Sophia Fresen ist Referentin beim Verein Gesicht Zeigen! und gemeinsam mit Vivien Klatt Autorin der Studie „Unternehmen in Verantwortung!“.

Seit der Veröffentlichung erhält sie viel positives Feedback von Mitarbeitenden und Führungskräften. Die Studien-daten helfen, in Unternehmen für eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus zu argumentieren und Schulungsmaßnahmen zu begründen.

Welche Dimension Rechtsextremismus in der heutigen Arbeitswelt hat, legte 2024 erstmals die repräsentative Studie „Unternehmen in Verantwortung!“ des zivilgesellschaftlichen Vereins Gesicht Zeigen! dar. Studienautorin Sophia Fresen sagt: „Rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz sind kein Randphänomen mehr und fordern die Arbeitswelt zunehmend heraus.“ Ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland hat rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz schon einmal wahrgenommen. Jede*r Zehnte war selbst von Anfeindungen betroffen. „Wenn es um die Verbreitung von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit geht, darf die Wirtschaft nicht schweigen. Weder der Staat noch die Zivilgesellschaft sind für den Erhalt der Demokratie allein verantwortlich“, so Fresen.

Demokratische Resilienz am Arbeitsplatz

Eine Haltung, die Leaders-for-Democracy-Teilnehmerin Kasia Siemasz teilt. „Der Arbeitsplatz ist einer der wenigen analogen Orte, an dem sich Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen noch direkt begegnen. Dort besteht die Chance, aktiv etwas für demokratische Resilienz zu tun.“ Die Geschäftsführerin der gemeinnützigen Bildungsorganisation Humanity in Action Germany, die Workshops, Seminare und Studienreisen für Studierende und junge Berufstätige weltweit anbietet, will künftig ihre Zielgruppe erweitern und noch mehr junge Menschen in der Arbeitswelt erreichen. Siemasz, die schon als Jugendliche internationale Projekte zur Erinnerungskultur durchführte und insbesondere Erfahrungen innerhalb von NGOs gesammelt hat, sagt: „Es ist ermutigend, zu sehen, dass es Unternehmer*innen und Führungskräfte gibt, die Haltung zeigen. Meine Hoffnung ist, dass immer mehr Unternehmen erkennen, wie wichtig es ist, sich im Arbeitsalltag mit Vielfalt und Diskriminierung auseinanderzusetzen.“ Im Rahmen von Leaders for Democracy trafen

Kasia Siemasz ist Geschäftsführerin der gemeinnützigen Bildungsorganisation Humanity in Action Germany. Sie hofft, dass sich noch mehr Führungskräfte mit Vielfalt und Diskriminierung auseinandersetzen. © Sharon Nathan



„Ich bin überzeugt: Jede Führungskraft in Deutschland hat die Verantwortung, sich klar zu demokratischen Werten zu bekennen. Gerade jetzt müssen wir unsere Stimmen nutzen und laut bleiben, denn wir haben eine wichtige Vorbildfunktion.“



Vivienne Koch ist Führungskraft beim Technologiedienstleister Akkodis. Sie will perspektivisch antirassistische Kommunikationstrainings und Workshops zur Demokratiebildung im Weiterbildungsprogramm ihres Unternehmens etablieren. © Sarah Riedel

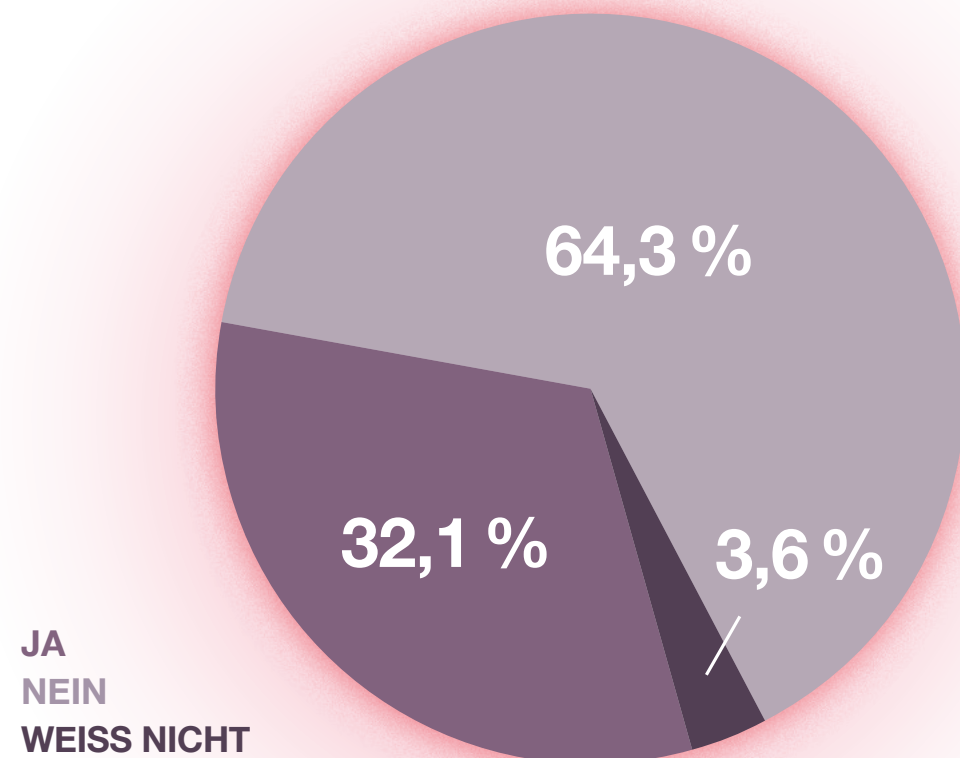
die jungen Führungskräfte etwa auf unternehmerische Vertreter*innen aus Thüringen und auf den damaligen Geschäftsführer des Fußballvereins Hertha BSC. Seit 2015 führen Fans und Verein Gedenkstättenfahrten durch und setzen sich mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinander.

Präventiv handeln

Doch für Siemasz liegt die Verantwortung nicht allein bei Führungskräften. „Jede*r Einzelne ist gefragt. Unternehmen schaffen zwar Strukturen, die bestimmte Prozesse beschleunigen können, doch am Ende treffen Menschen die Entscheidungen, und es ist ihr Verhalten, das zur Entmenslichung anderer führen kann.“ Auch für Siemasz hat der Besuch in Weimar einen Bezug zur Gegenwart hergestellt. „Ich habe dort klare Parallelen zur heutigen Zeit gesehen – denkt man etwa an die deutsche Fleischindustrie, in der oft Migrant*innen unter schlechtesten Bedingungen arbeiten, und an deutsche Firmen, die geltendes Arbeitsrecht umgehen. Wir alle kennen diese besorgniserregenden Strukturen. Ich wünsche mir, dass sich Unternehmen unter ethischen Gesichtspunkten mit den Grenzen ihrer Geschäftsmodelle befassen und präventiv handeln, bevor es irgendwann zu spät ist.“

Präventiv handeln, das will auch Vivienne Koch. „In meinem Team arbeiten Kolleg*innen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Alle sollen sich willkommen, respektiert und sicher fühlen. Vielfalt ist bei uns nicht nur Teil des Alltags – sie bereichert unsere Innovationskraft und Zusammenarbeit.“ Zur Bundestagswahl positionierte sich der CEO ihres Unternehmens demokratisch. Der Austausch mit politischen Vertreter*innen erfolgt auf Grundlage eines klaren Werteverständnisses. Positionen, die nicht mit dem Selbstverständnis von Akkodis als offenem, demokratischem Unternehmen vereinbar sind, finden darin keinen Platz. Werte wie Respekt, Fairness und Inklusion

Haben Sie an Ihrem Arbeitsplatz jemals rechtsextreme, also nationalistische, rassistische, antisemitische, den Nationalsozialismus verharmlosende oder demokratiefeindliche Einstellungen wahrgenommen?



sind fest in der Unternehmenskultur verankert. Zwar gibt es bei Akkodis bislang keine spezifischen Formate zum Umgang mit rechtsextremen Einstellungen am Arbeitsplatz, doch Koch will das Thema stärker in den Fokus rücken. „Für unseren nächsten Teamtag will ich eine Gedenkstättenfahrt vorschlagen. Perspektivisch möchte ich antirassistische Kommunikationstrainings und Workshops zur Demokratiebildung in unseren Weiterbildungsprogrammen etablieren.“

Falsche Risikoeinschätzung

Deutschlandweit betrachtet machen Unternehmen laut der Studie „Unternehmen in Verantwortung!“ noch zu wenig, um Mitarbeitende sowie Führungskräfte zu befähigen, sich rechtsextremen Einstellungen entgegenzustellen. „Eine feste Ansprechperson mit entsprechendem Fachwissen zu benennen und Möglichkeiten zur Unterstützung,

regelmäßigen Sensibilisierung und Weiterbildung zu schaffen sind grundlegende Schritte, die jedes Unternehmen umsetzen sollte“, so Fresen. Was sie an ihrer Studie überraschte: „Jede*r dritte privatwirtschaftliche Entscheider*in in Deutschland meint, dass rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz keinerlei negativen Einfluss auf ihr Unternehmen haben. Im Hinblick auf die medial viel diskutierten Herausforderungen zum Thema Fachkräfte hatten wir eine höhere Risikoeinschätzung erwartet.“

Vivienne Koch und Kasia Siemasz wissen um dieses Risiko. Siemasz sagt: „Allein was den Aspekt der Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels betrifft, sind demokratische Systeme von wirtschaftlichem Vorteil für Unternehmen. Auch im Bereich der demokratischen Resilienz muss langfristig gedacht werden. Je nachhaltiger die Lösungen, umso besser – für die Unternehmen selbst und für unsere Gesellschaft.“

Daten aus der Studie „Unternehmen in Verantwortung!“ des Vereins Gesicht Zeigen!, September 2024

Auch 80 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur hat sich laut der aktuellen Analyse „Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte“ der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte ein Großteil der betrachteten 1.250 deutschen, vor dem Jahr 1945 gegründeten Unternehmen noch immer nicht mit seiner Geschichte während der NS-Zeit auseinandergesetzt. Mehr dazu auf [unternehmensgeschichte.de](https://www.undernehmensgeschichte.de)

Mit dem Business Council for Democracy (BC4D) bietet die Gemeinnützige Hertie-Stiftung Arbeitnehmer*innen kostenlose Schulungen zu Hassrede, gezielter Desinformation und Verschwörungserzählungen. Darin erwerben Teilnehmende demokratierelevante Kompetenzen und lernen, wie sie sich demokratiefeindlichen Äußerungen entgegenstellen. Mehr dazu auf bc4d.org

Gift für die deutsche Wirtschaft

Das Erstarken der rechtsextremistischen Partei AfD gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Warum Unternehmen sich für Vielfalt, Toleranz und Demokratie engagieren sollten, um ihre Zukunft zu sichern, analysiert Knut Bergmann vom Institut der deutschen Wirtschaft.

Mit dem Erstarken populistischer Parteien hat sich auch in Deutschland eine breite Debatte über die Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft entsponnen – insbesondere mit Blick auf die AfD. Aus den Reihen der Partei heißt es immer wieder, sie sei eine Partei der wirtschaftlichen Vernunft. Tatsächlich verfügt die AfD – aus der Taufe gehoben von wirtschaftsliberalen Experten – bis heute über ein weitgehend liberales Programm. Allerdings ist wie bei jeder politischen Bewegung zu fragen, ob das Programm oder die Protagonisten die Richtung vorgeben. Bei der AfD sind es eindeutig die radikalen Äußerungen des Spitzenpersonals. Genauso finden sich in der Programmatik diverse Positionen, denen ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland innewohnt.

Immense Kosten

Das größte Risiko liegt im Bestreben der AfD, aus der Europäischen Währungsunion und – weniger deutlich formuliert – aus der Europäischen Union austreten zu wollen. In Ersterem ist die Partei vollkommen klar, bei Zweiterem gilt, dass die Vorstellungen der Rechtspopulisten – insbesondere mit Blick auf die mit der Idee eines „Bundes europäischer Nationen“ verbundenen Forderungen – nur mit einem Austritt aus der EU realisierbar sind. Für deren Umsetzung wäre nämlich eine einstimmige Mehrheit unter den Mitgliedstaaten nötig, die vollkommen unrealistisch ist. Jedenfalls wäre ein Austritt nach Vorbild Großbritanniens teuer: Nach nur fünf Jahren würden die Kosten 5,6 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – umgerechnet 690 Milliarden Euro – betragen; 2,5 Millionen Arbeitsplätze ständen auf dem Spiel. Noch nicht eingepreist sind dabei die Folgen eines Austritts aus der Europäischen Währungsgemeinschaft (Bardt et al. 2024). Ob der immensen Kosten verwundert nicht, dass kein anderes Thema von hiesigen Unternehmen so kritisch gesehen wird wie die europapolitischen Vorschläge. 77 Prozent der Unternehmen erkennen im AfD-Erstarken ein Risiko „für den Bestand der Europäischen Union und des Euros“,

lediglich 3,4 Prozent sehen darin eine Chance (Bergmann et al. 2024b).

Das zweite große Thema, bei dem die AfD ökonomisch negative Folgen zeitigt, ist die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften, auf die die deutsche Wirtschaft existenziell angewiesen ist. Gefragt nach den „akuten betrieblichen Auswirkungen“ der politischen Entwicklung, benennt knapp die Hälfte der Hauptgeschäftsführer von Wirtschaftsverbänden „Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen“ (Bergmann et al. 2024a). Gerade in der Migrationspolitik zeigt sich, dass die Rechtsaußen-Partei, obwohl sie weder in Bund noch Land regiert, schon erheblichen Einfluss auf das gesellschaftspolitische Klima nimmt.

Demokratisches Eigeninteresse

Genauso steht die Ideologie der Partei der nötigen Transformation des Standortes D entgegen. Nicht nur wird der Ausbau alternativer Energien (Zitat Alice Weidel: „Windmühlen der Schande“) abgelehnt, sondern der Klimawandel insgesamt wird angezweifelt – und zwar mit dem verschwörungstheoretischen Narrativ von „The Great Reset“, das sich so im Bundestagswahlprogramm findet. Die fiskalpolitischen Vorstellungen dieses Programmes entpuppen sich überdies als ausgesprochen unsolid: Wie die erheblichen Steuersenkungen finanziert werden sollen, steht in den Sternen. Selbiges gilt für die Kosten einer Erhöhung der Renten auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Das hier zugrunde liegende Motto „Einnahmen runter, Ausgaben rauf“ ist schlicht unseriös.

Insofern handeln auch Unternehmen im wohlverstandenen Eigeninteresse, wenn sie sich für Vielfalt, Toleranz und Demokratie engagieren. Schließlich fußt unsere soziale Marktwirtschaft auf einem freiheitlichen Gemeinwesen. Viele Vorstellungen der AfD sind nichts als Gift – nicht nur, aber auch für die Wirtschaft.



Dr. Knut Bergmann
leitet das Berliner Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft. Zudem lehrt er Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Wissenschaftlich hat er sich etwa mit den wirtschaftspolitischen Implikationen der AfD beschäftigt.



Bardt, Hubertus/ Bolwin, Lennart/ Busch, Berthold/ Matthes, Jürgen (2024). **Brexit – Kein Vorbild für Deutschland**. In: IW-Trends, 51(2), 101–117.

Bergmann, Knut/ Diermeier, Matthias/Kinderman, Daniel/Schroeder, Wolfgang (2024a). **Die deutsche Wirtschaft und die AfD: Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse**. WZB Discussion Paper ZZ 2024-602, Februar 2024, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Bergmann, Knut/ Diermeier, Matthias/Schroeder, Wolfgang (2024b). **Germany still divided? Die Sicht der Unternehmen auf die AfD im ost- und westdeutschen Vergleich**. WZB Discussion Paper ZZ 2024-604, August 2024, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Spuren in der Stadt



Architektonische Zeitzeugen: Auf der Edeltstahlkampfbahn in Stahldorf fanden früher große Naziaufmärsche statt. An diese Zeit erinnert das 1936 aufgestellte Bronzestandbild des Künstlers Max Kruse. Im Hintergrund ist das einstige Hauptgebäude der Deutschen Edeltahlwerke zu sehen.

In Krefeld mussten zwischen 1933 und 1945 mehr als 15.000 Menschen Zwangsarbeit leisten – in führenden Unternehmen wie den Deutschen Edeltahlwerken oder der I.G. Farben, aber auch in Privathaushalten. Einer davon war Berthold Finkelstein. Die gemeinsame Erinnerungsarbeit der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld in der Villa Merländer und des Industriedenkmalpflegers Christoph Becker zeigt, welche Überreste es bis heute gibt – in alten Gebäuden und in gesellschaftlichen Narrativen. **FOTOS** Sofia Brandes

Seit 1991 ist die Villa Merländer das offizielle NS-Dokumentationszentrum der Stadt Krefeld. Die Mitarbeiter*innen recherchieren und dokumentieren die NS-Vergangenheit der Stadt. Gleichzeitig ist es Sammelstelle für Informationen rund um jüdische Geschichte, den Holocaust in Krefeld, alle Opfer der NS-Verfolgung sowie Veranstaltungsraum und Bildungsstätte für Schüler*innen, Studierende und andere Interessierte. Eine neue Dauerausstellung beleuchtet zudem das Leben vor und nach der NS-Diktatur in Krefeld und widmet sich Biografien von Menschen aus Opfergruppen wie den Homosexuellen, Sinti*innen und Rom*nja sowie Zwangsarbeiter*innen. Mehr dazu: villamerlaender.de



Orte der Zwangsarbeit: Auf einer Übersichtskarte in der NS-Dokumentationsstelle Villa Merländer zeigen Sandra Franz und Fabian Schmitz, wo Menschen für Unternehmen im gesamten Stadtgebiet Zwangsarbeit leisten mussten.

Fabian Schmitz schaut auf die große Wandkarte, die einen Übersichtsplan der Stadt Krefeld zeigt. „Die roten Pfeile, die im gesamten Stadtgebiet verteilt sind, markieren Orte, an denen jeweils mehr als 15 Zwangsarbeiter*innen untergebracht waren – in zentralen Sammelunterkünften, in fabrikeigenen Barackensiedlungen, in Gaststätten, auf Bauernhöfen, in Handwerksbetrieben oder in Privathaushalten“, sagt der Mitarbeiter der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld in der Villa Merländer, der hauptverantwortlich deren Archiv leitet. Mehr als 15.000 Menschen leisteten zwischen 1933 und 1945 an über 200 Orten in Krefeld Zwangsarbeit, darunter Unternehmen wie die Deutschen Edeltahlwerke, die Rheinische Kunstseide AG oder I.G. Farben, wo auch der gebürtige Krefelder Berthold Finkelstein ab 1943 am Standort Uerdingen tätig sein musste.

„Zwangsarbeit ist ein elementarer Teil unserer Dauerausstellung – und ein Kapitel der lokalen Geschichte in Krefeld, bei dem noch viel Aufarbeitung nötig ist, nicht nur zu Namen und biografischen Details der Opfer“, sagt Sandra Franz, Leiterin der NS-Dokumentationsstelle. Noch immer stecke in vielen Köpfen das Bild eines komplett zerstörten Deutschlands, dessen Wirtschaft nach dem Krieg durch die eigene Bevölkerung schnell wiederaufgebaut wurde. „Dass viele Firmen damals einen gewissen Erfolg jedoch nur aufrechterhalten konnten, weil sie Menschen zur Zwangsarbeit einsetzten und deshalb nach dem Krieg relativ nahtlos weitermachen konnten, wird oft vergessen. Ohne Zwangsarbeit wäre das deutsche Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen.“

Wichtige Aufarbeitung

Was Fabian Schmitz und Sandra Franz zudem wahrnehmen: „Kommt die Rede auf das Thema Zwangsarbeit, gibt es noch immer einen großen Unwillen, sich wirklich damit auseinanderzusetzen“, so Franz. Das zeige unter anderem ein Blick in die Firmenhistorien vieler Mittelständler, in denen zwischen 1933 und 1945 oft noch eine Lücke klappe. Es gibt jedoch auch Unternehmen, die zwecks Aufarbeitung proaktiv auf die Krefelder NS-Dokumentationsstelle zukommen. Manche Eigentümer*innen, deren Vorgänger*innen oder Verwandtschaft in NS-Verbrechen involviert waren, spenden dem Förderverein Villa Merländer Geld. „Nicht um sich reinzuwaschen, sondern weil sie Aufarbeitung wichtig finden. Da hat definitiv ein Wandel stattgefunden. Vermutlich auch, weil Unternehmen inzwischen keine wirtschaftlichen Konsequenzen mehr fürchten und weil die gesellschaftliche Anerkennung hoch ist, wenn man sich offen damit auseinandersetzt“, so Franz. Sie will das Thema noch stärker in die Stadtgesellschaft bringen – durch Bildungsarbeit mit Schulklassen, Studierenden und interessierten Bürger*innen, in Podiumsdiskussionen, durch Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum und durch Kooperationsprojekte wie der gemeinsamen Ausstellung zu den heutigen Spuren von Ausbeutung und Zwangsarbeit in Krefeld, die Christoph Becker, Industriedenkmalpfleger und Besitzer des Historischen Klärwerks, 2024 initiierte.

Am Parkplatz der Bezirkssportanlage Stahldorf wartet Christoph Becker bereits auf Sandra Franz und Fabian Schmitz. Zusammen besuchen sie

einen der drei Industrieorte, die thematisch im Fokus ihrer gemeinsamen Ausstellung standen. Nur ein paar Schritte entfernt liegt das Vereinsheim der Edelstahlkampfbahn, die heute zu den meistgenutzten Sportanlagen Krefelds gehört. Hinter der leuchtend roten Tartanbahn ist die historische Konzernzentrale der Deutschen Edelstahlwerke zu sehen. Vor dem Sportplatz erinnert das 1936 aufgestellte Bronzestandbild des Künstlers Max Kruse, ein Siegesbote von Marathon, an die Ursprünge des Ortes. „Die Edelstahlwerke spielten für die deutsche Rüstungsindustrie eine wichtige Rolle. Hier wurde Edelstahl produziert, mit dem etwa Turbinenschaufeln für Kampfflieger, die ersten Düsenflugzeuge oder durchschusssichere Panzerplatten hergestellt wurden“, sagt Becker. 1938 wurde das Werk zum „nationalsozialistischen Musterbetrieb“ ernannt, eine Auszeichnung, die die Regimetreue des Konzerns verdeutlicht.

Fehlende Verantwortungsübernahme

Christoph Becker holt sein Smartphone hervor und zeigt ein Schwarz-Weiß-Bild, auf dem riesige Hakenkreuzflaggen wehen und ein Naziaufmarsch zu sehen ist. Für die Konzeption der Ausstellung recherchierte er in Bildarchiven, Datenbanken und Universitätsbibliotheken zur Zwangsarbeit in drei großen Krefelder Industrieunternehmen. „Das Bild wurde hier von der Tribüne neben uns aufgenommen. Wie man sieht, befanden sich auch

Menschen aus der Bevölkerung im Publikum. Vor uns liegt die frühere Werksportanlage, die von den Deutschen Edelstahlwerken für ihre Arbeiter, aber auch als riesiges Aufmarschareal für Aufzüge des Naziregimes genutzt wurde“, so Becker. Auf dem nächsten Foto ist eine Barackensiedlung zu sehen. Die Edelstahlwerke hatten ein eigenes Zwangsarbeiter*innenlager. Zwischen 3.000 und 5.000 Zwangsarbeitenden könnten zwischen 1933 und 1945 dort beschäftigt gewesen sein. „Gesichert sind diese Zahlen nicht, leider ist über diese Opfergruppe insgesamt nur wenig bekannt“, sagt Fabian Schmitz, der vor allem zu Biografien von Krefelder Zwangsarbeiter*innen forscht. Ihn erreichen regelmäßig Anfragen von Menschen, die mehr über die Geschichte ihrer Verwandten wissen wollen. Auch der niederländische Journalist Tim Overdiek, dessen Vater von 1943 bis 1944 Zwangsarbeiter in den Deutschen Edelstahlwerken war, wandte sich im Rahmen einer Buchrecherche an Schmitz. Als sein Buch „Zwijgende Vaders“ (zu Deutsch: „Schweigende Väter“) erschien, luden die NS-Dokumentationsstelle und Christoph Becker ihn ein. Auch ein Foto, das seinen Vater im Lager der Edelstahlwerke zeigt, war in der Ausstellung zu sehen. „Die Biografie eines Zwangsarbeiters so unmittelbar vor Augen zu haben war sehr besonders“, so Becker. Inzwischen gehört das denkmalgeschützte Werk internationalen Stahlkonzernen aus Finnland und der Schweiz. Die Konzernzentrale steht leer, nur Teile der Werksanlage werden noch

genutzt. „Leider zeigen Nachfolgeunternehmen nur sehr selten Interesse an ihrem historischen Erbe. Wir wünschen uns natürlich immer, dass die Unternehmen sich mit ihren Firmengeschichten auseinandersetzen und Erinnerungszeichen setzen“, sagt Sandra Franz.

Auch die Rheinische Kunstseide AG (Rheika), die es bis zu den 70er-Jahren in Krefeld gab, hatte kein Interesse an Aufarbeitung und Verantwortungsübernahme. „Wir stehen hier im Stadtteil Linn auf dem einstigen Gelände des Unternehmens Rheika, das 1937 gegründet wurde. Wo heute ein Tierfutertergeschäft seinen Sitz hat, wurden ab 1939 kriegswichtige Produkte wie Fallschirmseide mittels chemischer Prozesse produziert. Zwangsarbeiter*innen verrichteten diese Arbeit ohne Handschuhe oder Schutzbrillen. Verätzungen von Haut und Augen bis hin zur Erblindung gehörten zum Arbeitsalltag“, erklärt Becker. Eine dieser Arbeiter*innen war Agnès Humbert, eine französische Widerstandskämpferin und Kulturhistorikerin, die ihre Erlebnisse in einem Tagebuch niedergeschrieben hat, das inzwischen auf Deutsch vorliegt. Nicht nur die Zwangsarbeitsverbrechen der lokalen Industrie zu benennen, sondern die Erinnerung an die Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen, Frankreich, der ehemaligen Tschechoslowakei, Belgien, Italien und den Niederlanden, die in Krefeld arbeiten mussten, ist Sandra Franz, Fabian Schmitz und Christoph Becker ein gemeinsames Anliegen.

Fabian Schmitz (links) leitet das Archiv der Villa Merländer. Sandra Franz (Mitte) ist Leiterin der NS-Dokumentationsstelle. In Zusammenarbeit mit dem Industriedenkmalpfleger und Besitzer des Historischen Klärwerks, Christoph Becker (rechts), entwickelten sie eine Ausstellung zum Thema Zwangsarbeit in Krefeld.



Lokale Verbrechen: In diesem Gebäude saß bis in die 70er-Jahre die Rheinische Kunstseide AG. Das Unternehmen ließ zahlreiche Zwangsarbeiter*innen unter menschenunwürdigen Bedingungen für sich arbeiten. Eine Verantwortungsübernahme fand nie statt.



Résistance. Erinnerungen an den Widerstand 1940–1945

Unter welchen unerträglichen Bedingungen die Kulturhistorikerin und Widerstandskämpferin Agnès Humbert Zwangsarbeit im Krefelder Unternehmen Rheinische Kunstseide AG verrichten musste, beschreibt sie in ihrem Buch „Résistance. Erinnerungen an den Widerstand 1940–1945“, das nun erstmalig auf Deutsch vorliegt und eine wichtige Erinnerungslücke im Themenkomplex Zwangsarbeit in Krefeld schließt. Das Buch wurde unter anderem von der ehemaligen Leiterin der NS-Dokumentationsstätte, Ingrid Schupetta, aus dem Französischen übersetzt. Es ist im Wiener Verlag Bahoe Books erschienen.

Sichtbares Verbrechen

Zurück in Krefeld-Uerdingen steht die Gruppe in der Wehrstraße 12 vor einer Reihe weißer Stadthäuser aus den 30er-Jahren. „Das waren damals Dienstwohnungen für die Führungskräfte von I.G. Farben. Hier wohnte Berthold Finkelstein, bis sich sein Vater Hans 1938 das Leben nahm, um seine Familie vor den Nazis zu schützen“, erklärt Schmitz. Auf dem Bordstein vor dem Haus erinnern zwei Stolpersteine an das Schicksal von Hans und Berthold Finkelstein. Gegenüber dem einstigen Haus der Familie findet sich ein weiterer Bezug zur Zwangsarbeit in Krefeld. „Dieser Wohn- und Geschäftskomplex da drüben war früher der Hochbunker Am Röttgen. Ab 1940 wurde er von Zwangsarbeiter*innen errichtet, die darin selbst keinen Schutz suchen durften“, so Schmitz.

Wie in vielen anderen deutschen Städten auch war Zwangsarbeit in Krefeld sichtbar. „Niemand, der damals in der Stadt gelebt hat, kann glaubhaft sagen, er hätte nichts von diesem Verbrechen mitbekommen“, so Franz. Die Spuren finden sich bis heute nicht nur in architektonischen Zeugnissen, sondern auch in gesellschaftlichen Narrativen. „Auf Veranstaltungen passiert es oft, dass uns jemand etwa von seiner Oma erzählt, die den Zwangsarbeitern morgens immer Butterbrote hingelegt hat. Es gibt in Familienerinnerungen eine stärkere Wahrnehmung dieser Opfergruppe, jedoch oft gepaart mit dem Narrativ ‚Aber wir haben sie gut behandelt‘. Es scheint den Wunsch nach Absolution zu geben“, sagt Franz.

Weit über die Nachkriegszeit hinaus fand eine Aufarbeitung seitens der Stadt und der lokalen Industrie nur zögerlich statt. Becker sagt: „Wer sich

mit Industriegeschichte befasst, kommt am Thema Zwangsarbeit eigentlich nicht vorbei. Ich sehe es als Bildungsauftrag, zu diesem düsteren Kapitel zu recherchieren und davon zu erzählen.“ Eine Kopie der Ausstellung schenkte er auf Anfrage einem Krefelder Gymnasiallehrer, der sie nun als Vorbereitung auf Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz nutzt. „Es ist wichtig, sich mit den Zuständen zur NS-Zeit in der eigenen Stadt zu befassen. An lokaler Geschichte lassen sich die Mechanismen verstehen, die irgendwann zu Auschwitz führten.“

Sandra Franz, Fabian Schmitz und Christoph Becker verstehen Erinnerung an Zwangsarbeit und die NS-Diktatur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Stärkung demokratischer Werte. Franz sagt: „Aus der Geschichte können wir unsere Schlüsse ziehen und überlegen, wo es heute wieder passiert, dass Menschen angegriffen und ausgebeutet werden. Und dann sollten wir überlegen, wie sich dem jetzt und in Zukunft Einhalt gebieten lässt.“

Das Elternhaus von Berthold Finkelstein: In der Wehrstraße lebte die Familie Finkelstein bis zum Suizid Hans Finkelsteins 1938. Danach musste sie die Werkswohnung verlassen. Vor dem Haus erinnern zwei Stolpersteine an Vater und Sohn.



Die engagierte

Mit einem Sinn für Demokratie und Gerechtigkeit setzen sich junge Erwachsene wie Philipp Baars und Jasmin Scholtbach ehrenamtlich für echte Jugendbeteiligung ein. Was sie mit ihrem Engagement verändern wollen und wie Erwachsene von ihnen lernen können.

Als Philipp Baars anfängt, sich für Politik zu interessieren, ist er 17 und mit seiner Begeisterung erst einmal ziemlich allein. „Eine supergute Politiklehrerin und das Thema Partizipation lösten mein politisches Interesse aus. Wenn man minderjährig und politikbegeistert ist, muss man echt lange suchen, bis man einen Gesprächspartner findet, der sich genauso dafür begeistert“, erinnert sich der 21-Jährige, der an der Frankfurter Goethe-Universität Wirtschaftswissenschaften studiert. „Ich schloss mich damals den Jungliberalen in meiner Heimatstadt Herzberg am Harz an und lernte einen Freund kennen, der bei den Jusos aktiv war. Auf einer Party diskutierten wir über die schwach ausgeprägten jugendpolitischen Strukturen in unserer Region und hatten die Idee, etwas Überparteiliches ins Leben zu rufen.“ Gemeinsam mit sechs weiteren Freund*innen gründete Baars 2023 den Verein DemokraTeaTime. Zusammen mit inzwischen sechzig Mitgliedern möchte er anderen Jugendlichen näherbringen, wie Demokratie funktioniert, und sie für demokratische Werte sensibilisieren – etwa bei Vorträgen in Schulen und in der monatlichen Gesprächsreihe „DemokraTeaTalks“, bei der sich Jugendliche zu aktuellen Themen austauschen.

Demokratische Nähe schaffen

„Ich will die Distanz zu politischen Eliten verkürzen. Politik wirkt auf Jugendliche oft so weit weg, dass es vielen völlig surreal erscheint, dort mitmischen zu können.“ Dass das ein Trugschluss ist, will DemokraTeaTime mit Gesprächsformaten wie „Pizza und Politik“ oder „Döner und Demokratie“ zeigen, in denen sich Jugendliche mit Politiker*innen direkt austauschen, oder mit Podiumsdiskussionen, bei denen über 200 Jugendliche Fragen an Abgeordnete stellen können. Nur ein Jahr nach der Gründung erhielt der Verein den Jugenddemokratiepreis der Bundeszentrale für politische Bildung. Baars sagt: „Wir freuen uns sehr über diese Anerkennung! Das hat uns gezeigt, dass wir mit unserer Idee den Puls der Zeit getroffen haben.“

Auch Jasmin Scholtbach will zu einer besseren Jugendbeteiligung beitragen. „Die Partizipation von Jugendlichen ist ein Bereich, der in der Politik nur sehr schleppend vorangeht. Es reicht nicht, junge Menschen zu Veranstaltungen einzuladen. Wir wollen aktiv mitbestimmen und



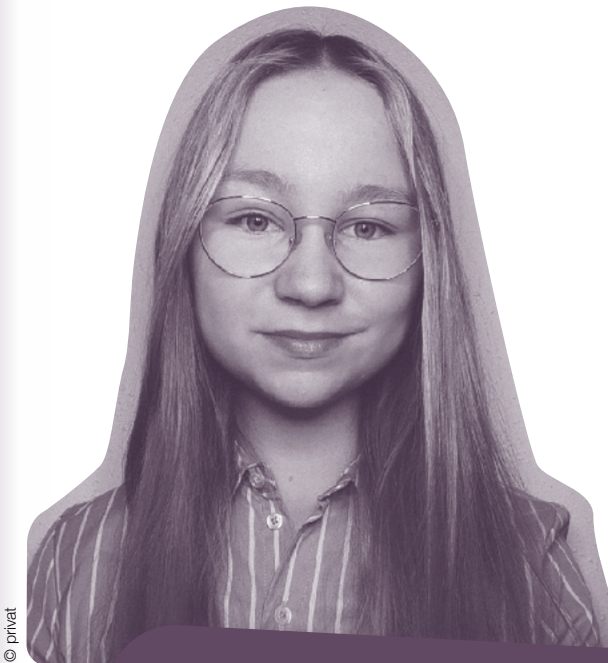
© privat

„Ich will die Distanz zu politischen Eliten verkürzen. Politik wirkt auf Jugendliche oft so weit weg, dass es vielen völlig surreal erscheint, dort mitmischen zu können.“

Seit 2008 verleiht die **Bundeszentrale für politische Bildung** jährlich den Jugenddemokratiepreis an junge Menschen, die sich besonders für Demokratie engagieren. Eine Jury aus Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren kürt Projekte, in denen Jugendliche auf herausragende Weise demokratisch und ehrenamtlich aktiv sind. Mehr dazu: jugenddemokratiepreis.de, bpb.de

Philipp Baars studiert Wirtschaftswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt. Als Gründungsmitglied des Vereins DemokraTeaTime kümmert er sich um den Bereich Finanzen und baut derzeit eine Frankfurter Ortsgruppe auf.

Generation



© privat

„Ein partizipatives Bildungssystem, das Kinder früh einbezieht und in dem es um die Fragen geht: Wie fördere ich Menschen? Was kann ich machen, damit sie sich gehört fühlen und ihre Perspektiven einbringen?“

Jasmin Scholtbach studiert Medizin an der Berliner Charité. Als Mitglied im Jugendbeirat der Initiative Starke Kinder- und Jugendparlamente stehen für sie Vernetzung und der fachliche Austausch im Fokus.

ernst genommen werden“, so die 18-Jährige. Zusammen mit dreizehn weiteren Jugendlichen ist sie im Jugendbeirat der Initiative Starke Kinder- und Jugendparlamente vertreten, die sich im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Interessen junger Menschen besser repräsentiert werden. Neben dem Jugendbeirat gehören auch die Akademie für Kinder- und Jugendparlamente in Trägerschaft des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten sowie die Servicestelle Starke Kinder- und Jugendparlamente des Deutschen Kinderhilfswerks zur Initiative.

Raum für junge Perspektiven

Ihr Engagement empfindet Scholtbach als Teil ihrer Persönlichkeit. „Ich habe schon immer gern meine Meinung geäußert, diskutiert und mitbestimmt. Schon mit neun Jahren wurde ich Mitglied im Schülerrat meines Gymnasiums in Halle.“ Später saß sie im Stadt- und Landesschülerrat sowie als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss des Stadtrates. Seit vier Jahren kümmert sie sich im Jugendbeirat um Vernetzung, Fachaustausche sowie Publikationen und gestaltet Veranstaltungen mit. Wenn sie dort von interessierten Jugendlichen angesprochen wird, gibt sie gern Tipps zur Gründung von Kinder- und Jugendparlamenten. Laut aktuellen Daten des Deutschen Kinderhilfswerks gibt es derzeit knapp 620 Kinder- und Jugendparlamente in Deutschland. Scholtbach wünscht sich, dass Jugendbeteiligung sowohl medial als auch in den Köpfen der Menschen mehr Raum bekommt. „Auch wenn junge Leute die Zukunft sind, wird in der Politik leider sehr kurzfristig gedacht und

Jugendlichen oft ein niedrigerer Stellenwert beigemessen. Ob jugendliche Partizipation in Kommunen gut funktioniert, hängt an Einzelpersonen, die sich einsetzen“, so Scholtbach. Sie selbst hat auch viele gute Erfahrungen mit Politiker*innen gemacht.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Genau wie Philipp Baars von DemokraTeaTime. „Eines unserer Kernanliegen war von Anfang an, jugendpolitisch etwas zu bewirken. Damit junge Leute in unserem Ort einen größeren Impact erhalten, haben wir ein Jugendparlament initiiert. Insbesondere die SPD hat uns bei dem komplexen Antragsprozess geholfen. Anfang 2025 fand die Wahl zum ersten Jugendrat in Herzberg am Harz statt.“ Dass jugendliche Perspektiven nun im Rathaus ihrer Stadt vertreten sind, ist für ihn ein großer Erfolg. Was sich Baars als Nächstes wünscht: dass Politiker*innen bereit sind, sich von jungen Menschen beraten zu lassen und zu lernen, wie man Jugendliche wirklich erreicht. „Nämlich nicht durch das Posten komischer Social-Media-Videos, in denen Jugendsprache imitiert wird“, so Baars. Er ist gerade dabei, eine DemokraTeaTime-Ortsgruppe in Frankfurt zu gründen, um die Reichweite des Vereins zu vergrößern. Und auch Jasmin Scholtbach, die seit Kurzem Medizin an der Berliner Charité studiert, will weiterhin politisch aktiv sein. Gerade engagiert sie sich bei youpaN, dem Jugendforum zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ihre Vision ist: „Ein partizipatives Bildungssystem, das Kinder früh einbezieht und in dem es um die Fragen geht: Wie fördere ich Menschen? Was kann ich machen, damit sie sich gehört fühlen und ihre Perspektiven einbringen?“ Ein Anliegen, das sie in die Zukunft trägt.

Zwischen Echokammern und Empowerment: Digitale Räume für politische Bildung

Social Media machen Polarisierung ebenso möglich wie demokratische Aufklärung. Worin das integrative Potenzial sozialer Medien liegt, erläutert die Forscherin Merja Mahrt. Aus der Praxis berichtet Deborah Schnabel, die Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank, und zeigt auf, wie politische Bildung junge Menschen online erreichen kann. Zwei Perspektiven auf ein viel diskutiertes Thema.



Spricht die Kommunikationswissenschaftlerin Merja Mahrt über ihre Forschung, spricht sie stets auch über Gleichzeitigkeiten. „Wenn in der Öffentlichkeit über Social Media diskutiert wird, stehen oft entweder nur die guten oder nur die schlechten Seiten im Fokus. Soziale Medien sind jedoch immer ein Sowohl-als-auch. Sie können für demokratiefeindliche oder demokratiestärkende Zwecke genutzt werden“, sagt Merja Mahrt, die an der Freien Universität Berlin lehrt und Referentin am Weizenbaum-Institut ist. Seit mehr als zehn Jahren arbeitet sie zu Themen wie digitaler Fragmentierung, Echokammern und Filterblasen. Blickt sie auf den aktuellen Diskurs zu Social Media, Polarisierung und Demokratie, wünscht sie sich mehr Differenzierung. „Wer nur TikTok die Schuld für den AfD- oder Linken-Erfolg bei Erstwähler*innen gibt, braucht sich nicht mit der komplexen Ursachenforschung zu befassen und Fragen nach sozialer Ungleichheit oder fehlenden Chancen zu stellen“, so Mahrt.

und erfolgreiche Social-Media-Kampagnen von Parteien wie der Linken, der AfD oder im Bundestagswahlkampf 2021 auch der FDP Wahlentscheidungen junger Menschen beeinflussen könnten, hält Mahrt jedoch für ausgeschlossen. „Wo jemand in der Wahlkabine sein Kreuz setzt, hängt von vielen Faktoren ab, auch langfristigen wie etwa Sozialisation, Lebensbedingungen oder Politikinteresse. Das heißt nicht, dass Social Media gar keinen Einfluss haben, jedoch ist es kein zwangsläufiger Mechanismus“, so Mahrt. Für einen Großteil der Jugendlichen sind Gespräche in der Familie oder im Freundeskreis die wichtigste Quelle für Informationen zum Weltgeschehen, so das Ergebnis der „Jugend-Information-Medien-Studie-2024“ des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest. Mahrt sagt: „Die Polarisierung in den sozialen Medien findet vor allem an den Rändern statt. Personen, die wenig mit Politik anfangen können oder schon extreme Meinungen haben, sind anfälliger für radikale Inhalte.“ Zudem ließe sich nur schwer einschätzen, wie viele Jugendliche rechtsextreme Inhalte online überhaupt sehen. „Dafür müsste man sie befragen. Nur weil extreme Inhalte existieren und viele Likes erhalten, heißt das im Umkehrschluss nicht, dass sie auch eine besonders hohe Reichweite haben, also von vielen Nutzer*innen gesehen werden und nachhaltig auf sie wirken. Diese Werte können stark voneinander abweichen.“ Den

Digitale Bildungsräume nutzen

Der Reuters Institute Digital News Report 2025 zeigt, dass in Deutschland jede*r zweite 18- bis 24-Jährige Social Media als hauptsächliche Nachrichtenquelle nutzt. Dass allein die Präsenz politischer Akteur*innen auf Plattformen wie TikTok

und sie erhalten als Antwort teils haarsträubenden Unsinn, teils rechtsextreme Propaganda. Wir müssen Inhalte bereitstellen, nach denen gesucht wird.“



Dr. Merja Mahrt ist Kommunikationswissenschaftlerin, lehrt an der Freien Universität Berlin und ist Referentin am Weizenbaum-Institut.



Dr. Deborah Schnabel ist Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank. Zu ihrer Bildungsarbeit gehören auch regelmäßige Publikationen zu aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten im digitalen Raum.



Der Holocaust als Meme. Wie in digitalen Räumen Geschichte umgedeutet wird von Deborah Schnabel und Eva Berendsen; downloadbar auf bs-anne-frank.de

Beyond Filter Bubbles and Echo Chambers – The Integrative Potential of the Internet von Merja Mahrt ist in der Schriftenreihe „Digital Communication Research 5“ erschienen und downloadbar auf dem Dokumentenserver Social Science Open Access Repository ssoar.info

JIM-Studie 2024 Jugend-Information-Medien vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest; Download: mpfs.de

Reuters Institute Digital News Report 2025 – Ergebnisse für Deutschland von Julia Behre; Sascha Höllig; Ezra Stöwing; Judith Möller; Verlag Hans-Bredow-Institut; Download: leibniz-hbi.de

Erfolg in sozialen Medien haben die AfD, die Linke oder 2021 die FDP nicht für sich reserviert. „Je mehr ich auf Social Media austreue, desto größer sind die Lerneffekte für mich als Kommunikatorin, auf denen ich bei Folgeposts aufbauen kann. Das können auch NGOs für sich nutzen. Soziale Medien bieten viel Raum für politische Bildung“, sagt Mahrt.

Kollektives Lernen ermöglichen

Eine Haltung, die auch Deborah Schnabel, die Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank, vertritt. „Politische Bildungsarbeit in den sozialen Medien kann Demokratie stärken, indem sie Räume für kollektives Lernen und Empowerment eröffnet.“ Schon seit 2020 ist die Bildungsstätte auf TikTok aktiv. „Anfangs eher experimentell, inzwischen mit höherem Produktionsaufwand. Wir wollten Jugendliche da erreichen, wo sie sind“, so Schnabel. Ihrer Erfahrung nach sind Inhalte, die empowern statt belehren, am wirksamsten. „Bei unserer Aufklärungskampagne #GemeinsamGegenAntisemitismus nutzten wir die Plattform als solidarischen Lernraum und produzierten mit jüdischen, migrantischen und queeren Content-Creator*innen Videos zu Fragen wie ‚Wie äußert sich Antisemitismus heute?‘.“ Auch Reports zu aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten auf TikTok gehören zu ihrer digitalen Bildungsarbeit. In der Analyse „Der Holocaust als Meme“ zeigen



die Bildner*innen geschichtsrevisionistische Inhalte auf, wie etwa eine KI-generierte Anne Frank, die holocaustrelativierende Inhalte verbreitet. Schnabel sagt: „Jeden Tag stellen Tausende Menschen bei TikTok die Frage: ‚Wer war Anne Frank?‘



Und sie erhalten als Antwort teils haarsträubenden Unsinn, teils rechtsextreme Propaganda. Wir müssen Inhalte bereitstellen, nach denen gesucht wird.“

Zeitgemäßer Bildungsort

Politische Bildung im digitalen Raum dürfe jedoch nicht bedeuten, Pfeildiagramme zum politischen System in Videos umzusetzen. „Die politische Bildung in Deutschland muss radikal inklusiver werden und Manipulationstechniken antidemokratischer Akteur*innen offenlegen. Jugendliche hassen es, manipuliert zu werden. Es ist die Kernaufgabe zeitgemäßer politischer Medienbildung, ihnen zu zeigen, wie das teils über rechtes Mainstreaming, teils über Plattformlogiken passiert, in denen Algorithmen Inhalte priorisieren, die schnell emotionalisieren oder polarisieren“, sagt Schnabel. So sei es



etwa wichtig, dass Jugendliche lernen, Beiträge zu erkennen, die gezielt Angst oder Empörung auslösen sollen. Durch ihre Präsenz auf TikTok will die Bildungsstätte Anne Frank gezielt Gegen-Narrative schaffen. Dabei kommt es laut Schnabel darauf an, das Medium ernst zu nehmen und mit einer glaubwürdigen Grundhaltung an die Content-Produktion zu gehen. „Nur wenn wir komplexe Inhalte verständlich, emotional und unterhaltsam aufbereiten, etwa durch visuelles Storytelling und authentische Content-Creator*innen, haben wir eine Chance, Jugendliche mit unseren Inhalten zu erreichen.“ Neben besorgniserregenden

Wissenslücken nimmt sie bei jungen Menschen nach wie vor ein starkes Interesse an der NS-Geschichte wahr. Zudem hätten Hashtags wie #BlackLivesMatter in der Vergangenheit gezeigt, dass Social Media demokratische Bewegungen mit weltweiten Auswirkungen mobilisieren können. Für die Zukunft ihrer digitalen Bildungsarbeit wünscht sich Schnabel: „ein digitales Ökosystem, in dem das größte Publikum diejenigen bekommen, die aufklären, Empathie fördern und Widerstand gegen antidemokratische Akteur*innen organisieren – nicht jene, die am lautesten



hetzen.“ Mahrt sagt: „Durch die Dynamisierung von Nachrichten haben sich Aufmerksamkeitslogiken verschoben. Komplexe Inhalte werden stärker und negativer zugespitzt als früher. Für Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, ist es schwieriger, mit ihrem Anliegen gehört zu werden.“ Perspektivisch könnte sich das durch das EU-Gesetz über digitale Dienste verändern, das seit 2024 in Kraft ist. Es verpflichtet Onlineplattformen, etwa gesellschaftliche Risiken wie Desinformation zu bewerten und Maßnahmen zur Risikominimierung umzusetzen. „Auf dem Papier ist das ein guter Anspruch. Wie es in der Praxis aussehen wird, muss sich zeigen“, so Mahrt. Bis dahin plädiert sie für Bildungsarbeit, die



auch generationenübergreifend Medienkompetenz fördert. Sie ist überzeugt: „Soziale Medien können ein vorpolitischer Raum sein, der durch seine inhaltliche Vielfalt Horizonte erweitert, Menschen verbindet und gesellschaftliche Teilhabe fördert.“

Wir müssen reden!

Ob im Sportverein, bei der Arbeit oder in der Schule: Um antidemokratischen Positionen entgegenzuwirken, setzt Larissa Bothe vom Verein **Gegen Vergessen – Für Demokratie** in Trainings für Jugendliche, pädagogische Fachkräfte und Ehrenamtliche auf empathischen Dialog. Wie konstruktive Kommunikation Demokratie stärken soll.

Kurz nachdem das Recherchenetzwerk Correctiv im Januar 2024 das Geheimtreffen von Rechtsextremen, AfD-Politiker*innen und zwei CDU-Mitgliedern aus dem Umfeld der Werteunion aufdeckte, erreichten Larissa Bothe ungewöhnlich viele Anfragen für ihre Online- und Offlinetrainings zur Stärkung der konstruktiven Kommunikation. Die Leiterin des Projektes Wi(e)dersprechen für Demokratie sagt: „Seit Anfang 2024 ist die Nachfrage enorm gestiegen. Im vergangenen Jahr haben wir 180 Kommunikationstrainings umgesetzt – so viele wie noch nie.“ Bis heute erhalten ihr Team aus 35 aktiven Honorarkräften und sie täglich mehrere Anfragen.

Mit den Trainings zur konstruktiven Kommunikation will Larissa Bothe Menschen darin stärken, sich gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu behaupten, und so das demokratische Miteinander fördern. „Wir richten uns an pädagogische Fachkräfte in Schulen und in der Jugendarbeit, an Ehrenamtliche etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei der VHS, in Sportvereinen, in Kirchen- oder Moscheegemeinden. Zudem bilden wir Jugendliche als Peercoach*innen aus.“ Seit fünf Jahren gehören vermehrt auch Gedenkstätten und Museen zur Zielgruppe. Dort gebe es einen Bedarf, neben pädagogischen Mitarbeitenden auch Menschen im Sicherheitsdienst oder Servicebereich zum Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen zu schulen.

Emotionen im Fokus

„Wenn wir Demokratiefeindlichkeit und Polarisierung auf lange Sicht wirklich etwas entgegensetzen wollen, müssen wir miteinander ins Gespräch gehen, und zwar ohne unser Gegenüber überzeugen oder mundtot machen zu wollen“, so Bothe. Dabei soll das konstruktive Kommunikationskonzept helfen, das der Verein **Gegen Vergessen – Für Demokratie** schon seit 2017 in Workshops und Trainings vermittelt. Basierend auf Elementen der gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg oder des Vier-Ohren-Modells nach Friedemann Schulz von Thun, lernen Teilnehmende, konstruktiv in den Dialog zu gehen, aktiv zuzuhören, anderen empathisch zu begegnen, gleichzeitig klare Grenzen aufzuzeigen und zu widersprechen.

In ihren Trainings geht es Bothe dabei um mehr als nur Rhetorik. „Oft kommen Teilnehmende mit falschen Erwartungen zu uns. Es gibt kein Universalrezept, das immer und

in jeder Situation funktioniert. Vielmehr geht es darum, sich erst einmal eigener Werte, Haltungen und Grenzen bewusst zu werden und die bedeutende Rolle von Emotionen anzuerkennen.“ Sachargumente führen laut Bothe meist nicht weiter, Empathie hingegen schon. Nur wer seinem Gegenüber offen und authentisch interessiert gegenübertritt, könne herausfinden, welche Gefühle oder Bedürfnisse möglicherweise hinter einer demokratiefeindlichen Aussage stecken, und der Person im Gespräch andere Perspektiven aufzeigen. „Emotionen haben im Kontext von Demokratiefeindlichkeit eine große Relevanz. In unserer Gesellschaft hört man immer wieder, Diskussionen müssten versachlicht werden, doch das ist ein Mythos.“

Dialog statt Ausgrenzung

Blickt Bothe auf die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025, geht sie davon aus, dass über die Hälfte der AfD-Wähler*innen keine überzeugten Ideolog*innen sind, sondern eher zu den wütenden und frustrierten Menschen gehören, die sich nicht gesehen fühlen oder Angst haben. Mit ihnen sollen Demokrat*innen versuchen ins Gespräch zu kommen, ebenso wie mit der sogenannten stillen Mitte.

Dass Bothe und ihre Kolleg*innen 2024 so viele Trainings geben konnten, war nur möglich, da ausreichend Fördermittel zur Verfügung standen. Ihre Kapazitäten und die anderer Träger sind begrenzt. „Perspektivisch wünsche ich mir, dass eine demokratische Streitkultur, Ambiguitätstoleranz und ein konstruktives Miteinander gesellschaftlich stärker verankert werden. Zum Beispiel durch Kommunikationstrainings am Arbeitsplatz, im Studium, in der Ausbildung, in Schulen und in der frühkindlichen Bildung. Eigentlich brauchen wir das überall“, so Bothe. Mit einigen Schulen arbeitet der Verein **Gegen das Vergessen – Für Demokratie** schon seit Jahren zusammen. Sie haben Trainings zur konstruktiven Kommunikation in ihr Curriculum aufgenommen und bilden regelmäßig Peercoach*innen aus. Eine Entwicklung, die Larissa Bothe Hoffnung macht. „Je eher und besser wir als Gesellschaft lernen, mit antidemokratischen Aussagen umzugehen, und in konfliktreichen Dialogen auf Verständigung statt Ausgrenzung setzen, desto wahrscheinlicher ist es, dass wir Menschen für das demokratische Miteinander gewinnen. Dann haben wir eine Chance, die politischen Verhältnisse wieder in andere Bahnen zu lenken.“

Konstruktiv im Dialog

Konstruktive Kommunikation ist kein Universalrezept im Umgang mit demokratiefeindlichen Gesprächspartner*innen, sondern das Werkzeug für eine veränderte Kommunikationskultur, die Gefühle in den Fokus nimmt. Vier Impulse, um empathisch ins Gespräch zu kommen.

1. Die innere Bestandsaufnahme

„Ein Großteil der Arbeit ist, sich eigene Werte, Haltungen und Grenzen bewusst zu machen“, sagt Larissa Bothe. Denn wie man sich in einem Dialog positioniert und verhält, hängt von individuellen Faktoren ab. Was sich zum Beispiel jede*r im Vorfeld fragen kann: Welche persönlichen Ressourcen stehen mir zur Verfügung? Wie ist es um meine eigene Betroffenheit und potenzielle Diskriminierungserfahrung bestellt? Bei welchen Aussagen liegen meine Grenzen? An welchem Punkt beende ich eine Diskussion?

2. Der äußere Kontext

Fällt eine demokratiefeindliche Äußerung beim Geburtstagskaffee der eigenen Oma, äußert sich ein Arbeitskollege im Großraumbüro oder ein*e Schüler*in im Klassenzimmer rassistisch? Bevor man in den konstruktiven Dialog geht, sollte jede*r für sich analysieren: In welcher Rolle befinde ich mich gerade? Werde ich die Person wiedersehen, oder ist die Begegnung einmalig? Was will ich im Gespräch erreichen? Gibt es zuschauende Zuhörende oder direkt Betroffene, für die es wichtig sein kann, dass man dem Gesagten widerspricht? Ebenfalls wichtig, herauszufinden: Wie gefestigt ist das antidemokratische Weltbild meines Gegenübers? Will jemand provozieren, oder drückt das Gesagte diffuse Ängste und keine ideologische Überzeugung aus? Dann lohnt es sich, in den Dialog zu gehen.

3. Die eigene Sprache finden

„Anfangs fühlt sich diese Art des Sprechens für viele sehr gekünstelt an – und das ist sie auch“, sagt Larissa Bothe. Ich-Botschaften oder aktives Zuhören mit wertfreien, empathischen Rückfragen sind für viele Menschen ungewohnt. „Es geht nicht darum, dogmatisch Kommunikationsregeln anzuwenden, sondern diese Kommunikationsansätze in die eigene Sprache zu transferieren und so bewusster zu kommunizieren.“



4. Die Emotionen im Griff?

Fallen menschenverachtende Äußerungen, kann es schwer sein, ruhig zu bleiben. Als vielleicht größte Herausforderung der konstruktiven Kommunikation sieht Larissa Bothe die Themen Impulskontrolle und eine entsprechende Ambiguitätstoleranz. „Durch gewaltfreie Kommunikation oder auch das Vier-Ohren-Modell lässt sich lernen, unterschiedliche Bedürfnisse und Gefühle zu berücksichtigen, ohne die Fassung zu verlieren. Das kann man im eigenen Alltag – etwa in der Familie oder in einer Beziehung – wunderbar üben“, so Bothe. Mit der Zeit wird es leichter, in Gesprächen, in denen antidemokratische Aussagen fallen, andere Meinungen auszuhalten, Grenzen zu setzen und gleichzeitig Dialogbereitschaft zu signalisieren und auf diese Weise im Gespräch vielleicht andere Perspektiven aufzuzeigen. Wichtig ist: Empathie zu haben heißt nicht, einverstanden zu sein. Was immer gilt: Droht eine Situation zu eskalieren oder ist sie mental zu belastend, sollte das Gespräch beendet werden.



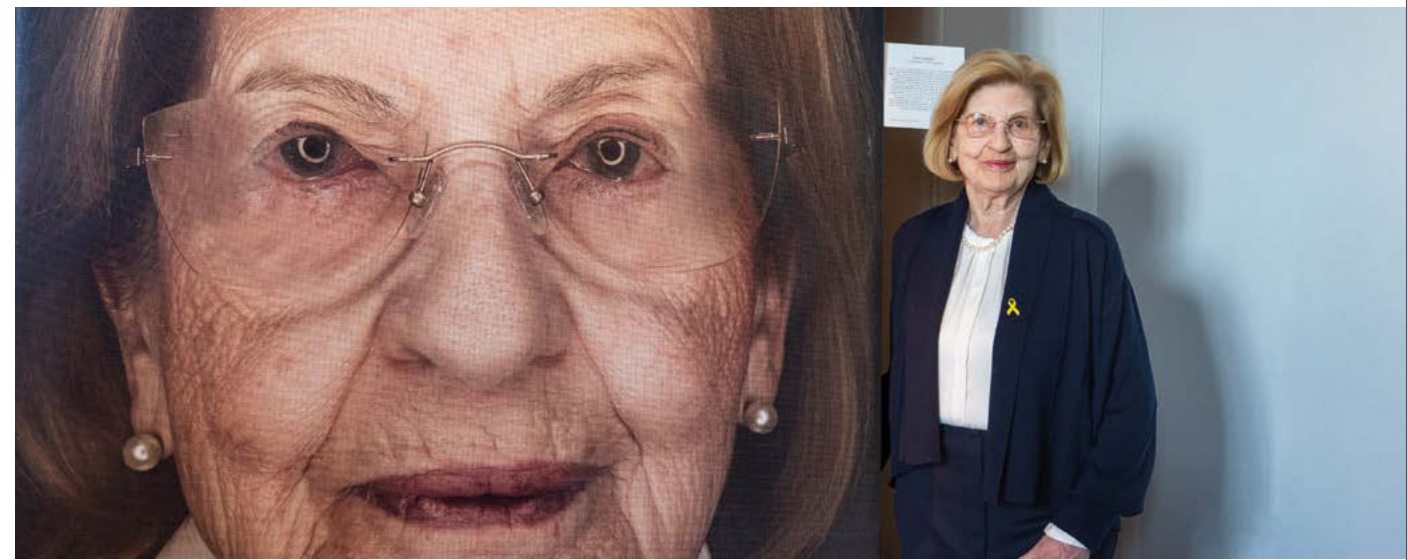
Larissa Bothe
leitet das Projekt
Wi(e)dersprechen
für Demokratie
beim Verein **Gegen
Vergessen – Für
Demokratie**.

© privat

Gesichter der Erinnerung

In Bahnhofshallen und Fußgängerzonen, auf öffentlichen Plätzen, in Parks, auf Schulhöfen oder vor der Unternehmenszentrale von Bayer: Der Mannheimer Fotograf Luigi Toscano bringt Erinnerungskultur in den öffentlichen Raum. Mit seinen großformatigen Porträts von Holocaustüberlebenden will er so viele und so unterschiedliche Menschen wie möglich erreichen. Eine Begegnung mit einem, der Erinnerung wachhält.

Erinnerungskultur im öffentlichen Raum: Vor der Bayer-Unternehmenszentrale an der Kaiser-Wilhelm-Allee und auf dem Vorplatz des Forum Leverkusen zeigte der Fotograf Luigi Toscano seine Ausstellung „Gegen das Vergessen“. © Michael Rennertz, Finkelstein Stiftung



Eva Szepesi neben ihrem Bild in der Ausstellung „Gegen das Vergessen“. Die 93-Jährige ist eine von 600 Holocaustüberlebenden, die Luigi Toscano bisher porträtiert hat. Im Rahmen des Projekts „Zukunft braucht Erinnerung“ war Eva Szepesi für ein Zeitzeug*innengespräch in Leverkusen zu Gast. © Michael Rennertz, Finkelstein Stiftung

Luigi Toscano ist ein deutsch-italienischer Fotograf und Filmemacher.

Er wurde durch sein Projekt „Gegen das Vergessen“ bekannt, bei dem er bisher über 600 Holocaustüberlebende porträtierte und ihre Bilder weltweit öffentlich ausstellte. 2021 wurde er von der UNESCO als weltweit erster Fotograf zum UNESCO Artist for Peace ernannt, zu denen auch Weltstars wie Céline Dion oder der US-amerikanische Sänger Pharrell Williams zählen. Im selben Jahr wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Gemeinsam mit dem Holocaustüberlebenden Albrecht Weinberg gab er die Auszeichnung 2025 aus Protest zurück. Bei einer Bundestagsabstimmung erhielt ein CDU-Antrag zur verschärften Zurückweisung von Asylsuchenden erstmals eine Mehrheit durch Stimmen der AfD. Toscano und Weinberg empfanden das als Verrat an demokratischen Werten.

Neben einer fünf Meter hohen Skulptur aus Holz, Stahl und Pflanzen, die vor der Bayer-Unternehmenszentrale an etwa 16.000 Zwangsarbeiter*innen des Unternehmens I.G. Farben erinnert, steht die Historikerin und Geschäftsführerin der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung, Annemarie Hühne-Ramm. Um sie herum hat sich eine Gruppe von Beamt*innen der Kölner Kriminalpolizei versammelt. Im Rahmen ihrer jährlichen Demokratie-resilienz-Fortbildung sind sie zu einem Rundgang durch die Ausstellung „Gegen das Vergessen“, für ein Gespräch mit dem Fotografen Luigi Toscano und das anschließende Screening seines Dokumentarfilms „Schwarzer Zucker, rotes Blut“ nach Leverkusen gekommen. Annemarie Hühne-Ramm deutet auf das Gebäude hinter ihr und sagt: „In dieser Zeit gehörte Bayer zur I.G. Farben, und das hier ist die ehemalige Pharma-Hauptverwaltung. Wie viele deutsche Unternehmen arbeitete Bayer die eigene NS-Vergangenheit erst spät auf. 2023 wurde der Erinnerungsort errichtet und die unabhängige Hans und Berthold Finkelstein Stiftung gegründet, die Forschungs- und Erinnerungsprojekte fördert und sich für demokratische Werte einsetzt.“

Geschichte im Blick

Nur wenige Schritte von der Unternehmenszentrale entfernt beginnt Luigi Toscanos Ausstellung. Sie ist Teil des Projekts „Zukunft braucht Erinnerung“, welches Hühne-Ramm zusammen mit der lokalen VHS und dem Caritasverband Leverkusen zum 80. Jahrestag des Kriegsendes veranstaltet. Vor den Platanen, die auf beiden Seiten des Gehweges wachsen, stehen 100 großformatige Porträtaufnahmen von Holocaustüberlebenden. „Über 600 Menschen aller Opfergruppen hat Luigi Toscano seit 2014 weltweit fotografiert. All diese Bilder erzählen individuelle Geschichten. Gleichzeitig gibt es Millionen von Menschen, die nicht überlebt haben und deren Namen wir oft nicht einmal kennen“, so Hühne-Ramm.

Sie läuft mit der Gruppe durch die Allee der zwei Meter hohen Bilder und bleibt vor dem Foto der 93-jährigen Eva Szepesi stehen. „Eva wird

1944 von ihrer Familie getrennt und als Zwölfjährige nach Auschwitz deportiert. Sie überlebt nur, weil sie so krank ist, dass die Nazis sie nicht mehr auf den Todesmarsch schicken, und sie kurz darauf befreit wird“, erzählt Hühne-Ramm. Erst vor zehn Jahren wurde Eva Szepesi bestätigt, dass ihre Mutter und ihr Bruder in Auschwitz ermordet wurden. Ein paar Meter weiter steht das Bild der 89-jährigen Ukrainerin Ljubow Kasakowa. „Diese Frau hat 1941 die Massenerschießungen in der Schlucht von Babyn Jar überlebt. Innerhalb von zwei Tagen erschossen deutsche Polizisten und SS-Männer über 33.000 Jüdinnen und Juden. Nur wenige überlebten, indem sie sich tot stellten“, sagt Hühne-Ramm. Während sie noch zu Ende spricht, kommt der Fotograf Luigi Toscano auf die Gruppe zu. Als er neben Ljubow Kasakowa Foto steht, sagt er: „Dieses Bild wurde in Kiew anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Massakers von Babyn Jar gezeigt. Mir ist es wichtig, Erinnerungskultur flexibel zu gestalten. Ich will das Museum auf die Straße bringen.“ Toscano hat schon vor dem UN-Hauptquartier in New York, in Tel Aviv, in Wien oder vor der Dresdener Frauenkirche ausgestellt. Auch auf deutschen Schulhöfen, in Fußgängerzonen, Bahnhofshallen oder in Parks sind Toscanos Bilder zu sehen gewesen. „Mit meiner Arbeit will ich so viele und so unterschiedliche Menschen wie möglich erreichen.“ Deshalb geht er regelmäßig in den persönlichen Austausch – so wie an diesem Tag mit den Beamt*innen der Kripo Köln.

Sichtbare Zeichen setzen

Nach der Führung findet sich die Gruppe in einem Saal des Kasino-Hotels Leverkusen zusammen. Eine Beamtin sagt: „Ich hörte, dass eines Ihrer Bilder in der Leverkusener Innenstadt in der letzten Nacht beschädigt wurde. Sind solche Attacken seit Beginn Ihrer Arbeit 2014 häufiger geworden?“ „In den letzten Jahren passieren vermehrt kleinere Angriffe“, erwidert Toscano. „Das Bild gestern wurde mit einem Schnitt attackiert. Ob so etwas politisch motiviert ist oder reiner Vandalismus, ist oft schwer festzustellen. Größere Angriffe wie damals in Wien bleiben derzeit aus.“ 2019 beschmierten



Rechtsextreme seine Bilder mit Hakenkreuzen und schnitten Gesichter der Holocaustüberlebenden heraus. „Es war schrecklich. Ermutigend waren die Reaktionen aus der Wiener Zivilgesellschaft. Menschen nähten die Bilder wieder zusammen und organisierten Mahnwachen, um die Porträts zu beschützen“, so Toscano. Die wachsende Bedrohung durch Rechtsextremismus war für ihn 2014 der Startpunkt für „Gegen das Vergessen“. In seinem vorherigen Projekt „Heimat_Asyl“ hatte er bereits großformatige Porträts von Schutzsuchenden ausgestellt. „Die AfD hatte sich kurz zuvor gegründet, wieder brannten Geflüchtetenunterkünfte, und der Prozess gegen die Rechtsterroristin Zschäpe begann, nachdem die Polizei jahrelang versäumt hatte, einem rechtsextremen Hintergrund nachzugehen, und die Opferfamilien verdächtigt hatte“, sagt Toscano. „Ich fragte mich damals, was Holocaustüberlebende über all das denken, und wollte ein sichtbares Zeichen setzen. So kam es zur Idee.“ Er schrieb jüdische Gemeinden an, baute Vertrauen auf, erste Kontakte und Bilder entstanden.

„Und wie arbeiten Sie genau?“, fragt eine Beamtin. „Ich verbringe einen ganzen Tag mit den Menschen, höre ihre Geschichte, und erst am Ende mache ich das Bild“, sagt Toscano. Einmal sprach eine

„Ich habe so viele Menschen getroffen, die mir nicht nur ihre Geschichte erzählten, sondern die mich warnten. Eine Überlebende sagte einmal: ‚Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.‘“

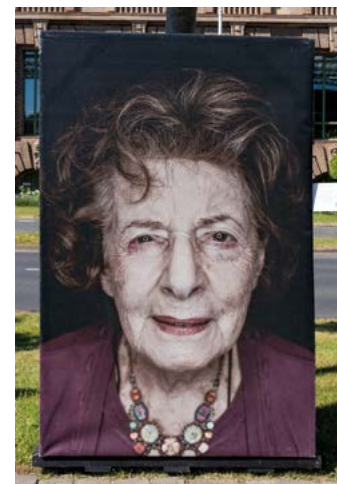
Überlebende in seinem Beisein zum ersten Mal vor ihrer ganzen Familie über die Zeit im Konzentrationslager. Ein anderer erzählte ihm, dass er das Krematorium in Auschwitz mauern musste, in dem seine Verwandten später verbrannt wurden. Mit seinen Bildern und den Geschichten dahinter will er Menschen konfrontieren und berühren. „Das steht für mich im Vordergrund. Ich will Menschen emotional

erreichen, sonst haben wir keine Chance gegenüber Rechtsextremen, die schon lange mit Emotionen arbeiten.“ Dafür sei der öffentliche Raum der beste Ort. „Menschen sind neugierig. Vielleicht verstehen sie nicht sofort, worum es geht, doch ob sie wollen oder nicht, sie schauen hin.“ In Dresden beobachtete er ein Paar, das durch seine Ausstellung lief. „Der Mann rief die ganze Zeit: ‚Das ist alles Lüge, komm weg hier!‘ Doch seine Frau blieb stehen. Genau solche Momente will ich auslösen.“

Filmische Spurensuche

Toscano sucht nach immer neuen Orten und Formaten, um Erinnerungskultur lebendig zu halten und die Geschichten der Überlebenden weiterzutragen. Geschichten wie die von Anna Strishkova, die er vor zehn Jahren fotografierte. „Anna überlebte als Zweieinhalbjährige Auschwitz, wurde adoptiert und wusste nichts über ihre Herkunft und Vergangenheit“, sagt Toscano. Er bot an, ihr bei der Suche nach ihrer Identität zu helfen und sie filmisch zu begleiten. An diesem Abend wird im Kasino-Hotel Leverkusen sein Film „Schwarzer Zucker, rotes Blut“ gezeigt. Der kleine Saal ist voll besetzt, auch Annemarie Hühne-Ramm und die Kripobeamt*innen sitzen im Publikum. Auf der Leinwand ist in Schwarz-Weiß die Szene eines sowjetischen Propagandafilms zu sehen: Ein Arzt steht neben einem Kleinkind, auf dessen Arm eine Nummer tätowiert ist. Dieses Kind ist die heute 81-jährige Anna Strishkova. Mit der Hilfe ukrainischer Forscher*innen, der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg, das mit Multimediaforensik die Filmausschnitte neu analysierte, rekonstruierte Toscano ihr Schicksal. Nach dem Abspann ist es kurz ganz still. Luigi Toscano kommt nach vorn, um Publikumsfragen zu beantworten. Zum Abschluss sagt er: „Ich habe so viele Menschen getroffen, die mir nicht nur ihre Geschichte erzählten, sondern die mich warnten. Eine Überlebende sagte einmal: ‚Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.‘ Der Faschismus kam damals auch nicht über Nacht, und wir sehen, was in unserem Land gerade los ist.“ Laut der Jewish Claims Conference leben 2025 weltweit noch rund 220.800 Holocaustüberlebende. Für Toscano steht fest: Eine demokratische Zukunft braucht Erinnerung. Seine Arbeit gegen das Vergessen geht weiter.

Vielfältige Erinnerungsformate: An der Skulptur vor der Bayer-Unternehmenszentrale, die an die ca. 16.000 Zwangsarbeiter*innen des Unternehmens I.G. Farben erinnert (Bild links), startete die Führung durch Luigi Toscanos Ausstellung „Gegen das Vergessen“. Später fand ein Screening seines Dokumentarfilms im Kasino-Hotel Leverkusen statt (Bild rechts).



Galerie gegen das Vergessen: 100 Porträts von Holocaustüberlebenden waren Teil von Luigi Toscanos Ausstellung auf dem Gehweg vor der Bayer-Unternehmenszentrale an der Kaiser-Wilhelm-Allee. Auf diesen Bildern zu sehen sind (von links oben nach rechts unten): Esther Kampler, Albert Farhy, Ilse Alexander, Tadeusz Roguski, Victor Klein, Agi (Laszlo) Geva, Jurij Fuks, Margot Friedländer. © Michael Rennertz, Luigi Toscano

Drei Wochen für Demokratie

Zum 80. Jahrestag des Kriegsendes in Europa lud das Projekt „Zukunft braucht Erinnerung“ Leverkusener*innen mit einem vielfältigen Rahmenprogramm ein, sich der NS-Zeit und aktuellen gesellschaftlichen Themen zu widmen – zum Beispiel in der Wanderausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“.

„Was fällt euch auf, wenn ihr den Stammbaum der Familie Frank anschaut?“, fragt Annemarie Hühne-Ramm die Besucher*innengruppe, die am Familientag zur Führung durch die Ausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ im Leverkusener Erholungshaus gekommen sind. „Anne Frank wurde nicht so alt“, antwortet ein Kind. „Genau. Anne wurde nur 15 Jahre alt“, sagt Hühne-Ramm, die Geschäftsführerin der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung. Die Ausstellung ist Teil des Projekts „Zukunft braucht Erinnerung. Gemeinsam für Leverkusen“, für das ein Trägerkreis aus rund 20 Organisationen und Gruppen ein vielfältiges Rahmenprogramm entwickelte. „Wir wollten den Dialog über die NS-Zeit und über aktuelle gesellschaftliche Themen fördern



und Leverkusener*innen aller Altersgruppen dazu einladen“, so Hühne-Ramm.

So wurden 18 Jugendliche zu Peer-Guides ausgebildet und führten 23 Schulklassen durch die Anne-Frank-Ausstellung. Auch eine Gruppe Fußballfans kam. Michael Trojahn, Sozialarbeiter beim Fanprojekt Leverkusen, sagt: „Die Ausstellung ist dank vieler Bilder und audiovisueller Elemente jugendgerecht aufbereitet. Das gefällt mir gut.“ In seiner Fan-Arbeit hat politische Bildung einen festen Platz. Das Projekt und die Arbeit der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung begrüßt er sehr. Trojahn: „Ich finde gut, dass sich in Sachen

Aufarbeitung in Leverkusen etwas tut. Bayer hat sich seiner NS-Vergangenheit lange nicht gewidmet.“ Projekte wie dieses sind laut Trojahn ein Schritt in die richtige Richtung. Er sagt: „Leverkusen ist Bayer, und Bayer ist Leverkusen. Dass in diesem Rahmen sowohl die NS-Vergangenheit als auch Antisemitismus und Rassismus in der Gegenwart thematisiert werden, hat eine wichtige Signalwirkung für die gesamte Stadtgesellschaft.“

Perspektiven aus der Praxis

Zwischen multiplen Krisen und freigesetzten Kräften: Sechs politische Bildner*innen erzählen, wie die aktuelle Lage ihre Arbeit prägt, was ihnen Hoffnung macht und welche Wünsche sie für die Demokratiebildung in Deutschland haben.



© Europäische Akademie Otzenhausen

„Noch mehr Bildungs- und Begegnungsarbeit!“

Seit ihrer Gründung 1954 reagiert die Europäische Akademie Otzenhausen nicht nur auf politischen Wandel, sondern gestaltet ihn aktiv mit. Unsere Antwort auf aktuelle Entwicklungen lautet: noch mehr Bildungs- und Begegnungsarbeit! Besonders motivieren uns die Seminarteilnehmer*innen, ihre Zuversicht trotz vieler Krisen und ihr Gestaltungswille. Für die Zukunft wünschen wir uns eine zuverlässigere Anerkennung der politischen Bildung in Deutschland, vor allem eine stabilere finanzielle Basis, um weiterhin zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe beizutragen.

Stéphanie Bruel
Geschäftsführerin, Europäische Akademie Otzenhausen



© Juliane Mostertz

„Politische Bildung muss ins Handeln führen“

Die Nachfrage nach politischer Bildung wächst rasant, aber Finanzierungslücken erschweren unsere Arbeit. Hoffnung macht uns: Viele Menschen wollen sich einbringen, Verantwortung übernehmen, gestalten. Unsere Vision: politische Bildung als gesellschaftliches Handlungsfeld, das Vielfalt aushält, Polarisierung abbaut und Lust macht auf Demokratie – lebendig, alltagsnah, verbindend.

Sebastian Reißig
Geschäftsführer,
Aktion Zivilcourage



© privat

„Ich wünsche mir eine starke Zivilgesellschaft“

Bei uns wählen 45 Prozent eine rechtsextreme Partei. Bündnispartner werden politisch und handgreiflich angegangen, gleichzeitig driftet die brandenburgische Landesregierung nach rechts. Diese Lage beeinflusst und macht unsere Arbeit umso wichtiger. Wenn ich gefragt werde, was mir Hoffnung gibt, frage ich zurück: Warum sollen die, die am meisten angegriffen werden, auch noch diejenigen sein, die Hoffnung spenden? Ich wünsche mir eine starke Zivilgesellschaft und eine klar an Demokratie ausgerichtete Politik – als gute Grundlage, um in der politischen Bildung über gesellschaftliche Zukunftsvisionen nachzudenken.

Daniel Wunderer
Geschäftsführer und
Pädagogischer Leiter, Villa Fohrde

„Gerade junge Menschen brauchen neue Inseln der Hoffnung, der Visionen und der Utopien. Diese Räume müssen wir schaffen und ihnen ermöglichen, darin über das Morgen zu sprechen, zu träumen und es aktiv zu gestalten.“

Fadl Speck



© Heinz-Kühn-Bildungswerk

„Was mir Hoffnung macht? Die junge Generation!“

Die aktuelle politische Lage hat eine Zersplitterung der Gesellschaft verursacht. Menschen bewegen sich in isolierten Blasen, die nicht miteinander kommunizieren. Viele sind nicht mutig genug, einen Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen. Was mir Hoffnung macht? Die junge Generation. Zwar konsumiert sie politische Inhalte oft oberflächlich. Doch wenn es uns gelingt, sie mit modernen Methoden und spannenden Themen zu begeistern, ist sie es – da bin ich mir sicher! –, die dazu beiträgt, dass aus einer fragmentierten Gesellschaft wieder ein „Wir“ entsteht.

Jan Zajic
Pädagogischer Leiter,
Heinz-Kühn-Bildungswerk



© Haus Neuland

„Ein Baustein lebenslangen Lernens“

Die Geschwindigkeit, in der sich politische Verhältnisse verändern, ist atemberaubend. Politische Bildung hilft, diese Entwicklungen einzuordnen und zu erklären. Die Probleme setzen aber auch ungeahnte Kräfte frei. Viele Menschen engagieren sich für den Erhalt der Demokratie – etwa in Jugendparlamenten, die wir in Haus Neuland fortbilden, oder in Seminaren. Dort gelingt trotz Polarisierung der respektvolle Austausch, sodass verschiedene Meinungen gleichberechtigt nebeneinander stehen können. Politische Bildung muss zentraler Baustein lebenslangen Lernens werden – gut vernetzt, gut gefördert, bundesweit verankert.

Ina Nottebohm
Geschäftsführerin,
Haus Neuland



© Giulio Rasi/Alfred Landecker Foundation

„Räume für Utopien und Hoffnung schaffen“

Politische Bildung steht massiv unter Druck: Autoritäres Denken erstarkt, Demokratie wird zunehmend abgelehnt, Dialogräume schrumpfen. Diese Herausforderungen machen eine selbstkritische Reflexion politischer Bildung nötig. Gerade junge Menschen brauchen neue Inseln der Hoffnung, der Visionen und der Utopien. Diese Räume müssen wir schaffen und ihnen ermöglichen, darin über das Morgen zu sprechen, zu träumen und es aktiv zu gestalten. Dabei darf das kritische Moment nie verloren gehen. Gesellschaftliche Zustände und Machtverhältnisse zu hinterfragen ist für die Demokratie essenziell.

Fadl Speck
Projektleiter Digitale Politische Bildung, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Europa

”

Internationale Bildungsarbeit begann nach dem Kriege in der Form internationaler Begegnung. (...) Ein weiterer Schritt internationaler Bildungsarbeit über das Anerkennen des Andersseins und das Erkennen des Gemeinsamen hinaus war das Vermitteln der Erkenntnis, daß wesentliche Probleme, die Völker – zumindest in unserem Teile Europas – in ihrer Gesamtzahl oder einzelne soziale Gruppen betreffend, nicht an den Grenzen endeten, sondern sich jenseits gleichermaßen stellten. Und daraus folgte die Einsicht, daß ihre Lösung nur gemeinsam möglich sei.

“

Berthold Finkelstein

Internationale Bildungsarbeit – neue Dimensionen, neue Funktionen, 1979

Im Westen viel Neues

Ein (Rück-)Blick auf deutsch-französische Diskurse

Bonjour, Frankreich!

Was eine junge Landwirtin bei einem Austausch erlebt

Ein Diplomat & Visionär

Warum Gustav Stresemanns Erbe aktueller ist denn je

Denken ohne Grenzen

Wie die European Summer School europäischen Dialog fördert

Fotografisches Gedächtnis

Wie Emotionen Karine Sicard Bouvatiers Erinnerungsarbeit prägen

Europa im Herzen

*Veränderung, Frieden, Teilhabe — Visionen junger Europäer*innen*

Auf den Wegen des Widerstands

Wie politische Wanderseminare Wissen für alle vermitteln

Im Westen viel Neues: Vom Verständnis zu Gemeinsamkeiten

Menschen zusammenzubringen und internationale Begegnung zu ermöglichen war Berthold Finkelstein ein lebenslanges Anliegen. 1956 initiierte er als Leiter des deutschen Büros der Europäischen Jugendkampagne die erste Studienreise deutscher Journalist*innen nach Frankreich. Bis in die 70er-Jahre fanden regelmäßig Studienreisen für deutsche und für französische Journalist*innen statt, auch mit Italien und den Niederlanden wurden solche Seminare veranstaltet. In einem GSI-Bericht von 1957 ist zu lesen: „Wir hoffen, dass diese Reise ein wenig beigetragen hat zum besseren gegenseitigen Verständnis zweier Völker, deren Zukunft in der Zusammenarbeit liegt.“ In den entstandenen Texten zeigen sich die Diskurse jener Tage. Landry Charrier, Redaktionsleiter der Online-Zeitschrift dokdoc.eu und Co-Produzent des Frankreich-Podcasts „Franko-viel“ kommentiert die journalistischen Zeitzeugnisse und wirft einen Blick auf deutsch-französische Themen von gestern und heute.



Zeitungs Ausschnitte © GSI

Paris, aber nicht ganz Frankreich

Paris – Stadt der Liebe und der Lichter, Sehnsuchtsort für Millionen deutscher Urlauber*innen: Rund 1,5 Millionen reisten allein im letzten Jahr in die französische Hauptstadt. Doch Paris ist mehr als ein romantisches Postkartenmotiv. Hier schlägt das politische Herz Frankreichs: Regierungssitz, Élysée-Palast, Zentralverwaltung – die ganze Macht konzentriert sich in der Metropole, trotz mehrerer (halbherziger) dezentralisierender Reformversuche. Ganz anders als im föderalen Deutschland. Deutsche Beobachter*innen und Kritiker*innen tun sich nicht selten schwer damit. Wer in Frankreich etwas werden will, „doit monter à Paris“ (zu Deutsch: soll sich bis nach Paris hochhieven). Schon die Literatur zeigt es: In Balzacs „Illusions perdues“ (zu Deutsch: Verlorene Illusionen) zieht es Lucien de Rubempré in die Hauptstadt, „le but, le centre, la vie, le monde“ (zu Deutsch: das Ziel, das Zentrum, das Leben, die Welt). Auch heute führen (gefühlte) alle Wege nach Paris. „Paris sera toujours Paris“ (zu Deutsch: Paris wird für immer Paris bleiben), gewiss. Aber Paris ist nicht ganz Frankreich. Wer verstehen will, wie das Land tickt, muss auch auf das Herz der Province hören. Eine differenzierte Berichterstattung beginnt dort – jenseits der Grands Boulevards.

Im Januar 1961 machten sich 17 deutsche Journalist*innen im Rahmen der siebten Studienreise des GSI auf den Weg nach Paris. Einer von ihnen war Gottfried H. Philipp, der seine Eindrücke im Artikel „Paris erstickt!“ (siehe Bild unten links) am 21./22. Januar 1961 für die „Kieler Nachrichten“ aufschrieb. Ebenfalls dabei: Hans Henning Zencke, „Pariser EWG-Pläne bedrohen Prof. Erhards Marktwirtschaft“ (Bild oben links), „Ruhr Nachrichten“, erschienen am 1. Februar 1961; Ernst Dieter Lueg, „Paris macht reinen alten Plunder“ (Bild oben rechts), „Neue Ruhr-Zeitung“, erschienen am 28. Januar 1961. Als Teilnehmer der zweiten Studienreise im Mai 1957 verfasste Reinhard Appel den Text „Frankreich wächst das Verständnis für Deutschland“ (Bild i. d. Mitte), der in der „Stuttgarter Zeitung“ am 2. Juli 1957 erschien.



© privat

Dr. Landry Charrier ist Co-Produzent des Frankreich-Podcasts „Franko-viel“ sowie Redaktionsleiter der deutsch-französischen Online-Zeitschrift „dokdoc.eu“. Er forscht am CASSIS (Universität Bonn) zu den deutsch-französischen Beziehungen und dem Rechtsextremismus in Frankreich.



Motor mit Reibungsverlusten

Die deutsch-französische Zusammenarbeit war von Beginn an – und ist bis heute – der Motor der europäischen Integration. Doch kaum ein großes Projekt verlief ohne Missverständnisse. Oft standen Arroganz, fehlende Bereitschaft zum Perspektivwechsel oder schlicht Sprachbarrieren im Weg – so ausgeprägt, dass sie immer wieder an den Empfindlichkeiten des Partners rührten. Mitunter trieb das die Debatte ins Absurde: So erklärte Jacques Attali, einst Berater von François Mitterrand, auf dem Höhepunkt des deutsch-französischen Streits im Oktober 2022: „Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist wieder möglich.“ Die Klischees sind altbekannt: Für die einen schiele Paris nur aufs deutsche Geld, für die anderen wolle Berlin der EU seinen Stempel aufdrücken. Solche Narrative, befeuert von Populist*innen, gewinnen immer dann an Kraft, wenn es zwischen beiden Ländern knirscht und kracht. Doch erfolgreiche Kooperation lebt vom gegenseitigen Verständnis – sprachlich wie mental – und vom Willen, sich auf den anderen zuzubewegen. Wer Europa voranbringen will, muss von Anfang an akzeptieren: Das Ergebnis ist nie rein deutsch oder rein französisch, sondern stets ein Kompromiss – und damit ein echtes europäisches Produkt.

Nachbarn für ewig und immer

„Les préjugés ont la vie dure“ (zu Deutsch: „Vorurteile sind langlebig“), sagt ein französisches Sprichwort. Im Sommer schickte mir ein deutscher Kollege, der den Jakobsweg in Südfrankreich lief, ein Foto: zwei Franzosen, um die fünfzig, in einer sehr entspannten Pose. Dazu der ironische Kommentar: Frühere! Ein Scherz, gewiss, aber treffend genug, um zu zeigen: Ja, die Vorurteile über den Nachbarn „ont la vie dure“. Seit der Niederlage im Krieg von 1870/71 ist in Frankreich der Blick auf Deutschland allgegenwärtig. Alles wird aufmerksam geprüft: die



Sozialgesetzgebung, die Wettbewerbsfähigkeit, die Gesundheitsversorgung – sogar Mülltrennung und Tischkultur. Deutschland bleibt Maßstab, Vergleichsfolie, manchmal auch Reizfigur. In Deutschland wiederum begegnet man dem Nachbarn mit einer Mischung aus Faszination und Kopfschütteln. Frankreich, so der wiederkehrende Vorwurf, gefährde mit seinem „dilettantischen“ Wirtschaftskurs Europa. Der Franzose staunt über solche Urteile – und schüttelt den Kopf. Doch hinter den Klischees zeigt sich eines deutlich: Beide wissen, dass kein Weg am anderen vorbeiführt. Der Historiker Jacques Baryé sprach einst von einer „Vernunftfehe“. Heute könnte man sagen: eine „Zwangsehe“ – nicht unbedingt aus Neigung geschlossen, aber unumgänglich.

Alle Artikel sind online auf gsi-bonn.de/dtr-Austausch vollständig zu lesen.



Kommt ins Chlorophyll!

Was jahrzehntelange politische Bemühungen nicht zu bewirken vermochten, das hat ausgerechnet die COVID-19-Pandemie in Gang gesetzt. Plötzlich entdeckten viele Pariser*innen die Vorzüge des Landlebens. Sie kauften Zweitwohnungen, alte Bauernhäuser oder Villen in der „französischen Wüste“ (Jean-François Gravier, 1947), um dem vom Präsidenten verordneten „Confinement“ zu entkommen. Die Pariser Medien sprachen rasch vom „Exode“, in Anlehnung an die Fluchtbewegungen im Mai/Juni 1940. Viele in der Provinz aber sahen darin eher eine Form der „Kolonisierung“. Doch das Phänomen hielt nur so lange an wie die Pandemie selbst. Mit dem Ende der Restriktionen ebnete der Exodus ab – sehr zur Erleichterung der Provinciaux, die auf die Parigots schon immer mit einer Mischung aus Misstrauen und ironischer Distanz geblickt haben. „Frankreich hat die Schnauze voll von Paris“, schrieb der Journalist Jean Planchais 1970. Ob sich daran bis heute viel geändert hat ...

Bonjour, Frankreich!

Seit über 60 Jahren organisiert das Gustav-Stresemann-Institut Jugendbegegnungen, um die deutsch-französische Freundschaft zu fördern. Wie selbst gebackene Croissants, Google Translate und neue Einblicke in nachhaltige Landwirtschaft den Austausch mit dem Lycée François Rabelais in Saint-Chély-d'Apcher für die ehemalige Berufsschülerin und heutige Landwirtin Evelyn Welling besonders machten.



Innovativer Ansatz: In der Aquaponik-Anlage, die zum Lycée François Rabelais gehört, sind eine Forellenzucht und eine Pflanzenbauanlage über einen geschlossenen Wasserkreislauf miteinander verbunden. © GSI

An den Nachmittag in der Schlucht Gorges du Tarn erinnert sich Evelyn Welling bis heute. „Nach einer Wanderung überraschten uns die französischen Austauschschülerinnen und -schüler dort mit einem Picknick am Fluss Tarn. Alle hatten eine regionale Spezialität dabei. Es gab selbst gebackene Croissants, eine Lehrerin brachte Käse, Blutwurst und Mett aus eigener Herstellung mit“, erzählt die 20-jährige Landwirtin. 2023 reiste sie, damals noch als Auszubildende, im Rahmen eines deutsch-französischen Austauschseminars des Gustav-Stresemann-Instituts gemeinsam mit neun Mitschüler*innen des Paderborner Gregor-Mendel-Berufskollegs nach Saint-Chély-d'Apcher im Département Lozère. Unter dem Motto „Die Agrarwirtschaft von morgen: Wie können wir uns an den Klimawandel anpassen?“ begegneten sich dort zehn deutsche

und zehn französische Berufsschüler*innen des Lycée François Rabelais aus den Bereichen Landwirtschaft, Landschaftsbau und Floristik.

„Es war spannend zu sehen, dass die Ausbildung dort anders ist als bei uns und komplett in der Schule stattfindet. Zum Lycée gehören etwa eine Hufschmiede, ein Agrarbetrieb mit nachhaltiger Viehzucht und eine Käserei, in der die gewonnene Milch verarbeitet wird. Zu sehen, wie Landwirtschaft anderswo funktioniert, war für mich sehr interessant“, sagt Evelyn Welling. Schon als Jugendliche wollte sie Landwirtin werden. „Mein Onkel betreibt Landwirtschaft im Nebenerwerb. Dort habe ich als Kind gern auf dem Acker oder im Stall mit den Rindern und Schweinen geholfen. Mit 16 machte ich meinen Treckerführerschein und begann nach dem Abitur die Ausbildung zur Landwirtin.“

Als sich ihr die Möglichkeit bot, am Austauschprogramm teilzunehmen, war sie anfangs unentschlossen. „Ich war vorher noch nie in Frankreich, spreche kein Französisch, und mein Englisch ist auch nicht besonders gut. Doch mein Ausbilder ermutigte mich und meinte, der Austausch sei eine einmalige Chance, die ich nutzen sollte. Dann stimmte ich zu, und er hatte recht!“

Abgebaute Sprachbarrieren

Mit dem Ziel, möglichst vielen Jugendlichen interkulturelle Erfahrungen zu ermöglichen und sie für europäische Werte zu begeistern, organisiert heute die GSI-Referentin Sarah Barnoin in enger Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) deutsch-französische Begegnungen für Berufsschüler*innen und Jugendliche



Evelyn Welling ist ausgebildete Landwirtin und nahm 2023 als Berufsschülerin des Paderborner Gregor-Mendel-Berufskollegs am deutsch-französischen Austauschseminar des Gustav-Stresemann-Instituts teil.

Das **Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)** wurde 1963 durch den Élysée-Vertrag ins Leben gerufen, um die Freundschaft zwischen den Nachbarländern zu fördern. Die rund 100 Mitarbeiter*innen sind tätig in binationalen Büros in Paris, Berlin, Saarbrücken und Straßburg. Mehr dazu auf: dfjw.org und ofaj.org

Berthold Finkelstein legte großen Wert auf die deutsch-französische Freundschaft. Seine Mutter kam aus dem Elsass, er selbst sprach perfekt Französisch. Das spiegelte sich von Beginn an in seinem Wirken am GSI wider. Standen in den Anfangsjahren des GSI-Austauschprogramms Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Fokus, wandelten sich die Themen im Laufe der Zeit. In den 80er- und 90er-Jahren war europäische Integration ein Thema, heute sind es zudem Aspekte wie Klimawandel und Erinnerungsarbeit.

mit geringeren Chancen. „Die Austauschprogramme des DFJW starteten 1963 mit dem Anliegen, das Verständnis zwischen deutschen und französischen Jugendlichen zu fördern und sie für kulturelle Unterschiede wie Gemeinsamkeiten zu sensibilisieren. Damals wie heute wollen wir die in den Medien oft gepriesene, aber für viele noch recht abstrakte deutsch-französische Freundschaft erlebbar machen“, sagt Barnoin. Im Laufe der Zeit haben sich die Programme weiter geöffnet. „Früher richteten sie sich vorrangig an Gymnasiast*innen, und das Beherrschen der jeweiligen Partnersprache war meistens Voraussetzung“, erläutert Barnoin. „Heute knüpfen wir inhaltlich auch an den Berufsalltag junger Menschen an, und Fremdsprachenkenntnisse sind keine Voraussetzung mehr. Unsere interkulturellen Jugendleiter*innen arbeiten mit spielerisch gestalteten Sprachanimationen. Wir wollen unsere Programme so inklusiv wie möglich gestalten.“

Für Evelyn Welling war die Sprachbarriere kleiner als gedacht. „Ich kam mit Gesten, den Sprachanimationen und Google Translate ganz gut durch. Obwohl wir uns nicht in derselben Sprache unterhalten konnten, haben wir sehr viel kommuniziert. Die Offenheit der französischen Schüler*innen hat mich überrascht, es fühlte sich schnell vertraut an.“ Eine Beobachtung, die auch Genia Philipper, die Konrektorin des Gregor-Mendel-Berufskollegs, auf der Reise machte. „Es war schön zu sehen, dass der fachliche Bezug zur Landwirtschaft und zum Gartenbau die Gruppe so stark verbunden hat, dass die unterschiedlichen Sprachen auf einmal doch nicht das Wichtigste waren.“ Den Schüler*innen einen fachlichen Perspektivwechsel zu ermöglichen ist ihr ein Anliegen. „Internationalisierung steht für uns klar im Fokus. Solche Begegnungen fördern die beruflichen Kompetenzen und die persönliche Entwicklung der Jugendlichen.“ Zudem stärkt das Austauschprogramm, das die Schule mit fachlicher Unterstützung des GSI seit inzwischen drei Jahren



Abwechslungsreiches Programm: Während des Austauschs besuchten die Schüler*innen landwirtschaftliche Betriebe, machten Ausflüge und verbesserten ihre Französischkenntnisse in spielerisch angeleiteten Sprachanimationen. © GSI

durchführt, ihre Attraktivität. „Einige Schüler*innen bleiben explizit bei uns, damit sie an dem Austausch teilnehmen können“, so Philipper.

Nachhaltige Einblicke

Auch für Evelyn Welling hat sich die Zeit in Saint-Chély-d'Apcher gelohnt. „Bei den Besuchen in den landwirtschaftlichen Betrieben konnten wir einige Gemeinsamkeiten entdecken, aber auch Neues lernen, zum Beispiel darüber, wie man sich in dieser Region Frankreichs auf die Folgen des Klimawandels einstellt.“ Dabei war das Thema Wasser besonders präsent. Etwa bei der Besichtigung der traditionellen Béal, der schmalen Wasserkanäle, die in der Region Lozère vor Jahrhunderten angelegt wurden, um Flusswasser ohne Pumpen in umliegende Felder, Obstgärten und Wiesen zu leiten. Auch innovative Systeme wie die zum Lycée gehörende Aquaponik-Anlage lernte Welling kennen. „So etwas hatte ich vorher noch nie gesehen. Die Anlage besteht aus einer Forellenzucht und einem Pflanzenanbau, die in einem geschlossenen Wasserkreislauf miteinander verbunden sind. Die Ausscheidungen der Fische im Wasser düngen die Pflanzen, während die Pflanzen durch die Nährstoffaufnahme das Wasser reinigen, bevor es zu den Fischen zurückfließt. Das spart Wasser. Man kann ohne chemischen Dünger gleichzeitig Fisch züchten und Gemüse sowie Salat anbauen.“ Auch zukünftige Landwirt*innen des Lycée werden dort in dieser Methode geschult. „Davon können wir uns auf jeden Fall etwas abgucken“, so Welling, die Agrarwissenschaft an der Fachhochschule in Soest studiert. „Ich möchte noch mehr über Landwirtschaft lernen, auch um später vielfältigere Berufschancen zu haben, etwa in den Bereichen Beratung, Verwaltung oder Forschung.“ Dass ihre ehemalige Schule das Programm weiterhin ermöglicht, findet Evelyn Welling gut. „Der Austausch der jungen Generation ist wichtig. Jede und jeder Auszubildende sollte einmal erleben, wie ihr oder sein Beruf in einem anderen Land aussieht.“

Ein Diplomat, Visionär und Wegbereiter Europas

Als Berthold Finkelstein sein Lebenswerk taufte, gab er ihm einen Namen, der wie kein anderer seine Vision symbolisierte: das Gustav-Stresemann-Institut. Stresemanns Wirken als Außenminister in der Weimarer Republik ist eng verknüpft mit deutsch-französischer Verständigung und einer friedlichen Zusammenarbeit in Europa. Seine Enkelin, die Juristin Christina Stresemann, blickt zurück auf das politische Handeln ihres Großvaters und darauf, was es in unserer Zeit und für die Sicherung der Demokratie bedeutet.



Integrative Kraft in einer instabilen Welt: Gustav Stresemann setzte sich als Reichskanzler und Außenminister in der Weimarer Republik für Frieden und internationale Kooperation ein. Sein Gemälde der Künstlerin Lois Wetzel hängt im Foyer des Gustav-Stresemann-Instituts. © Lois Wetzel/GSI

Berthold Finkelstein hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine europäisch ausgerichtete Bildungsstätte gegründet und mit dem Namen Gustav-Stresemann-Institut bewusst an die deutsch-französische Verständigung der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Grundlage dieser Verständigung waren die 1925 geschlossenen Verträge von Locarno. Vertreter

sieben europäischer Staaten hatten zuvor elf Tage lang am Lago Maggiore verhandelt. Den Kern der Verträge bildeten die Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich mit der Anerkennung der Westgrenze Deutschlands. Sie führten dazu, dass Deutschland wenig später mit der Aufnahme in den Völkerbund in den Kreis der zivilisierten Staaten zurückkehrte. Außenminister Gustav Stresemann und sein französischer Amtskollege Aristide Briand wurden hierfür 1926 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Im Völkerbund sprach Stresemann später von seiner Vision eines wirtschaftlich vereinten Europas – auch hieran konnte Berthold Finkelstein anknüpfen.

Den Wert einer friedlichen Zusammenarbeit in Europa zu vermitteln gehört noch heute zu den Schwerpunkten des GSI. Zugleich gewinnt Bildungsarbeit zur Sicherung der Demokratie an Bedeutung. Das Vertrauen in demokratische Institutionen schwindet, viele Menschen haben sich von den traditionellen Parteien abgewandt, und sie scheuen sich nicht, eine als rechtsextrem eingestufte Partei zu wählen. Umso wichtiger ist es, das Verständnis für die Grundlagen und den Wert der Demokratie zu fördern und dabei zu vermitteln, dass sie von Verhandlungen und Kompromissen lebt.

In dieser Hinsicht erweist sich der Name des GSI ebenfalls als kluge Wahl. Wie kein anderer stand Gustav Stresemann auch in der Innenpolitik für Konsens und Ausgleich. Während der rechte Flügel seiner Partei, der DVP, eine Koalition mit der

Gustav Stresemann (1878–1929) prägte die Außenpolitik der Weimarer Republik als Reichskanzler und Außenminister (1923 bis 1926) entscheidend. Durch seine Diplomatie beendete er die internationale Isolation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg und erzielte die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Er gilt als Architekt der deutsch-französischen Verständigung. 1926 erhielt er zusammen mit dem französischen Außenminister Aristide Briand den Friedensnobelpreis für ihre Versöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich.



Familie Stresemann: Gustav Stresemann mit seinen zwei Söhnen Joachim und Wolfgang, dem Vater von Christina Stresemann. Er wurde Dirigent und war Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin. Links neben Stresemann sitzt seine Frau Käthe, die von Zeitgenossen so beschrieben wird: Sie war „keine Hausfrau, sondern eine junge, elegante, weltoffene, Englisch sprechende Jüdin, mit der Fähigkeit zur Konversation auf dem gesellschaftlichen Parkett, im Salon gleichermaßen wie im Nachtclub.“ Sie wurde 1939 zur Emigration in die USA gezwungen. © Lois Wetzel/GSI



Dr. Christina Stresemann ist Juristin und Vorsitzende des Stiftungsrats der GSI Gustav-Stresemann-Stiftung. Sie war von 1987 bis 2022 Richterin, zuletzt als Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Als Enkelin von Gustav Stresemann trägt sie die Werte seines politischen Wirkens weiter. 2019 klagte sie erfolgreich gemeinsam mit ihrem Bruder Walter Stresemann gegen die Nutzung des Namens Gustav Stresemann für eine AfD-nahe Stiftung.

weit rechts stehenden Partei DNVP anstrebte, bildete er als Reichskanzler 1923 eine Koalition zwischen Zentrum, SPD, DDP sowie DVP und gehörte anschließend sieben verschiedenen Regierungen an, die von den gemäßigten Kräften getragen wurden. Der Oxford-Professor Jonathan Wright nennt ihn die „Symbolfigur eines liberalen und zivilisierten Deutschland, integrative Kraft in der instabilen Welt der Weimarer Politik und der zerbrechlichen Welt der europäischen Friedensordnung“.

Heute leben wir wieder in einer instabil gewordenen Welt und einer Demokratie, die unter Druck von rechts steht. Insofern lohnt ein Blick auf die Entwicklungen in der Weimarer Republik. Von ihren Feinden wurde das Parlament als „Quasselbude“ verächtlich gemacht, Politiker wie Stresemann als „Volksverräter“ diffamiert und Kompromisse als „Bastard-Lösungen“ angesehen. Während der Kompromiss die Konfliktlösung auf friedlichem Weg ermöglicht, schließt das von Carl Schmitt als „Begriff des Politischen“ entwickelte Freund-Feind-Denken jede Verständigung aus. Es muss daher mit Sorge gesehen werden, wenn die AfD politische Institutionen verächtlich macht („Aus Brüssel kommt das Gift“) und durch einen „Kulturkampf“ die Polarisierung der Gesellschaft erreichen und so neue Freund-Feind-Lager schaffen will.

Eine Mahnung hält die Weimarer Republik aber auch für heutige Koalitionen bereit. 1929 beklagte Stresemann, dass sich die Parteien destruktiv

„Bekanntlich erwiesen sich die gemäßigten Parteien als zu schwach, die Weimarer Republik zu verteidigen. (...) Die weitere Entwicklung ist bekannt. Machen wir es besser, und halten wir die Mitte zusammen!“

Christina Stresemann

verhielten, weil sie sich permanent als Opposition zu den von ihnen selbst gestellten Regierungen verhielten, anstatt Verantwortung zu übernehmen. Wie ein Menetekel wirkt seine Forderung: Der Wettstreit der Regierungsparteien um Popularitätshascherei muss aufhören!

Bekanntlich erwiesen sich die gemäßigten Parteien als zu schwach, die Weimarer Republik zu verteidigen. Die letzte parlamentarisch getragene Koalition zerbrach 1930, bei den Reichstagswahlen im selben Jahr wurde die NSDAP mit einem Zuwachs von 15,5 Prozentpunkten zur zweitstärksten Partei. Die weitere Entwicklung ist bekannt. Machen wir es besser, und halten wir die Mitte zusammen!

Denken ohne Grenzen im europäischen Austausch

In der European Summer School des Gustav-Stresemann-Instituts treffen seit 1989 junge Menschen unterschiedlicher Länder aufeinander, um Europa in Diskussionen und durch Exkursionen zu verstehen. Die ehemaligen Teilnehmenden Stefan Jennessen und Joanna Szymanska-Bica erzählen, wie sie die Sommerakademie erlebten und was ihnen Europa bedeutet.



Im Foyer des Rates der Europäischen Union: Dort, wo Regierungschef*innen für gewöhnlich Presseinterviews geben, versammelten sich die Teilnehmer*innen der 32. European Summer School des GSI für ein Erinnerungsfoto.

„Hier sitzt Europa! Das war mein erster Gedanke, als wir in den imposanten Plenarsaal des Europäischen Parlaments geführt wurden“, sagt Stefan Jennessen, Lehrer für Geschichte und Französisch am Gymnasium Haus Overbach in Jülich. 2019 nahm der damalige Lehramtsstudent der Bergischen Universität Wuppertal mit 40 anderen Studierenden sowie jungen Fach- und Führungskräften aus unterschiedlichen EU- und Nicht-EU-Ländern an der 30. Europäischen Sommerakademie des

Gustav-Stresemann-Instituts (GSI) teil. Gemeinsam besuchten sie EU-Institutionen, tauschten sich etwa mit Vertreter*innen von NGOs und Forschungsinstitutionen sowie mit Botschafter*innen aus und reflektierten aktuelle Fragestellungen rund um Europa. Neben diesen Eindrücken war für Jennessen vor allem eine Erfahrung besonders wertvoll. „Wir waren junge Menschen unterschiedlicher Herkunft, die alle eine Überzeugung teilten – nämlich, dass wir die Zukunft Europas sind und dass wir uns als Europäer über

ationale Grenzen hinweg für Frieden und Demokratie einsetzen und die Europäische Union gestalten wollen.“

Hochkarätiges Bildungsangebot

Ein Gemeinschaftsgefühl, an das sich auch Joanna Szymanska-Bica erinnert. Sie studierte 2011 an der Bergischen Universität Wuppertal Europawissenschaften und nahm an der 22. Europäischen Sommerakademie teil. Die heutige Vorsitzende der

Ursprünglich wurde die European Summer School als Bildungsangebot des GSI für Beschäftigte der neu gegründeten Europa-Ministerien der, insbesondere östlichen, Bundesländer, konzipiert. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Sommerakademie zu einem Treffpunkt von Studierenden und jungen Fachkräften weiter. Eine besondere Qualität ist die vielfältige Herkunft der Teilnehmenden. Jedes Jahr sind junge Menschen aus rund 20 Ländern dabei – aus EU-Staaten, aus Beitrittskandidatenländern wie der Türkei oder der Ukraine, aber auch aus den USA, afrikanischen Staaten oder Russland. Ebenso vielfältig sind die fachlichen Perspektiven: von Geisteswissenschaften über Jura bis zu Informatik oder Architektur.



Joanna Szymanska-Bica © Maurice Graf

Migrant*innenorganisation Polnischer Sozialrat e.V. Nordrhein-Westfalen sagt: „Wir alle waren Europa-Enthusiast*innen. In unserer Gruppe trafen Studierende, Doktorand*innen, junge Wissenschaftler*innen und Berufspraktiker*innen aufeinander. Die unterschiedlichen fachlichen Zugänge und Blickwinkel auf europäische Themen waren sehr bereichernd. Die Debattenfreiheit, die dort herrschte, und die Diskussionsräume, die uns die Organisator*innen der Sommerakademie eröffneten, waren wirklich einmalig.“ Davon berichten auch andere Akademieteilnehmer*innen.

Seit vielen Jahren fördert der Deutsche Akademische Austauschdienst als wichtiger Kooperationspartner die Teilnahme an der politischen Bildungsreise für ausgewählte Stipendiat*innen aus den Programmen für Masterstudierende und Doktorand*innen. Antje Schlamm, die das Referat für Stipendienprogramme Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Südeuropa, Türkei leitet, sagt: „Die Sommerakademie ist ein hochkarätiges Bildungsangebot, das bei unseren Stipendiat*innen sehr beliebt ist. Die Kombination aus fachlichen Inputs zu aktuellen Leitthemen und Exkursionen nach Brüssel und Luxemburg, bei denen Teilnehmende auf Berufspraktiker*innen treffen, ist für viele sehr attraktiv. Durch die Diversität der Gruppe entsteht im Austausch über eigene kulturelle und fachliche Grenzen hinweg eine besondere Atmosphäre, in der unvoreingenommene Begegnung und offene Debatten möglich sind, auch über kritische Themen. Diese Rückmeldung erhalten wir von fast allen.“



Antje Schlamm leitet beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) das Referat für Stipendienprogramme Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Südeuropa, Türkei. Die Summer School ist bei den DAAD-Stipendiat*innen sehr gefragt.

Debatten gestalten

Auch Joanna Szymanska-Bica machte diese Erfahrung. „Während meines Studiums in Polen und Russland wurde kaum diskutiert. Ich war damals gerade erst für meinen Master nach Deutschland gekommen. Für mich war es ungewohnt, dass ich in der Akademie so viele Fragen stellen durfte und durch meine Beiträge die Debatte mitgestalten konnte. Das hat mein Selbstbewusstsein gestärkt.“ Bereits in ihrer Jugend war Europa für sie präsent. „Als Kind der europäischen Assoziierungsprozesse nahm ich vor allem den Fortschritt wahr, der in Polen passierte. Im Europa-Club meiner Schule lernten wir alles über die Geschichte der EU-Länder und reisten durch ganz Polen, um diese vorzustellen. Für mich war klar, dass die europäische Einigung unsere Zukunft und der einzige Weg

„Europa ist eine Friedensgarantie. Ich wünsche mir, dass die Mitgliedsstaaten wieder stärker im Sinne der ursprünglichen Leitidee handeln, anstatt Spaltung voranzutreiben.“

ist.“ Nach ihrem Masterstudium kehrte Szymanska-Bica zurück nach Polen, arbeitete als Wissenschaftlerin und gestaltete als Geschäftsführerin eines Verbandes mit 100 Mitgliedsorganisationen polnische Sozialpolitik mit. „In der Sommerakademie lernte ich, wie man in diversen Gruppen komplexe Themen behandelt. Das half mir im Berufsleben und in meinem späteren kommunalpolitischen Engagement in Deutschland sehr.“



Stefan Jennessen © privat

Gemeinsame Zukunft

Stefan Jennessen gibt seine Begeisterung und sein Europawissen inzwischen als Lehrer weiter. „Damals war das meine Motivation zur Teilnahme an der Sommerakademie, heute ist es mein Berufsalltag. Ich will den Jugendlichen klarmachen, welche Vorteile wie etwa die Reisefreiheit uns der Integrationsprozess Europas gebracht hat.“ Darüber spricht er in thematischen Exkursen im Geschichtsunterricht, in einer AG zu EU-Institutionen oder im Vorfeld simulierter Juniorwahlen, die an seiner Schule stattfinden. Jennessen nimmt wahr, dass die Frage, was Europa für uns heute überhaupt noch bedeutet, unter seinen Schüler*innen zugenommen hat. Für ihn ist die Antwort klar: „Europa ist eine Friedensgarantie. Ich wünsche mir, dass die Mitgliedsstaaten wieder stärker im Sinne der ursprünglichen Leitidee handeln, anstatt Spaltung voranzutreiben.“ Das ist auch Joanna Szymanska-Bicas Vision. „Die Europäer*innen müssen wieder selbstbewusster werden und sollten sich nicht nationalistischen Tendenzen hingeben.“ Für sie klärte sich während der Sommerakademie auch eine sehr persönliche Frage. „Ich stamme aus Ermland und Masuren und gehöre einer deutschen Minderheit an. In Polen war ich ständig mit der Frage nach meiner Identität konfrontiert und dachte, ich müsse mich festlegen. Der europäische Gedanke, den ich erst in der Akademie richtig verstand, befreite mich davon. Ich bin Ermländerin und Masurin, und ich bin Europäerin.“ Ein Gefühl, das sie bewahren will.

Ein fotografisches Gedächtnis

In ihren Bildern bringt Karine Sicard Bouvatier die letzte Generation europäischer Holocaustüberlebender mit Kindern und Jugendlichen zusammen, die so alt sind wie sie selbst zum Zeitpunkt ihrer Deportation. Wie Emotionen die Arbeit der französischen Fotografin prägen und was sie sich für die Zukunft der Erinnerung wünscht. FOTOS Karine Sicard Bouvatier



Spiegel der Vergangenheit: Victor Perahia war elf Jahre alt, als er mit seiner Mutter nach Bergen-Belsen deportiert wurde. Hier ist er mit Alexandre, dem elfjährigen Sohn von Karine Sicard Bouvatier, zu sehen.

Als die Fotografin Karine Sicard Bouvatier und ihr Sohn Alexandre dem Holocaustüberlebenden Victor Perahia zum ersten Mal persönlich begegnen, schaut er seiner Vergangenheit direkt ins Gesicht. „Es war wie der Blick in einen Spiegel. Als Victor 1944 mit seiner Mutter nach Bergen-Belsen deportiert wurde, war er elf Jahre alt, genau wie mein Sohn zum Zeitpunkt unseres Treffens. Als er mich ansah, war es, als würde er seine Mutter anschauen

und sich selbst mit ihr sehen. Das war ein sehr intensiver Moment“, sagt Karine Sicard Bouvatier. Für ihr Projekt „Déportés, leur ultime transmission“ (Die Deportierten, ihr letztes Zeugnis), das 2024 als Ausstellung am Gustav-Stresemann-Institut gezeigt wurde, hat die Fotografin französische Holocaustüberlebende mit Jugendlichen zusammengebracht, die zum Zeitpunkt der Aufnahme so alt waren wie die Zeitzeug*innen bei ihrer Deportation.



Karine Sicard Bouvatier ist eine französische Fotografin, die seit 2009 künstlerische Projekte zu Erinnerung, Identität und Generationendialog entwickelt. Ihre Arbeiten „Déportés, leur ultime transmission“, „Déporté, j'avais ton âge“ und „J'avais 13 ans à Auschwitz“, die alle bei Éditions de La Martinière erschienen sind, wurden europaweit ausgestellt und in Fotobüchern veröffentlicht. Darin hält sie auch die Gespräche mit den Zeitzeug*innen fest, um ihre Stimmen zu bewahren.

Persönlicher Zugang

2018 steigt Sicard Bouvatier tiefer in die Auseinandersetzung mit dem Holocaust ein, als sie auf einer Konferenz einen Überlebenden trifft, den sie später porträtiert. „Wenn wir uns Bilder von Zeitzeug*innen anschauen, sehen wir erst einmal alte Menschen. Bei meiner Recherche ist mir dann klar geworden, dass die meisten heute noch lebenden Holocaustüberlebenden damals Kinder oder Jugendliche waren.“ Da ihre Kinder zu dieser Zeit etwa im gleichen Alter waren, entstand die Idee zum Projekt, das sie im Laufe der Zeit auf Begegnungen von Überlebenden und Jugendlichen aus 15 europäischen Ländern wie Rumänien, Deutschland oder Kroatien ausweitete. Die daraus entstandenen Wanderausstellungen „Déportés, leur ultime transmission“ und Déporté, j'avais ton âge: une histoire européenne“ (Deportiert, ich war in deinem Alter: eine europäische Geschichte) sind europaweit zu sehen.

Für die ersten Aufnahmen findet sie Jugendliche im Umfeld ihrer Kinder, die sie vor den Treffen auf die Begegnungen vorbereitet, indem sie mit ihnen den historischen Kontext und die Biografie der Person bespricht. Gemeinsam besuchen sie die Zeitzeug*innen zu Hause – um ein Foto zu machen, aber auch um ihre Geschichten zu hören und die Erinnerungen aufzuschreiben. „Die jetzige Generation von Jugendlichen ist die letzte, die Zeitzeug*innen des Holocausts noch persönlich erlebt. Das will ich dokumentieren“, so Sicard Bouvatier.

Bewegende Begegnungen

Als sie mit ihrem Sohn bei Victor Perahia zu Gast ist, erzählt er ihnen von seiner 13-tägigen Irrfahrt im sogenannten „verlorenen Transport“ im April 1945, bevor er von der Roten Armee befreit wird. Damals schickte die SS einen Zug mit Häftlingen aus Bergen-Belsen in Richtung Theresienstadt. Rund 2.500 Menschen saßen ohne Nahrung und Wasser dicht gedrängt in den Waggons. Wie viele andere erkrankte Victor Perahia an Typhus. „Er erzählte uns, dass er seine Mutter und Gott anflehte: ‚Lasst mich gehen!‘ Ein elfjähriges Kind, das den Tod als Erlösung sieht und sterben will, das war sehr schwer mitanzuhören. Ich weiß nicht, ob mein Sohn damals alles verstand. Heute ist er 17 und erinnert sich noch gut an das Treffen“, so Sicard Bouvatier.



Aktive Botschafterin: Ginette Kolinka überlebte Auschwitz, Bergen-Belsen und Theresienstadt. Heute spricht sie sich immer wieder öffentlich gegen Antisemitismus und Rassismus aus. Sicard Bouvatier hat sie hier mit der 19-jährigen Sifa abgelichtet.



Erinnerung weitergeben: Als Zeitzeugin spricht Esther Senot vor Jugendlichen über ihre Erfahrung. Sie wurde 1943 nach Auschwitz deportiert. Dieses Foto zeigt sie mit der 14-jährigen Jeanne.



Bleibendes Trauma: „Ich wache damit auf, ich esse damit, ich atme damit, ich schlafe damit“, sagte der 2020 verstorbene Simon Gutman über seine Zeit in Auschwitz und in drei weiteren Lagern. Hier ist er mit dem 18-jährigen Sasha zu sehen.

51 Holocaustüberlebende und 51 Jugendliche brachte die Fotografin bisher zusammen. „Obwohl es für alle das erste persönliche Treffen war, stellte sich jedes Mal schnell eine große Vertrautheit her – vielleicht auch weil sich die Überlebenden in den Mädchen und Jungen wiedererkannten“, sagt Sicard Bouvatier. Auf vielen Bildern – wie etwa bei dem 2020 verstorbenen 97-jährigen Simon Gutman oder der 97-jährigen Esther Senot – legen die Jugendlichen schützend ihren Arm oder ihre Hände um die Überlebenden. Keine der Posen war vorgegeben. Während der Interviews konnten die Jugendlichen jederzeit Fragen an die Zeitzeug*innen stellen. „Einige blieben still, andere fragten, ob sie im Lager Freund*innen oder Zeit zum Spielen hatten. Oft lautete die Antwort, dass Zeit an diesen Orten nicht existierte und es nur darum ging, Nahrung zu finden und zu überleben“, so Sicard Bouvatier.

Raum für Empathie

Mit ihren Bildern will sie gezielt Emotionen ansprechen, die ein wichtiges Element ihrer Erinnerungsarbeit sind. „In meinen Ausstellungen sehe ich oft, dass Jugendliche besonders lang vor den Bildern mit Teenagern in ihrem Alter stehen. Diese Ähnlichkeit schafft Raum für Identifikation und ermöglicht einen empathischen Zugang.“ Sie arbeitet mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarben und Religionen, denn ihre Bilder sind auch ein Beitrag im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus in Europa.

Ein Anliegen, das sie mit der 100-jährigen Ginette Kolinka teilt, die Sicard Bouvatier mit der damals 19-jährigen Sifa fotografierte. Die Zeitzeugin überlebte Auschwitz, Bergen-Belsen und Theresienstadt und spricht sich immer wieder öffentlich gegen Rassismus und Antisemitismus aus. Sicard Bouvatier sagt: „Wir haben die Pflicht, ange-

sichts jeder Form von Diskriminierung zu handeln, wir alle, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Keiner der Überlebenden trägt Hass in sich, stattdessen sind sie Träger*innen von Friedensbotschaften.“ Sie hofft, dass die Jugendlichen diese Botschaften und die Erinnerung an den Holocaust weitertragen. In Worten und in Taten, die auf Respekt und Menschlichkeit basieren.

Europa

Im Bildungsnetzwerk der Schwarzkopf-Stiftung Understanding Europe geben junge Europäer*innen ihr Wissen nach dem Peer-Konzept an andere Jugendliche weiter. Die Netzwerkmitglieder Daria, Matilde und Julius erzählen, was ihnen Europa bedeutet und welche Vision sie dafür haben.

im Herzen

„Europa ist eine Möglichkeit zur Teilhabe“

„In der dritten Klasse lernten wir im Musikunterricht das Stück ‚Ode an die Freude‘ auf dem Klavier. Ich erinnere die Noten bis heute, es ist das einzige Lied, das ich auswendig spielen kann. Damals wurde mir zum ersten Mal bewusst, dass Europa eine Gemeinschaft ist, die eine Flagge und eine eigene Hymne hat, die sogar in unseren Schulbüchern steht – und dass ich ein Teil davon bin. Heute bedeutet Europa für mich vor allem die Möglichkeit zur Teilhabe. Gerade in Rumänien gibt es viele Menschen aus benachteiligten, ländlicheren Regionen, die auf nationaler Ebene nicht vertreten sind. Auf europäischer Ebene können wir mitwirken, etwa in Erasmus-Projekten oder Programmen wie Understanding Europe. Als Koordinatorin des rumänischen Understanding-Europe-Standorts in Bukarest macht mir besonders die Zusammenarbeit mit den Schulen Spaß. Neulich habe ich in einem Jugendzentrum in meiner Heimatstadt Constanța mit einer unserer Trainerinnen einen Workshop zum Thema Fake News gegeben. Ein Thema, das mir genau wie der wachsende Euroskeptizismus Sorge bereitet. Es ist wichtig, dass junge Menschen informiert sind und ihre Stimme erheben. Wenn man nicht darüber spricht, was einem wichtig ist, kann sich nichts ändern. Wie in jeder Beziehung ist Kommunikation wichtig, auch innerhalb der Gesellschaft.“

Daria Ienea (20) studiert Internationale Beziehungen und Europa-wissenschaft an der Universität Bukarest. Bei Understanding Europe koordiniert sie den rumänischen Standort des Netzwerks. Ihr Wunsch für Europa: Balance in allen Themen, die gerade Konflikte auslösen.

Über das Netzwerk Understanding Europe

Das transnationale Bildungsnetzwerk der Schwarzkopf-Stiftung ermöglicht Demokratiebildung von Jugendlichen für Jugendliche. Junge Menschen aus zwölf europäischen Ländern zwischen 16 und 27 Jahren entwickeln „Peer Education-Workshops“ zu Themen wie Demokratie, Medienkompetenz oder Teilhabe, die sie als Trainer*innen in Schulklassen geben. Im Fokus stehen unterschiedlich sozialisierte Zielgruppen, für die ein geschützter Lern- und Begegnungsraum geschaffen wird. 2024 wurden 300 Kompaktkurse durchgeführt, an denen etwa 5.600 Schüler*innen teilnahmen. Mehr dazu: understanding-europe.org



© privat

„Wir alle können etwas verändern!“

„In Europa fühle ich mich überall zu Hause – an jedem einzelnen Ort, den ich besucht habe. Lange Zeit habe ich mich mehr als Europäerin und nicht so sehr als Portugiesin verstanden. Jetzt bin ich stolz, beides zu sein. In Portugal erleben wir gerade eine Krise aufgrund von Desinformationen, die unter anderem durch eine rechtsextreme Bewegung verbreitet werden. Als Understanding-Europe-Trainerin stehe ich für die Werte der Europäischen Union und für Wahrheit. Wenn ich in Schul-Workshops über Fake News aufkläre und sehe, dass die Jugendlichen ins Nachdenken kommen, erfüllt mich das sehr. Große Sorge macht mir gerade der europaweite Rechtsruck, der sich auf alle großen politischen Diskurse, besonders auf Themen wie Migration oder Klimawandel, auswirkt. Zusammen mit ein paar Freund*innen versuchen wir in meinem Ort, Projekte gegen soziale Ungerechtigkeit und Vorurteile gegenüber Migrant*innen, insbesondere Sinti*zze und Rom*nja, zu initiieren. Leider ist es sehr schwer, wirklich etwas zu verändern. Manchmal fühle ich mich mutlos. Dann erinnere ich mich daran, dass mich mal jemand fragte: ‚Glaubst du, du kannst die Welt ändern?‘ Damals dachte ich sofort: ‚Nein, auf keinen Fall!‘ Inzwischen denke ich, wir alle können etwas verändern – und wenn es nur unsere eigene Welt ist oder die unserer Nachbar*innen. Zu wissen, dass da draußen immer jemand ist, der noch Hoffnung hat und für Gerechtigkeit kämpft, hilft mir sehr, wenn ich einmal selbst die Hoffnung verliere.“

Matilde Silva (20) studiert Rechtswissenschaften an der Universität Porto. Bei Understanding Europe ist sie als Trainerin aktiv und bildet demnächst selbst neue Trainer*innen aus. Ihr europäischer Traum: Einigkeit, Frieden, Gerechtigkeit sowie Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen – und mehr politische Teilhabe für junge Menschen.



© Stefanie Loos

„Die friedliche Wertefamilie soll wachsen“

„Für Politik interessiere ich mich seit meiner Kindheit. Als kleiner Junge wollte ich Oberbürgermeister und später Bundespräsident werden. Auch wenn ich in Dresden geboren wurde, ist meine Biografie mittlerweile gesamtdeutsch und nach längeren Aufenthalten in Kanada und Taiwan international geprägt. Gesellschaftlich nehme ich noch immer eine Spaltung zwischen Ost und West wahr, in Deutschland und in Europa. Ich wünsche mir, dass wir diese Spaltungen überwinden. Durch Understanding Europe und den Austausch mit Schüler*innen in den Workshops oder mit anderen jungen Erwachsenen aus Ländern wie der Türkei oder der Ukraine habe ich begonnen, meine Privilegien zu hinterfragen. Es ist wichtig, zuzuhören und anzuerkennen, dass Deutschland nicht der Nabel Europas ist. Meine Erfahrungen und mein Wissen gebe ich gern weiter – in der Ausbildung anderer Peer-Trainer*innen und bei Schul-Workshops. Jugendliche versuche ich dafür zu begeistern, ihr Privileg zu nutzen und sich aktiv an Demokratie zu beteiligen. Schau ich mich in Europa um, beunruhigt mich der Rechtsruck. Mir macht es Angst, dass dieses großartige Projekt Europa an einem so seidenen Faden hängt. Ich hoffe, dass künftig noch mehr Länder zur EU gehören werden. Die friedliche Wertefamilie soll wachsen!“

Julius Koenitz (25) studiert Wirtschaft und Politikwissenschaften an der Universität Bonn. Als Peer-Educator bei Understanding Europe bildet er neue Trainer*innen aus. Sein Wunsch für Europa: dass die demokratischen und weltoffenen Kräfte motiviert und optimistisch weiterkämpfen.

Auf den Wegen des Widerstands: Wandern mit Weitblick

In den politischen Wanderseminaren des Vereins AKuBiZ aus Pirna entdecken Teilnehmer*innen die lokale Geschichte des Widerstands im deutsch-tschechischen Grenzgebiet der Sächsischen Schweiz. Historisch-politische Bildung unter freiem Himmel, die die Erinnerung wachhält.



Politische Bildung unterwegs: Schon seit 2008 bietet der Verein AKuBiZ Wanderseminare in der Sächsischen Schweiz an. Dabei lernen die Teilnehmer*innen Orte lokaler NS-Geschichte sowie die Biografien von Widerstandskämpfer*innen kennen. © AKuBiZ

Vom Aussichtspunkt Ritterfelsen fällt der Blick auf die weitläufigen Mischwälder der Sächsischen Schweiz. Direkt gegenüber auf einem Felsplateau des Elbsandsteingebirges liegt die Burg Hohnstein. Unten im Polenztal führen Wanderwege vorbei an markanten Felsformationen, ein kleiner Fluss zieht sich durch die Landschaft, und im Frühjahr blühen Märzenbecherwiesen strahlend weiß. „Die idyllischen Wege und diesen Aussichtspunkt gab es auch schon 1933. Damals nutzten die Nazis die Burg als Konzentrationslager. Bis 1934 wurden dort rund 5.600 Menschen inhaftiert und gefoltert“, sagt Steffen Richter, der Vorsitzende des Vereins Alternatives Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ) aus Pirna. Unter dem Titel „Widerständige Wege“ bieten er und seine Vereinskolleg*innen seit 2008

politische Wanderseminare zu verschiedenen Themenschwerpunkten an. Die Idee entstand auf einer AKuBiZ-Bildungsreise nach Spanien, als ihn der Guide nach der lokalen NS-Geschichte fragte. Der Verein begann zu recherchieren und stieß schnell auf die Widerstandskämpfer*innen aus dem Bergsportmilieu und ihre illegale Grenzarbeit. „Wir kontaktierten den Bergsporthistoriker Joachim Schindler und veranstalteten gemeinsam erste Touren, zum Beispiel ‚Auf den Spuren der Roten Bergsteiger*innen‘. Mit den Jahren entwickelten wir die thematische Bandbreite der Seminare weiter.“ Es entstanden etwa Touren zu regionalen Euthanasieverbrechen, zu Kriegsgefangenenlagern oder zur Burg Hohnstein. Auch der konzeptionelle Ansatz veränderte sich.

„Wir wollen Wissen über die lokale Geschichte des antifaschistischen Widerstands im deutsch-tschechischen Grenzgebiet vermitteln und auch Menschen einen Zugang ermöglichen, die sich bisher noch nicht intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Gemeinsam zu den historischen Orten zu wandern und dort Neues zu erfahren ist leichter, als ein 100-seitiges Buch zu lesen oder selbst zu recherchieren“, so Richter. Er wanderte schon mit Schulklassen und Konfirmand*innen, mit Fußballfan-Initiativen von Chemie Leipzig, mit dem Berliner Motorradclub Friedrich Angels oder mit einer Migrant*innen-Jugendselfstorganisation des Verbands Deutsche Jugend in Europa. „Diese Wandergruppe bestand aus syrischen, afghanischen und iranischen Geflüchteten, die den Inhalten per Flüsterübersetzung folgten und sich nach der Wanderung in einer Schreibwerkstatt mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie eigenen Widerstandserfahrungen beschäftigten.“



Lokale Geschichte: Steffen Richter spricht über die Widerstandskämpferin Herta Lindner, die Mitglied eines lokalen antifaschistischen Bergsteigerklubs war und mit 22 Jahren von den Nazis ermordet wurde. © AKuBiZ

Sichtbare Erinnerung

Wenn Richter mit einer Wandergruppe auf dem Ritterfelsen steht, ist auch der Burghof zu sehen. „Dort, wo höchstens 300 Menschen Platz finden, mussten sich damals zeitgleich zwischen 1.200 und 1.500 Häftlinge aufhalten. In einigen Zeitzeug*innenberichten wird deutlich, dass sie für Wandernde auf den umliegenden Wegen sichtbar waren und teils von ihnen beschimpft wurden“, erzählt Richter. „Natürlich können und wollen wir das Leid der Häftlinge nicht nachempfinden. Direkt am Ort des Geschehens zu stehen macht Geschichte dennoch besonders greifbar.“ Nicht nur die Kombination aus Wissensvermittlung und Wandern sorgt für großes Interesse an den Seminaren. Heike Ehrlich, die seit 2020 regelmäßig teilnimmt, sagt: „Durch die Wanderungen ist mir die Bedeutung von Gedenksteinen viel bewusster geworden. Oft legen wir Blumen ab – auch als Zeichen an alle, die später dort vorbeikommen. Die Leben und Kämpfe dieser Menschen sind nicht vergessen.“ Insbesondere in der Sächsischen Schweiz, in der es seit Jahrzehnten starke rechte Kräfte gibt, verschwinden laut Ehrlich immer wieder Gedenktafeln, die

etwa an Todesmärsche erinnern. „Die Rechten haben ein starkes Interesse daran, Gedenken an Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus unsichtbar zu machen.“

Umso größer ist Steffen Richters Anliegen, Erinnerung lebendig zu halten: etwa durch das Teilen von Zeitzeug*innenberichten, Biografien oder Begegnungen mit Angehörigen wie dem 81-jährigen Roland Hering, der in manchen Seminaren aus dem Leben seines Vaters Arno und seines Großvaters Martin berichtet. Sein Großvater koordinierte die lokale KPD-Arbeit und starb durch Folter im KZ Hohnstein. Sein Vater Arno floh in die Tschechoslowakei und baute eine Grenzarbeits- und Kuriergruppe mit auf. „Bei den Wanderungen lernen wir Menschen kennen, die trotz lebensbedrohlicher Umstände den Mut aufbrachten, Widerstand zu leisten. Ihre Geschichten zeigen, wie wichtig es ist, sich Verbündete zu suchen. Organisiert ist man viel mutiger als allein“, sagt Ehrlich.

Individuelle Entscheidungen

Was Richter auch vermitteln will: Widerstand ist eng mit individuellen Entscheidungen verknüpft. „Während der Novemberpogrome rettete der Bergsportler und Feuerwehrmann Alfred Neugebauer den Davidstern der brennenden Semper-Synagoge und gab ihn 1949 der jüdischen Gemeinde zurück. Heute ist es vielleicht der Hausmeister, der bei einer AfD-Veranstaltung den Schlüssel verlegt hat und die Tür nicht öffnen kann. Es darf nicht das Gefühl aufkommen, dass



Teilnehmende eines AKuBiZ-Wanderseminars laufen auf dem Weg zur Burg Hohnstein durch die Wolfsschlucht. © AKuBiZ

wir uns in Zeiten befinden, in denen man ohnehin nichts mehr ändern kann oder auf Impulse von außen wartet“, so Richter. Einmal wanderte er mit Neuntklässler*innen einer Radebeuler Schule zur Burg, um dort Angehörige ehemaliger Häftlinge zu treffen. „Die Jugendlichen waren empört, dass es dort bisher kein Gedenken gab. In einer Projektarbeit erstellten sie dann mit ihrer Lehrerin eine Ausstellung über das ehemalige KZ, die sie der Stadt Hohnstein schenkten. Sie ist nun im Rathaus zu sehen.“ Für Richter steht fest: Widerstand ist vielfältig, damals wie heute. Am Anfang steht immer die Frage: Was kann ich jetzt tun?

Mit dem Dokumentations- und Erinnerungsprojekt Gedenkplätze stellt das AKuBiZ eine Onlinekarte zur Verfügung, auf der Orte des NS-Unrechts und des Widerstands in der Sächsischen Schweiz sowie in der Umgebung zu finden sind. Neben historischen Informationen und Fotos ist es möglich, eigene Bildungs- und Gedenkrouten zu planen. Mehr dazu: gedenkplaetze.info

Im Radio-Feature „Die schöne Landschaft aller – Leben in der Sächsischen Schweiz“ des SWR und des Deutschlandfunks führt die multidisziplinäre Künstlerin Antje Meichner Gespräche mit Sächsinen und Sachsen, die sich den Rechtsextremen entgegenstellen. Dieser Einblick in das Thema rechte Hegemonie in der Sächsischen Schweiz ist hier zu finden: swr.de und in der ARD-Audiothek.

Politische Bildung

”

Nur durch das Vermitteln des Betroffenseins von Dingen, die scheinbar so weit sind, daß sie uns nichts angehen – Hungertod von Millionen Menschen bei gleichzeitiger Überproduktion von Nahrungsmitteln in anderen Teilen der Erde, Unterdrückung der Rechte ganzer Völker, deren Produkte wir längst mit Selbstverständlichkeit beziehen und konsumieren, ohne uns zu fragen, unter welchen Bedingungen sie erzeugt wurden (...) –, können wir Bewußtsein schaffen, daß solches nicht mehr hingenommen werden kann, weil wir alle Verantwortung füreinander haben. Internationale Bildungsarbeit muß sich verstehen als die Aufgabe, deutlich zu machen, daß ‚Weltinnenpolitik‘ keine Formel von Phantasten ist, sondern nüchterne Realität, Voraussetzung für unser aller Überleben. Diese Welt wird eine sein oder keine.

“

Berthold Finkelstein

Internationale Bildungsarbeit – neue Dimensionen, neue Funktionen, 1979

Politische Bildung als
demokratisches Versprechen

*Was politische Bildner*innen aktuell herausfordert*

„Eine Generation ohne viel Pathos“

Wie politische Bildung nach 1945 entstand

Die Mutigen stärken

*Was politische Bildner*innen in Sachsen erleben*

Begegnung, Raum, Handlung

*Warum freie Bildungsstätten
unverzichtbare Demokratieorte sind*

Im Spiegel der Zeit

*Wie auf einer Bildungsfahrt Erinnerungskultur
lebendig wird*

Solidarität in Zeiten der Krisen

Wie sich die Welt solidarisch begreifen lässt

Politische Bildung als demokratisches Versprechen

Autoritäre Kräfte erstarken, Fördermittel schrumpfen, die Neutralität politischer Bildner*innen wird öffentlich diskutiert: Andrea Rühmann, die Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung, wirft einen kritischen Blick auf gegenwärtige Herausforderungen. Ein Plädoyer für klare Haltung, um politische Bildung als unverzichtbare Säule der Demokratie dauerhaft zu stärken.

Viele Institutionen der politischen Bildung sind – so erinnerte Berthold Finkelstein 1966 in seiner Rede beim bundesweiten Kongress zur politischen Bildung – entstanden „aus dem Erleben einer Katastrophe, die von einer durch mangelnde politische Einsichten unmündigen Gesellschaft verursacht und ermöglicht wurde, einer Gesellschaft, die Führung nicht von Verführung unterscheiden konnte“. Damals ging es darum, nationalsozialistisches Denken zurückzudrängen und die Grundlagen demokratischer Teilhabe zu legen. Bis heute eröffnet politische Bildung Räume für den Austausch über gesellschaftliche Konflikte, vermittelt Orientierung in einer komplexen Welt und befähigt Menschen, ihre Rolle als aktive Bürger*innen wahrzunehmen. Angesichts multipler Krisen – von ökologischen Umbrüchen über

geopolitische Konflikte bis hin zu digitaler Desinformation und dem Erstarken autoritärer Kräfte – ist politische Bildung längst kein Nice-to-have mehr, sondern eine zentrale Stütze unserer Demokratie. Finkelstein würde die aktuellen Entwicklungen wohl als alarmierendes Warnsignal verstehen.

Gerade deshalb wiegt es umso schwerer, dass die politische Bildung ausgerechnet in dieser Situation zunehmend unter Druck gerät: Öffentliche Debatten über Neutralität und Gemeinnützigkeit, Angriffe auf Träger und Fachkräfte, Haushaltskürzungen und eine sich verschärfende Förderpraxis setzen das Feld unter erheblichen Stress. Die Frage ist längst nicht mehr, ob politische Bildung wirkt, sondern ob sie überhaupt noch wirken darf. Für manche gesellschaftliche Kräfte hat sie nicht einmal eine

Daseinsberechtigung und wird offen angefeindet.

Ein zentrales Problem liegt zudem in der Finanzierung. Politische Bildung lebt von Planungssicherheit und Kontinuität. Stattdessen dominieren projektbezogene Förderlogiken, die kurzfristige Antragszyklen mit hohen administrativen Anforderungen und gleichzeitigem Anspruch an Innovation verbinden. Man stelle sich einmal vor, in den Naturwissenschaften oder der Mathematik würden in gleichem Maße innovative Methoden und Ansätze erwartet. Die Sorge, dass solides Fachwissen hier auf der Strecke bleiben würde, ist zumindest berechtigt.

Für viele Träger gleicht die Finanzierung einem Drahtseilakt: Inhalte entwickeln, Personal halten und gleichzeitig den formalen Anforderungen



Andrea Rühmann setzt sich als Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung e.V. (bap) und als Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB) für den Zusammenhalt der Träger der politischen Bildung sowie den Erhalt einer bedarfsgerechten Förderlandschaft ein. Die gebürtige Bonnerin hat Politikwissenschaften, Geschichte, Literatur und Erwachsenenbildung studiert.

„Wer dauerhaft politisch bilden will, muss auch dauerhaft gefördert werden. Deshalb sollten Bund, Länder und Kommunen die politische Bildung nicht nur rhetorisch aufwerten, sondern institutionell und finanziell absichern – als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

genügen. Gerade kleine und mittlere Einrichtungen geraten hier oft an ihre Grenzen – und mit ihnen die Qualität und Reichweite politischer Bildung.

Hinzu kommt ein wachsender politischer Druck auf ihre Unabhängigkeit. Immer häufiger sehen sich Träger pauschalen Vorwürfen der Parteinahme oder Indoktrination ausgesetzt. Dabei ist kritische Auseinandersetzung ein Grundpfeiler demokratischer Bildungsarbeit – nicht ihr Gegenteil. Wenn Träger etwa Rassismus oder autoritäre Tendenzen thematisieren, dann tun sie das nicht aus parteipolitischer Motivation, sondern aus demokratiefördernder Verantwortung heraus. Politische Bildung ist nicht neutral im Sinne von beliebig, sie ist auch kein ausführendes Organ der Bundesregierung: Sie ist wertegebunden im Sinne des Grundgesetzes.

Wie also weiter? Politische Bildner*innen und ihre Organisationen sind mehr denn je gefordert, ihre Arbeitsweisen und Strategien zu hinterfragen. Schon jetzt passen sie ihre Angebote flexibel an aktuelle Krisen, Konflikte und Themen an, verstärken Formate zur Medien- und Desinformationskompetenz, entwickeln aufsuchende Bildungssettings, gestalten digitale Formate, setzen stärker auf Zielgruppenorientierung und arbeiten deutlich verzahnter mit der Zivilgesellschaft, Sozialarbeit, Schulen und Arbeitgebern zusammen.

Zu einer tragfähigen Zukunft gehört jedoch auch eine klare Positionierung: Was ist unser Beitrag zur Demokratie? Wofür stehen wir, und mit wem stehen wir ein? Wie gehen wir mit Angriffen auf unsere Profession um? Angesichts einer wachsenden Zahl von Trägern bei zugleich stagnierenden

Fördermitteln sind Kooperationen und Zusammenhalt in der Trägerlandschaft wichtiger denn je. Nicht nur, um Ressourcen zu bündeln, sondern um politische Bildung als unverzichtbare Säule der Demokratie zu sichern.

Doch: Wer dauerhaft politisch bilden will, muss auch dauerhaft gefördert werden. Deshalb sollten Bund, Länder und Kommunen die politische Bildung nicht nur rhetorisch aufwerten, sondern institutionell und finanziell absichern – als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Politische Bildung ist kein Luxus und keine Meinung, sondern ein demokratisches Versprechen: dass jede*r die Chance haben soll, die Gesellschaft mitzugestalten. Dieses Versprechen gilt es zu verteidigen – entscheiden, vernetzt und mit langem Atem.

„Eine Generation ohne viel Pathos“

Wie außerschulische politische Bildung nach 1945 in Deutschland entstand und später Teil einer kritischen demokratischen Öffentlichkeit wurde erklärt Bildungsforscher Paul Ciupke im Interview. Ein historischer Blick auf die Themen, Methoden und Formate der Anfangsjahre und darauf, wie Berthold Finkelstein diese Zeit prägte.

Wie gestalteten sich die Anfänge der politischen Bildung in Deutschland nach 1945?

Die außerschulische politische Bildung, wie wir sie heute als spezialisierte Form der Jugend- und Erwachsenenbildung kennen, kristallisierte sich nach 1945 erst allmählich heraus. Das war ein Prozess, der etwa 20 bis 30 Jahre brauchte. Zwar wurden schon im Jahr 1945 viele Volkshochschulen wiedereröffnet, auch begann alsbald der Aufbau neuer Bildungsstätten in der evangelischen und katholischen Erwachsenenbildung, hier wären vor allem die Akademien, aber auch viele Jugendbildungsstätten zu nennen. Im Wesentlichen wollte man aber an die Strukturen und Arbeitsformen der Volks- oder Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik wieder anknüpfen. Dazu gehörte auch die Verbändestruktur, die sich an den Konfessionen und sozialen Milieus orientierte.

Im Mittelpunkt stand die Allgemeinbildung. Neu war die Gründung von Arbeit und Leben als Kooperation von Volkshochschulen und Gewerkschaften zum Zweck der politischen Bildung und Arbeiterbildung.

„Natürlich spielten die Erfahrungen und Ereignisse der NS-Herrschaft eine wichtige Rolle. Aber weniger im Sinne einer ‚Aufarbeitung‘ und Erinnerung an die Opfer, sondern als Impuls für die Demokratisierung der deutschen Bevölkerung.“

„Wir schaffen diese bessere, diese zivile Welt“ – so lautete die Vision und Motivation, mit der Berthold Finkelstein als politischer Bildner antrat. Was waren prägende Motive, Ziele, Formen und Themen in den Anfängen der politischen Bildung nach 1945?

Natürlich spielten die Erfahrungen und Ereignisse der NS-Herrschaft eine wichtige Rolle. Aber weniger im Sinne einer „Aufarbeitung“ und Erinnerung an die Opfer, sondern als Impuls für die Demokratisierung der

deutschen Bevölkerung. Die Verankerung demokratischer Werte und Verfahren war für die Westalliierten ein wichtiges Anliegen. Dafür wurden



Prägender Akteur der politischen Bildungslandschaft: Als Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten eröffnete Berthold Finkelstein 1966 den Kongress zur politischen Bildung in Bonn. © Archiv des AdB, Berlin



Dr. Paul Ciupke, Jahrgang 1953, war mehr als 40 Jahre in der außerschulischen politischen Bildung tätig. Er publizierte unter anderem zu Fachfragen politischer Bildung, historisch-politischer Bildung und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur.

Kommissionen einberufen und Denkschriften verfasst. Allerdings wurden bei der sogenannten Re-education-Politik, deren Ergebnisse sehr umstritten sind, unterschiedliche Akzente gesetzt. Die amerikanischen Akteure setzten etwa auf die Ansprache der Zivilgesellschaft, insbesondere der Gruppe der Frauen und der jungen Menschen. Den Briten war der institutionelle Ansatz, wie er in der Weimarer Republik praktiziert wurde, vertrauter. Sie gaben deutschen Einrichtungen mehr Gestaltungsspielräume und gründeten zusammen mit deutschen Körperschaften die Jugendhöfe, die für die weitere Entwicklung der politischen Jugendbildung und eine innovative Didaktik später wichtig waren. Aber die meisten Menschen in Deutschland wollten sich selbst bespiegeln: Die NS-Jahre wurden als Katastrophe und nicht als Geschehen in eigener Verantwortung empfunden.

Berthold Finkelstein sagte in seiner Abschiedsrede am GSI: „Wir haben mit politischer Bildung angefangen, ohne daß es diesen Begriff damals gab, ohne daß es irgendwelche Methoden, Didaktik dafür gab, ohne daß es irgendjemanden gab, der uns sagte, was wir tun sollten (...). Wir haben es einfach getan.“ Wie wurde politische Bildung in Deutschland aufgebaut?

Wie schon erwähnt, gab es im Hinblick auf eine ausdifferenzierte, didaktisch und methodisch reflektierte, und thematisch bewusste politische Bildung einen längeren Entwicklungsprozess. In der Jugendbildung standen noch oft die Konzepte und Methoden, die aus der Jugendbewegung der Weimarer Zeit kamen, im Vordergrund. Das heißt, es wurde noch viel gesungen, getanzt oder gebastelt. Das sollte Gemeinschaftsbildung sein vor dem Hintergrund des „Jugendgemäßen“. Eine autonome oder gar revoltierende Jugend war nicht das Ziel. Erst allmählich schälten sich konfliktorientierte Konzepte heraus, die auf politikwissenschaftlichen, soziologischen und sozialphilosophischen Erkenntnissen basierten und ein kritischeres Gesellschaftsbild beinhalteten. Das geschah Schritt für Schritt ab Mitte der 1950er-Jahre.

Worum ging es dabei thematisch?

Das dominierende politische Thema in der Jugendbildung und auch in der Erwachsenenbildung war nicht etwa der Nationalsozialismus, sondern vielmehr die Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Sozialismusverständnis im Rahmen des Kalten Krieges. Um aber junge Menschen argumentationsfähig zu machen, musste man natürlich Grundlagen marxistischer Gesellschaftsphilosophie als

Lehrstoff anbieten. Das war letztlich eine zweischneidige Sache, weil das nicht nur in eine Richtung ging, und wurde vor allem an Oberschüler*innen adressiert.

Wer unterstützte das Bestreben dieser Bildner*innen politisch? Wie waren die finanziellen Rahmenbedingungen und die strukturellen Voraussetzungen, etwa Orte, Netzwerke oder Institutionen?

Die Initiativen der politischen Bildung wurden zunächst vor allem ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich gestützt, von den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen Vereinen. Hauptberufliches Personal war sehr selten. Staatliche Förderung gab es zumeist nur sporadisch, etwa in Notsituationen und nicht systematisch. Das erste deutsche Erwachsenenbildungsgesetz wurde in NRW 1953 eingeführt, es sah Landeszuschüsse bei der Finanzierung der Volkshochschulen, aber auch anderer Volksbildungseinrichtungen vor. Eine bescheidene Förderung und eine fachliche Unterstützung der politischen Bildung fand auch durch die Bundeszentrale für Heimatdienst und die Landeszentralen statt. Später gründeten die großen Fachverbände eigene Arbeitsstellen zu Zwecken der Weiterbildung und professionellen Unterstützung der Praxis.

Ab 1946 gründete Berthold Finkelstein als Student der Universität Bonn eine politische Studiengruppe, die sich für Demokratie und Völkerverständigung einsetzte und den Austausch mit Studierenden europäischer Nachbarländer organisierte. Er setzte auf Begegnung als Bildungsformat. Wie wurden seine Ideen zu der Zeit aufgenommen? Gab es Gegenwind?

Begegnung als Bildungsformat war nach 1945 allgegenwärtig. Allerdings war das ein sehr breit gefächertes und teilweise problematisches Konzept in der politischen Bildung. Der Theoretiker Hermann Giesecke sprach am Beispiel einiger Einrichtungen in Vlotho spöttisch von „Begegnungsindustrie“. Während Berthold Finkelstein und die europäischen Initiativen junger Menschen in Deutschland sich für eine Öffnung nach Europa, eine verständigungsorientierte Friedensordnung, eine Überwindung nationaler Stereotypen einsetzten, waren die „anderen Begegnungen“ von innenpolitischen Motiven geprägt. Begegnen sollten sich deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene und die Einheimischen, die Westdeutschen und die Menschen aus der SBZ. An den Volkshochschulen gab es sogenannte Aussprachekreise, die dazu dienen sollten, die drängendsten Fragen der Zeit frei zu thematisieren. Das alles hatte etwas sehr Selbstbezügliches und sich selbst Bemitleidendes. Eine wirkliche und historiografisch abgesicherte Auseinandersetzung mit den Verbrechen und Strukturen des NS begann erst Ende der 1950er-Jahre.

An anderer Stelle wurden aber Austauschprogramme initiiert, um junge Menschen für eine Zeit nach Großbritannien, den USA oder Skandinavien zu schicken, damit sie das Funktionieren demokratischer Grundsätze und Verfahren kennenlernten. Aus den Jugendbildungsstätten entstand der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), zu dem bald auch die Europa-Häuser und europäischen Akademien stießen. Das war ein neuer Baustein im Institutionsgefüge politischer Bildung. Auch kamen internationale Jugendgemeinschaftsdienste in diesen Verband. Die internationale Arbeit wurde eine wesentliche Aufgabe im AdB, für den Berthold Finkelstein sich viele Jahre als Vorstandsmitglied und als Vorsitzender engagierte.



Ciupke, Paul/Jelich, Franz-Josef (Hrsg.). **Ein neuer Anfang. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.** Essen 1999

Ciupke, Paul/Reichling, Norbert. **„Unbewältigte Vergangenheit“ als Bildungsangebot. Das Thema Nationalsozialismus in der westdeutschen Erwachsenenbildung 1946 - 1989.** Frankfurt 1996



„Die politische Bildung (...) ist Parteinahme für die Verwirklichung der Würde aller Menschen in einem Gemeinwesen, das gerecht zu ordnen eine ständige Aufgabe bleibt.“ Aus: Ciupke, Paul. **Studien zur Geschichte des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten.** In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.). **Werkstatt der Demokratie. 50 Jahre Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten.** Essen, 2009.

Welche Ansätze politischer Bildung gab es vor dem Beutelsbacher Konsens Ende der 70er-Jahre außerdem? Wie unterschiedlich waren diese Ideen?

Der Beutelsbacher Konsens zielte in erster Linie auf den Politikunterricht in der Schule. In der außerschulischen Bildung spielte er lange keine große Rolle. Aber es wurden seit Anfang der 1960er-Jahre wichtige didaktische Prinzipien diskutiert und umgesetzt. Im Mittelpunkt stand die Teilnehmerorientierung. Aber auch andere regulierende Zugänge wie Alltags- und Lebensweltorientierung, Biografieorientierung, Zielgruppenarbeit, Sach- oder Wissenschaftsbezug, Multiperspektivität, Selbsttätigkeit und kommunikative Symmetrie sind schon in den 1960er-Jahren als Qualitätsmerkmale guter politischer Bildung herausgearbeitet worden. Diese Ideen und Ansätze haben bis heute für die professionelle Arbeit Bestand.

Was hat die Gründergeneration für die politische Bildung in Deutschland geleistet? Was halten Sie für die größte Errungenschaft? Und was haben sie auch nicht bedacht?

Ja, wer war eigentlich die Gründergeneration? Von den in die Emigration gegangenen Fachleuten, die meist jüdischer Herkunft waren, ist nur eine geringe Zahl in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Nicht wenige Akteur*innen hatten im umfassenden

Schulungssystem des NS-Apparates und seiner Unterorganisationen gewirkt. Etliche setzten aber ihre Berufslaufbahn nach 1945 fort. Auffällig ist, dass viele der Theoretiker und Didaktiker der 60er- und 70er-Jahre in der Regel nach 1925 geboren wurden, deshalb auch in das Regime nicht mehr täterhaft verwickelt waren und als Vertreter einer nüchternen, unaufgeregten Demokratie und Gesellschaft wirkten. Eine Generation ohne viel Pathos, das gilt auch für die Praktiker*innen jener Jahre. In diese Gruppe gehört auch Berthold Finkelstein, der einer der wenigen ist mit einer Verfolgungsgeschichte während der NS-Jahre. Ihre größte Errungenschaft ist, dass es überhaupt eine spezialisierte außerschulische politische Bildung als Teil einer kritischen demokratischen

Öffentlichkeit gibt. Man muss sich klarmachen, dass das in vielen anderen europäischen Ländern nicht der Fall ist. Was versäumt wurde, ist, eine solide dauerhafte Grundfinanzierung zu sichern.

Was können politische Bildner*innen für ihre Arbeit in der aktuellen, gesellschaftlich wie politisch angespannten Lage von Berthold Finkelstein lernen?

Der Europa-Gedanke ist angesichts der gegenwärtigen Kriege, des wachsenden Populismus und verschiedener anderer Exit-Tendenzen nie aktueller und bedeutsamer als heute.

„Der Europa-Gedanke ist angesichts der gegenwärtigen Kriege, des wachsenden Populismus und verschiedener anderer Exit-Tendenzen nie aktueller und bedeutsamer als heute.“



Internationale Begegnung: die Preisträger*innen des Europäischen Schultages 1965 vor dem Eingang von Haus Lerbach, dem damaligen Standort des Gustav-Stresemann-Instituts. © GSI



Entspannte Atmosphäre: junge Seminarer*innen bei einer Pause im Haus Lerbach in Bergisch Gladbach, dem früheren Sitz des Gustav-Stresemann-Instituts. © GSI

Die Mutigen stärken

Persönliche Beleidigungen, Gewaltandrohungen und Angriffe rechter Gruppierungen gehören zum Arbeitsalltag politischer Bildner*innen in Sachsen. Wo andere längst aufgegeben haben, erhalten sie demokratische Werte aufrecht. Wie Solidarität, finanzielle Sicherheit und eine nachhaltige Förderstruktur ihre Arbeit erleichtern können.

Ihr leuchtend roter Dienstwagen mit dem Schriftzug „Politische Bildung für alle“ ist nicht zu übersehen. Wenn Karin Pritzel, die Geschäftsführerin des Herbert-Wehner-Bildungswerks, in Dresden unterwegs ist, zeigt sich die grundlegende Herausforderung ihrer täglichen Arbeit ganz konkret. „Politische Bildung wird von vielen Menschen im Osten als staatlich verordnet empfunden und mit Propaganda und Agitation gleichgesetzt. Das spüren wir deutlich.“ An manchen Tagen wird ihr diese Ablehnung über den Parkplatz zugerufen. „Dann werde ich angepöbelt. Im Gegensatz zu anderen politischen Bildner*innen erleben wir aber weder Hasskommentare im Netz noch aufgestochene Autoreifen oder Gewaltandrohungen. Rechte Gruppierungen haben uns merkwürdigerweise bisher nicht in den Fokus genommen.“ Abgesehen von einem Hintergrundcheck der Seminarteilnehmer*innen bei eher kontroversen Seminarthemen auf Google und Vorsicht mit privaten Daten ergreift sie keine weiteren Sicherheitsmaßnahmen.

Aggressive Grundstimmung

Seit 2005 arbeitet Karin Pritzel im Herbert-Wehner-Bildungswerk, das sie seit 2011 als Geschäftsführerin leitet. „Wenn ich in meiner Anfangszeit Lesungen moderierte, ging das nicht ohne massiven Polizeischutz vor der Tür. Damals wurde die Dresdener Neustadt von Rechten geflutet, und es gab Straßenkämpfe. Das ist heute anders. Die Schläger von gestern sind heute Familienväter, geben sich bürgerlich und sind in der AfD aktiv. Der Ausbreitung rechtsextremer Netzwerke wurde in Sachsen kaum etwas entgegengesetzt.“ Noch Anfang der 2000er erklärte der damalige CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus. Die Folgen wirken sich

heute auch auf den Arbeitsalltag politischer Bildner*innen aus, wie etwa die aktuelle Studie „Engagiert und gefährdet“ der Otto Brenner Stiftung darlegt. „Im letzten Jahrzehnt war in ganz Deutschland ein deutlicher Rechtsruck zu beobachten, der in Sachsen besonders ausgeprägt ist. Das zeigt sich an den AfD-Wahlergebnissen, aber auch daran, dass mehr als zwei Drittel der 134 befragten politischen Bildner*innen von gezielten Störungen in unterschiedlicher Häufigkeit und einer steigenden aggressiven Grundstimmung berichteten“, sagt Teresa Lindenauer, Mitautorin der Studie und Soziologin am Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Am häufigsten komme es zu persönlichen Beleidigungen, zu Störungen in Veranstaltungen, Online-Hasskommentaren und zu Androhungen, die Finanzierung zu streichen. Gelegentlich werde den befragten Bildner*innen auch körperliche Gewalt angedroht.

Karin Pritzel nimmt eine zunehmende Nachfrage nach Kommunikationsseminaren zum Umgang und Dialog mit rechten Störer*innen wahr. Jährlich



Karin Pritzel schult sächsische Bildner*innen im Dialog mit rechten Störer*innen. © Susanne Seifert, Herbert-Wehner-Bildungswerk

Teresa Lindenauer ist Soziologin am Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und Mitautorin der Studie „Engagiert und gefährdet“ der Otto Brenner Stiftung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Populismus und Nationalismus.

Karin Pritzel ist Thüringerin und studierte Kommunikations- sowie Politikwissenschaften in Leipzig. Seit 2005 ist sie im Herbert-Wehner-Bildungswerk tätig, seit 2011 als Geschäftsführerin. Sie ist zudem Co-Vorsitzende des AdB und engagiert sich für politische Bildung und Gleichstellung.

Mehr als

2/3

der für die Studie befragten Aktiven in der politischen Bildung in Sachsen berichten von gezielten Störungen in unterschiedlicher Häufigkeit und von Behinderungen ihrer Arbeit.

Mehr zur Studie: otto-brenner-stiftung.de/be-drohte-politische-bildung-sachsen

Maria Fagerlund ist hauptberuflich Programmleiterin des Literaturfestes Meißen und engagiert sich seit 2016 ehrenamtlich beim Verein Bunttes Meißen – Bündnis Zivilcourage. Als Sprecherin setzt sie sich für Integration, Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement in Sachsen ein.

Auch die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie an der TU Dresden veröffentlichte eine Studie zum Thema. In „Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen?“ werden Herausforderungen wie fehlende Förderung, Qualifizierungsbedarf und rechte Angriffe thematisiert und konkrete Impulse an Politik und Verwaltung formuliert. Mehr zu der Studie auf tu-dresden.de

erreichen sie und ihr Team mit rund 130 Angeboten sachsenweit zwischen 3.000 und 4.000 Menschen. „Um unserem Motto ‚Politische Bildung für alle‘ gerecht zu werden, würde ich gern mit AfD-Wähler*innen ins Gespräch kommen. Doch wir erreichen sie nicht, ein sachlicher Austausch ist meist unmöglich.“ Deshalb konzentriert sie sich auf Gedenkstättenfahrten, Kommunikationsworkshops für Pädagog*innen, Frauennetzwerke, zivilgesellschaftlich Engagierte oder Ehrenamtliche aus der Jugendarbeit sowie auf Kooperationen mit Omas gegen Rechts und marginalisierten Gruppen, die kaum eigene Gelder haben – etwa queere Vereine, die mobile Beratung im ländlichen Raum anbieten. „Wir wollen die Starken stärken. Ich sehe es als unsere Aufgabe, all jene in den Fokus zu rücken, die in ihrer täglichen Arbeit Bedrohungen erleben“, so Pritzel.

Mit Zusammenhalt und Mut

Etwa Menschen wie Maria Fagerlund, die sich seit 2016 im Verein Bunttes Meißen – Bündnis Zivilcourage engagiert und rechtsextremen Angriffen ausgesetzt ist. Im Juli 2025 gab es einen Brandanschlag auf das Vereinsgelände. Zuvor kam es immer wieder zu rassistischen Schmierereien, Drohbriefen und einer Handgranatenattrappe vor der Vereins-tür. „Die Vorfälle zehren Zeit, Kraft und Kapazitäten, die wir lieber in unsere Arbeit stecken würden. Trotz allem müssen wir unser Angebot aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht einschränken“, sagt



Nach dem Brandanschlag auf das Gelände des Vereins Bunttes Meißen erlebten Maria Fagerlund und ihre Kolleg*innen unerwartete Solidarität. © Bunttes Meißen e.V.

Fagerlund. „Wir haben Kameras am Vereinsgelände angebracht und können uns zum Glück auf die örtliche Polizei verlassen. Gleichzeitig leben wir in dem unguuten Gefühl, Zielscheibe zu sein und beobachtet zu werden.“ Sie und ihre Kolleg*innen sind misstrauischer geworden – etwa „wenn ein Auto langsam vorbeifährt oder jemand komisch guckt. Das belastet uns alle.“ Wie viele andere politische Bildner*innen in Ostdeutschland macht Fagerlund trotz der Bedrohungslage weiter. „Ich bin lieber jetzt ein kleines bisschen mutig und stelle mich in den Weg, als dass ich im Faschismus 2.0 in Angst und Schrecken leben muss.“ Für sie sind nicht „die paar wirklich überzeugten Neonazis“ die größte Herausforderung in ihrer Arbeit, sondern die schweigende Mehrheit. „Es gibt so viele Mitläufer*innen, die sich vor dem aufmarschierenden Faschismus auf den

Boden werfen, anstatt sich für Demokratie einzusetzen. Dabei müssten wir gerade jetzt alle aufrecht zusammenstehen.“

Fehlende finanzielle Sicherheit

Eine Beobachtung, die Karin Pritzel teilt. Etwa wenn sie in der Lokalzeitung Sätze liest wie „Unternehmer droht mit Bau eines Flüchtlingsheims“ oder Geschichten aus dem Klassenzimmer ihrer Tochter hört. „Neulich fragte ein Mitschüler im Unterricht, warum nicht ‚Mein Kampf‘ behandelt werde. Die Lehrkraft hinterfragte dies nicht und bot auch keine Einordnung an.“ Sie könne der Normalisierung von Rechtsextremismus in Sachsen förmlich zusehen. „Das, was ich mache, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Ungewissheit darüber, wie stark unsere Demokratie ist, ist gerade meine größte Herausforderung“, so Pritzel. Nach jeder Wahl denkt sie darüber nach, Sachsen vielleicht eines Tages zu verlassen. Viele langjährige Kolleg*innen sind bereits weg, leben in Berlin oder Schleswig-Holstein. Über einen Berufswechsel denken jedoch nur wenige nach. Lindenauer sagt: „Teils pendeln Bildner*innen sogar jahrelang, um ihre Arbeit im ländlichen Raum fortzuführen. Es braucht Rückendeckung für alle, die sich demokratisch engagieren. Ohne die Stärkung von Bildungsformaten lässt sich Rechtsextremismus nicht bekämpfen.“ Neben wenig Anerkennung und Vorwürfen

vermeintlich fehlender Neutralität fühlen sich die befragten Bildner*innen angesichts des wachsenden kommunalen AfD-Einflusses vor allem finanziell bedroht. „Es braucht dringend mehr Gelder für politische Bildung, eine nachhaltige Förderstruktur und Kommunalpolitiker*innen, die sich klar gegen rechts positionieren“, sagt Pritzel. All das würde die Arbeit politischer Bildner*innen wie Maria Fagerlund erleichtern. Seit der Verein Bunttes Meißen die Vorfälle öffentlich gemacht hat, erfahren sie und ihre Kolleg*innen unerwartete Solidarität und Unterstützung. „Neulich haben sich zehn Freiwillige aus Meißen zusammengefunden und gemeinsam mit uns ein interkulturelles Festival organisiert. Das macht mir Mut und bestätigt mich darin, das Richtige zu tun.“

Begegnung, Raum, Handlung:

Warum freie Bildungsstätten unverzichtbare Orte für demokratische Mitgestaltung, Partizipation und politische Praxis sind.

„Tätige Helfer für die demokratische Erziehung Deutschlands“ sollte die Erwachsenenbildung hervorbringen – so hielten es die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer „Kontrollratsdirektive Nr. 56“ fest. Das vom Nationalsozialismus zerstörte demokratische Bewusstsein sollte wieder aufgebaut werden, die politische Bildung wurde zu einem zentralen Instrument der sogenannten Re-education, das Schulwesen wurde in diesem Sinne neu aufgebaut. Schon bald aber stellten Bürger*innen Forderungen nach eigenen Räumen für emanzipatorische, freie Lernformen und erstritten diese.

Der Sozialphilosoph Oskar Negt nannte „Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“. Pädagog*innen wie Paul Röhrig formulierten den „Anspruch, (...) Stätten zu haben, an denen diskutiert und informiert wird, an denen ein Dialog stattfindet über politische Dinge“ – unabhängig von vorgegebenen Strukturen. Mit „aktivierenden“ Methoden sollten Einrichtungen wie Volkshochschulen „Werkzeug zur Veränderung der Gesellschaft“ sein.

Die Zürcher Pädagogikprofessorin Katrin Kraus erforscht, welche Bedeutung solche eigenständigen Räume für das Lernen Erwachsener haben. Die Aneignung des Ortes sei Voraussetzung für die Aneignung der Inhalte, sagt Kraus. Sich an einen physischen Ort zu begeben, sich dort in eine „spürbare Relation zu anderen zu bringen“ – das sei ein Zugang zum Lernen, gerade in der politischen Bildung. „Das ist eine andere Erlebnisdimension, als wenn ich vor einem Bildschirm sitze“, sagt Kraus. Das Soziale und die Gegebenheiten vor Ort würden dabei stets zusammenspielen.



Bildungsräume, wie Kraus sie versteht, entstehen „in Bezug zu den anderen Personen“.

Pädagog*innen könnten über die Gestaltung der Räume viel dazu beitragen, Orte des Lernens zu schaffen. An freien Bildungsorten gibt es dazu ganz andere Möglichkeiten als an Schulen oder in Uni-Hörsälen. Letztere etwa seien für eine ganz bestimmte Form des Lernens optimiert, sagt Kraus: „Vortrag, zuhören, mitschreiben.“ Doch das Lernen verändere sich auch an Hochschulen.

„Für Erwachsene muss man Begegnungsmöglichkeiten schaffen“, sagt Kraus. „Sie sollen sich in Bildungsprozessen anders begegnen können als im schulischen Lernen.“ Wie das konkret aussehen könne, unterscheide sich je nach Zielgruppe. „Bei einem Kurs im Handwerk wird das anders sein als bei einer psychologischen Fortbildung.“ Doch stets gehe es darum, die Erfahrungen der anderen Teilnehmenden zu nutzen, im Lernsetting selbst, aber auch durch die Begegnungen in den Pausen.



Katrin Kraus ist Professorin für Berufs- und Weiterbildung an der Universität Zürich. Sie forscht unter anderem zu Bildungsräumen, Educational Governance und zu lebenslangem Lernen.



Demokratische Runden: Gestern wie heute bieten freie Bildungsstätten einen offenen Raum für Austausch und ermöglichen Teilnehmer*innen dadurch bestärkende Lernerfahrungen. © GSI



Bildungsstätten für eigene Treffen oder partizipierten an deren soziokulturellen Angeboten.

Wohnigs Forschung zeigt, wie bestärkend Teilnehmer*innen die Lernerfahrung in den Bildungsstätten empfinden können. Zwei Elemente seien dafür entscheidend:

Erstens die ernsthafte Beteiligung an der Auseinandersetzung über den Bildungsprozess selbst – von der Aufteilung der Zimmer bis zur Gestaltung des Programms. Das sei in freien Bildungsstätten leichter möglich, auch wenn diese teils mit vorgefertigten Modulprogrammen arbeiteten.

Zweitens die Möglichkeit zu realem politischem Handeln, etwa wenn am Ende eines Seminars die Frage steht, ob sich politische Aktionen anschließen sollen. Zuletzt allerdings wurden auch freie Bildungsträger vermehrt dafür angegriffen, „zu politisch“ zu sein, es droht immer wieder der Förderentzug. Dies sei „ein Erfolg der Extremismustheorie, die hochproblematisch ist für politische Bildung“, sagt Wohnig. „Die kritische Position wird unter Extremismusverdacht gestellt, engagierte Träger sollen so delegitimiert werden.“ Aber die Träger, so Wohnig, seien „plural im demokratischen Spektrum. Warum sollten die sich zurückhalten beim politischen Handeln?“

Er plädiert dafür, zivilgesellschaftlichen Bildungsangeboten Selbstbestimmung zuzugestehen. „Der Staat sollte sich auf den Rahmen beschränken und Infrastruktur anbieten.“ Einschreiten solle er nur dort, wo die Universalität der Menschenrechte und der Rahmen des Grundgesetzes infrage gestellt würden. Um Menschen demokratisch zu sozialisieren, müssen die mit großen Mühen aufgebauten Strukturen als freie Diskursräume erhalten bleiben. Doch dazu bräuchten die Bildungsstätten langfristige Förderung, unabhängig von temporären Krisen. „Derzeit wird diese Infrastruktur aber leider abgebaut.“

Freie Bildungsstätten und die politische Bildung

In der Schule etwa „geht es stark um Auslese“, sagt Wohnig. Diese gesellschaftliche Anforderung überforme das Bildungssetting. Außerschulische Bildungsstätten dienen unter anderem der Integration in die Demokratie, ohne einen Fokus auf Qualifikation und Auswahl. Mit ihrem vielfältigen Bildungsangebot, das die Teilnehmenden aktiv mitgestalten können, und ohne festes Curriculum würden freie Bildungsstätten andere Lernformen ermöglichen. „Bildung als nicht vorherbestimmter Prozess – das ist das Potenzial“, sagt Wohnig.

Davon profitierten auch andere gesellschaftliche Gruppen. Teils gründeten Migrant*innen eigene Bildungszentren, noch häufiger nutzten sie Bürger*innenzentren und andere freie



Alexander Wohnig ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen. Seit 2021 ist er Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung.

Im Spiegel der Zeit

An authentischen Lernorten wie der Gedenkstätte Sachsenhausen entdecken Schüler*innen im Rahmen eines GSI-Seminars das Gestrn im Heute. Eine Bildungsfahrt, auf der Erinnerungskultur lebendig wird. FOTOS *Tian Stöhr*

„Wo genau kamen die Häftlinge denn damals an?“, fragt Nils und deutet auf das schwarz-weiße Luftbild des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, vor dem er und seine zwölf Mitschüler*innen der Höheren Berufsfachschule für Informations- und Elektrotechnik des Lüttfeld-Berufskollegs in Lemgo stehen. „Genau da, wo wir gerade sind. Hier am Anfang der Lagerstraße kommen die Häftlinge an, nachdem sie vom Bahnhof Oranienburg durch die ganze Stadt gelaufen sind“, erklärt Janis. Er ist Historiker und seit sieben Jahren freiberuflicher Guide in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Die heutige Führung über das Gelände des ehemaligen Lagers und der anschließende Workshop zu Häftlingszeichnungen gehören zum fünf-tägigen Seminar „Perspektiven auf die deutschen Diktaturerfahrungen“ des Gustav-Stresemann-Instituts (GSI), an dem der 18-jährige Nils und seine Mitschüler*innen teilnehmen.

„War der Bahnhof damals auch schon dort, wo er heute ist?“, fragt Thammo Draeseke, Referent für politische Bildung am GSI. Er hat das Seminar konzipiert und begleitet die Schüler*innen und ihre Lehrkräfte durch die gesamte Bildungswoche. „Ich

habe gerade mal auf der Karte geschaut, das sind 1,7 Kilometer zu Fuß.“ „Genau. Die Häftlinge müssen unter aller Augen einmal quer durch die Stadt“, sagt Janis. „Die Leute in Oranienburg kriegen sehr viel mit. Sie sehen die Neuankömmlinge, aber auch die Zwangsarbeitskommandos, die in der Stadt arbeiten.“

Wertvolle Fragen

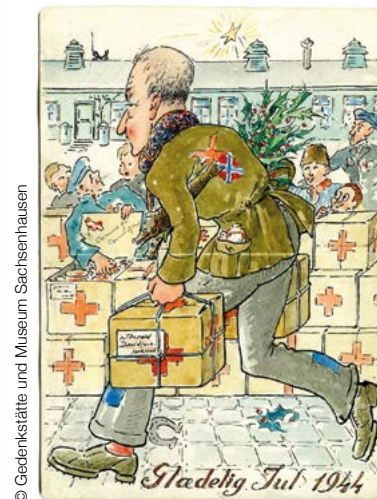
Als sich die Schüler*innen dem eisernen Tor des Haupteingangs nähern, ist schon von Weitem die NS-Devise „Arbeit macht frei“ zu sehen. Thammo Draeseke sagt: „Authentische Lernorte wie dieser sind eine enorm wichtige Ergänzung zum Schulunterricht. An so einem Ort bleiben historische Fakten nicht abstrakt, hier wird Geschichte erlebbar, insbesondere wenn man sich wie in Sachsenhausen selbst über das offene Gelände bewegt, mit anderen ins Gespräch kommt und Fragen stellt.“

Fragen werden an diesem Tag viele gestellt: Was ist mit Häftlingen, die nicht arbeiten können? Warum haben die Gefangenen keinen Aufstand gemacht? Wieso wurde das Lager in Dreiecksform

Gefühlte Verantwortung: Gemeinsam mit seinen Mitschüler*innen besuchte der 18-jährige Berufsfachschüler Nils im Rahmen einer Bildungsfahrt die Gedenkstätte Sachsenhausen. Erinnerungskultur lebendig zu halten ist ihm wichtig.



Eingang der Gedenkstätte Sachsenhausen: Mehr als 200.000 Menschen waren zwischen 1936 und 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Darunter politische Gegner des NS-Regimes, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie sogenannte „Berufsverbrecher“ und „Asoziale“.



© Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

„Glücklich Jul 1944“ – „Frohe Weihnachten 1944“ steht auf der Zeichnung, die der belgische Häftling Hubert Mouguoy seinem norwegischen Mithäftling Thorvald Davidsen zu Weihnachten schenkte. Darauf zu sehen: ein Häftling mit einem Paket, das er vom Schwedischen Roten Kreuz erhalten hat. In der zweiten Kriegshälfte durften Häftlingsgruppen, die in der Hierarchie der Nazis oben standen, Nahrungsmittelpakete erhalten. Die Zeichnung stammt aus dem Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen und wird im Bildungsworkshop „Häftlingszeichnungen – Alltag und Lebensbedingungen im KZ Sachsenhausen“ verwendet.

angelegt? Für Draeseke ein Zeichen, dass die Schüler*innen von ihren Lehrkräften gut vorbereitet wurden oder sich schon länger selbst mit dem Thema auseinandergesetzt haben. So wie Nils, der in seiner Freizeit zu der Zeit des Nationalsozialismus recherchiert und bereits die Gedenkstätte Wewelsburg besucht hat. „Ich versuche zu verstehen, wie es möglich war, dass Menschen etwas so Brutales tun konnten. Und wie es ein System geschafft hat, ganzen Gruppen ihre Menschlichkeit abzusprechen und anderen einzutrichtern, dass es in Ordnung sei, diese Leute zu ermorden.“

Für den Gedenkstättenführer Janis ist es sehr wertvoll, wenn Schüler*innen interessierte Fragen stellen. „Dazu ermutige ich sie direkt zu Beginn meiner Führungen. Dass viel gefragt wird, kommt aber eher selten vor.“ Oft erlebt er Schweigen oder Halbwissen. Eine klassische Frage sei: Wo wurden denn hier die Juden vergast? „Dann versuche ich zu erklären, dass hinter dem Komplex Konzentrationslager ein viel größeres System steckt und nur 15 bis 20 Prozent der Inhaftierten in Sachsenhausen Juden waren.“

Auf dem Appellplatz deutet Janis auf die türkisfarbene Holzfassade an der breiten Fensterfront des ehemaligen Wachturms A. „Da oben hatte die SS ein schweres Maschinengewehr stationiert, von da überwachte sie weite Teile des Lagers.“ Dort, wo die Gruppe jetzt steht, fanden die Morgen- und Abendappelle statt. „Bestrafungen und Hinrichtungen vor aller Augen gehörten zum Lageralltag“, sagt Janis. Ebenso wie kollektive

Strafen. War jemand geflohen, mussten alle Häftlinge so lange strammstehen, bis derjenige zurück war. „Das konnte schon mal bis zu sieben Stunden dauern.“

Sachliche Wissensvermittlung

Seine Führungen will Janis bewusst sachlich halten, ohne Inhalte zu verharmlosen. „An einigen Stellen ist es wichtig, zu verdeutlichen, wie krass eine Situation war. Detailreiche Horrorgeschichten erzähle ich nie, das bringt niemanden weiter.“ Manchmal fragen ihn Lehrkräfte, ob nicht auch der Leichenkeller zu besichtigen wäre, damit die Erfahrung der Schüler*innen noch eindrücklicher werde. „Das kriegen sie von mir nicht. Es ist bekannt, dass im KZ schlimme Dinge passiert sind. Was jedoch kaum jemand weiß, ist, welche Strukturen und welche gesellschaftlichen Mechanismen, die wir auch heute wieder sehen, dahinterstecken. Das will ich vermitteln.“ Eine Haltung, die GSI-Referent Draeseke teilt: „Es ist sehr wichtig, dass Schüler*innen durch einen Gedenkstättenbesuch nicht emotional überwältigt werden. Für viele ist der Besuch eine intensive Erfahrung, die auch Ängste auslösen kann. Deshalb ist es sehr wichtig, die Teilnehmer*innen inhaltlich vorzubereiten, das Erlebte einzuordnen, zu reflektieren und sie ins Hier und Jetzt zurückzuholen.“

Nahe des Wachturms A steht die nachgebildete Häftlingsbaracke 39, in der früher vor allem jüdische Häftlinge untergebracht waren. Die Spuren eines Brandes sind für die Schüler*innen deutlich sichtbar. Janis sagt: „Auch wenn

dieser antisemitische Anschlag inzwischen über 30 Jahre her ist, zeigt er, dass nationalsozialistisches Gedankengut nie ganz weg war. Nach dem 8. Mai 1945 hat sich nicht einfach in allen deutschen Köpfen ein Schalter umgelegt, und alle waren plötzlich tolerante Demokraten. Wir sehen es an den NSU-Morden oder dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle – es ist alles noch da, und die Mechanismen, die damals zu alldem führten, gibt es heute wieder. Es beginnt da, wo Gruppen wie Geflüchtete oder queere Menschen als Gegner definiert werden.“

Diese Entwicklung bereitet auch Nils Sorgen. Er beobachtet, dass Medien vor allem über Straftaten von Menschen berichten, die nicht aus Deutschland kommen, und dass über die damalige Zeit wieder Witze gemacht werden. „Ich bekomme mit, dass in Chatgruppen Symbole aus der NS-Zeit als Sticker verschickt werden. Manche Leute ignorieren die Geschichte und ihre Grausamkeiten komplett.“

Gezeichnete Geschichte

Gemeinsam mit den anderen verlässt Nils den Appellplatz, geht zurück über die Lagerstraße in einen Workshop-Raum der Gedenkstätte. Auf einem Tisch breitet Janis laminierte Zeichnungen aus. „Diese Zeichnungen sind eine sehr seltene Quelle. Obwohl es strengstens verboten war, schafften es einige Häftlinge, etwas zu zeichnen – mit gefundenen Kohlestücken oder mit Material, das unter der Hand vom Industriehof abfiel. Dort mussten Zwangsarbeiter neben Schuhen, Möbeln und Baumaterial auch Kunstgegenstände für die SS herstellen.“

Vor Nils liegt eine bunte Zeichnung in Postkartengröße, darauf steht „Glædelig Jul 1944“. „Vielleicht wird hier der Traum eines Häftlings gezeigt? Man sieht einen Weihnachtsstern, einen Mann mit einem Mistelzweig und einem Lebensmittelpaket vom

Roten Kreuz unter dem Arm. So eine Situation wird es im KZ nicht gegeben haben.“ Janis sagt: „Auch wenn es schwer zu glauben ist, das ist eine reale Situation. Die Karte ist ein Geschenk des belgischen Häftlings Hubert Mouguoy an seinen norwegischen Mithäftling Thorvald Davidsen.“ In der zweiten Kriegshälfte durften bestimmte Häftlingsgruppen, die in der Hierarchie der Nazis oben standen, Nahrungsmittelpakete erhalten, auch weil die SS Kosten sparen wollte. „Die Inhalte mussten innerhalb von 24 Stunden aufgebraucht werden. Also verteilten die privilegierten Häftlinge ihr Essen an die, die gar nichts hatten“, erzählt Janis.

Darüber denkt Nils, der sich seit vielen Jahren ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr und im DLRG engagiert, noch nach, als er sich zusammen mit Thammo Draeseke und ein paar Mitschülern auf den Weg macht, um an der Produktion des Audiodenkmals „I remember you“ teilzunehmen. „Dass es trotz allem noch Leute gab, die bereit waren, anderen zu helfen, und ihre Lebensmittel teilten, obwohl sie selbst nicht viel hatten, finde ich sehr beachtlich.“

Lebendige Erinnerung

In der ehemaligen Häftlingswäscherei warten Mitarbeiter*innen der Gedenkstätte auf die Schüler. In einer Ecke des Raumes ist eine Sprecherkabine mit Mikro aufgebaut. Junge Gedenkstättenbesucher*innen aus aller Welt lesen Namen von Menschen ein, die das KZ nicht überlebt haben. Ihre Namen werden als Audiodenkmal entlang der Lagermauer zu hören sein. „Was ist eure Motivation, hier mitzumachen?“, fragt ein*e Gedenkstättenmitarbeiter*in. Nils sagt: „Die Zeitzeugen werden immer älter, irgendwann sind sie nicht mehr da. Sie sollen wissen, dass wir als jüngere Generation die Verbrechen von damals nicht vergessen und daran erinnern. Wir müssen gut aufpassen, damit so etwas nie wieder passiert.“ Nach ein paar Stimmlockerungsübungen wird es kurz ganz still. Vor der Aufnahme steht Nils zusammen mit seinen Mitschülern in einem Kreis. Er liest:

„Wilhelm Kunstmann.
Robert Krüger.
Artur Puls.“

Nils sagt: „Ich habe die Namen so vorgelesen, dass nach jedem einzelnen eine Pause entsteht, in der man an diese Person denken und um sie trauern kann.“ Thammo Draeseke ist beeindruckt. Von der Offenheit und Ernsthaftigkeit, mit der Nils und seine Mitschüler den verstorbenen Häftlingen ein Denkmal setzen. „So ein Moment kann an einem authentischen Lernort wie der Gedenkstätte Sachsenhausen entstehen.“ Auch dafür macht Draeseke politische Bildung – für junge Menschen, die sich empathisch der Vergangenheit widmen und die Gegenwart differenziert betrachten.



Fachliche Begleitung: Der politische Bildner Thammo Draeseke konzipierte und leitete das fünftägige Seminar.



Authentische Lernorte: Auf dem Appellplatz des ehemaligen KZ Sachsenhausen erzählt der Gedenkstättenguide Janis der Gruppe von den Verbrechen der Vergangenheit und von den rechtsextremen Kontinuitäten der Gegenwart.



„Schule muss für Demokratie einstehen“

Was Patrick Kamps, Politik- und Geschichtslehrer des Lüttfeld-Berufskollegs in Lemgo, an authentischen Lernorten und der Zusammenarbeit mit Bildungsträgern wie dem GSI schätzt.

Das Lüttfeld-Berufskolleg arbeitet seit vielen Jahren mit dem Gustav-Stresemann-Institut zusammen und führt mit Schüler*innen Gedenkstättenfahrten durch. Sie selbst setzen gemeinsam mit Kolleg*innen an Ihrer Schule Projekte zur Demokratiebildung um. Was ist Ihre Motivation?

Ich bin überzeugter Demokrat. Wenn man sich den Diskurs über Geflüchtete sowie die Tendenzen des Rechtsradikalismus anschaut, wird deutlich, dass wir Demokratie nicht nur rhetorisch, sondern auch durch soziale Praktiken verteidigen müssen. Dafür will ich als Lehrer Angebote schaffen.

Was für Angebote sind das?

Wir bieten Schüler*innen etwa eine Ausbildung zu Demokratiebotschafter*innen an. In Workshops lernen sie den Wert und die Bedeutsamkeit von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kennen und geben diese im Peer-Konzept an andere Schüler*innen weiter.

Welche Rolle spielen authentische Lernorte bei der Vermittlung von Wissen über die NS-Verbrechen?

Eine sehr elementare, das haben wir bei unserem Besuch gesehen. Die Auseinandersetzung mit



Raum für historisch-politische Bildung: Der Lehrer Patrick Kamps empfindet gesellschaftspolitische Verantwortung und wünscht sich Lehrkräfte, die sich weiterhin für Demokratie engagieren.

Lerngegenständen wie Häftlingszeichnungen bietet einen sehr starken, von Unterricht allein nicht zu leistenden Zugang zur Vergangenheit, ohne die Schüler*innen emotional zu überwältigen. Sie entscheiden selbst, wie intensiv sie sich einlassen wollen und können.

Wie können politische Bildungsangebote wie die des GSI die schulische politische Bildung ergänzen?

Die politischen Bildner*innen ermöglichen uns und unseren Schüler*innen einen Freiraum, in dem wir uns ohne Notendruck intensiv wichtigen Themen widmen können. Zudem vermitteln sie Wissen und leiten zur Re-

flexion an, auf einem hohen fachlichen Niveau mit gleichzeitigem Lebensweltbezug.

Was wünschen Sie sich für die politische Bildung an deutschen Schulen?

Von der Bildungspolitik wünsche ich mir mehr Raum in den Stundenplänen für historisch-politische Bildung und mehr Möglichkeiten, authentische Lernorte zu besuchen. Von uns als Lehrkräften wünsche ich mir weiterhin Mut, für Demokratie einzustehen und sich nicht hinter einem vermeintlichen Neutralitätsgebot zu verstecken. Wie man etwa an den Eingriffsideen der österreichischen FPÖ in zentrale Lehrpläne sieht, ist Schule kein unpolitischer Kontext. Wir haben eine wichtige gesellschaftspolitische Verantwortung, und die sollten wir wahrnehmen.

Solidarität in Zeiten der Krisen

Ein Plädoyer
von Natascha Strobl



Natascha Strobl ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Sie gilt als eine der führenden Expert*innen für Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum. Strobl ist Autorin der Bücher „Solidarität“ und „Radikalisierter Konservatismus“. Für Letzteres wurde sie mit dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch ausgezeichnet. [In den sozialen Medien veröffentlicht sie unter dem Hashtag #Nats-Analyse Ad-hoc-Analysen zu rechter Sprache und rechten Strategien.](#)

„Niemand muss sich die Last der Welt alleine auf die Schultern packen. Es gibt viele solidarische Möglichkeiten und Anliegen, etwas beizutragen und dabei die eigene Angst und die eigene Ohnmacht zu besiegen.“

Die Welt ist wahrlich nicht einfach. All die unterschiedlichen Krisen aufzuzählen ist schon gar nicht mehr nötig, weil jede und jeder von uns jeden Tag im Stakkato mit ihnen beschäftigt ist. Klimakrise, Krieg, Inflation, Mieten, Pandemien, fehlende Teilhabe, Arbeitslosigkeit und darüber der allgemeine Pessimismus. Die wenigsten Menschen schauen positiv oder zuversichtlich in die Zukunft. Die Gegenwart gibt ihnen auch wenig Anlass dafür. Doch ist es für Fatalismus, Zynismus und Defätismus viel zu ernst. Melodramatisches Selbstmitleid ist etwas für gute Zeiten. Wenn die Zeiten ernst sind, heißt es, keine Zeit und Energie zu verlieren, sonst verliert man womöglich tatsächlich die Zukunft. Dabei ist die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie, allen Unkenrufen zum Trotz, nicht ausgemacht. Im Gegenteil: Sie ist so offen wie nie. Es ist nicht gesagt, dass wir in einer Bahn unausweichlich Richtung Autoritarismus oder gar Faschismus schlittern. Klar ist nur, dass wir eine Zäsur erleben.

Das Nachkriegssystem mit seinem prekären Verhältnis zwischen einem Wirtschaftssystem, das auf Ungleichheit basiert, und einem starken politischen System, das Teilhabe und Gleichheit verspricht, ist an seinem Ende. Das bedeutet aber nicht, dass mit ihm die Demokratie am Ende ist. Die Transformation muss nicht ins Negative gehen. Genauso gut könnte es auch besser werden. Es könnte demokratischer werden. Es könnte schöner werden. Das ist nicht naives Wunsdenken, sondern Antrieb für sehr viele Leute, die schon jetzt genau daran arbeiten. Egal, wo man hinsieht, überall gibt es Menschen, die sich mit den Gegebenheiten nicht abfinden wollen. Das beginnt bei lokalen Tierschutzvereinen, geht über Klimaschützer*innen, Gewerkschafter*innen bis zu Menschenrechtler*innen und queeren und feministischen Anliegen.

Diese Bewegungen, Initiativen, Vereine und Anliegen funktionieren sehr unterschiedlich, aber sie alle eint ein Prinzip: Solidarität. Solidarität ist die pragmatische Erkenntnis, dass man alleine verloren ist. Man muss sich also mit anderen zusammenschließen, um etwas zu bewegen. Dabei geht es auch nicht um reinen Altruismus, schließlich möchte man auch, dass die anderen für einen da sind, sollte man Hilfe brauchen. Solidarität und Kooperation prägen die Entwicklung des Menschen. Menschen sind soziale Wesen. Dementsprechend ist auch jeder Wandel, der auf den Prinzipien der Humanität beruht, notwendigerweise nur solidarisch zu erreichen.

Solidarisch die Welt begreifen

Das sind gute Nachrichten. Niemand muss sich die Last der Welt alleine auf die Schultern packen. Es gibt viele solidarische Möglichkeiten und Anliegen, etwas beizutragen und dabei die eigene Angst und die eigene Ohnmacht zu besiegen. Dabei steht Bildung an oberster Stelle. Es ist kein Wunder, dass autoritäre Kräfte den Zugang zu formaler, aber auch zu politischer Bildung beschränken wollen. Menschen sind nämlich auch neugierig und wissbegierig. Dies zu fördern und gemeinsam und solidarisch die Welt um einen begreifen zu lernen ist daher zentrales Mittel einer solidarischen Zukunft.

Solidarität ist das entscheidende Mittel, um die Zukunft zurückzugewinnen. Jahrzehntlang wurde das Ideal ausgelobt, dass man in ständiger Konkurrenz stehe und sich gegen alle anderen behaupten müsse – vom Kindergartenplatz über die Mietwohnung bis zu Job oder Likes in sozialen Medien. Doch so müssen wir gar nicht miteinander leben. Die Zukunft kann sehr viel besser sein als die Gegenwart. Wir müssen aber gemeinsam und solidarisch darum kämpfen, auch und gerade in wirtschaftlich und politisch schwierigen Zeiten, wenn viele Kräfte ein Interesse daran haben, jeden Keim an Solidarität zu ersticken.



Berthold Finkelstein
1925–1996

Finkelstein.